PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W. Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim, Telefon 0621/752015 – Druck: Caro-Druck, Am Ochsenhorn 6, 6831 Plankstadt – Auflage: 40000 – Redaktion: Sandhofer Str. 29, 6800 Mannheim, Telefon 0621/752014 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon 0621/752012 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnements-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Buchvertrieb Hager GmbH, Volksbank Mannheim, Nr. 1890905, oder: PSchA Karlsruhe Nr. 95837-753 – Die Zeitung wurde am Dienstag, den 15. Juni 1976, fertiggestellt.

17. Juni 1976 Jg. 4 Nr. 24 50 Pfennig

Das Polengeschäft des BRD-Imperialismus

Die Spitzen des westdeutschen Finanzkapitals haben sich letzte Woche in Bewegung gesetzt, um Edward Gierek, den Sekretär der regierenden polnischen Revisionistenpartei, in Bonn zu begrüßen. Die Mühe konnten sich die Chefs von Krupp, BASF, Hoechst, Bayer usw. machen. Insgesamt 14 hochprofitable Verträge konnten sie unterzeichnen.

Mit diesen Verträgen im Sack gibt sich die westdeutsche Bourgeoisie derzeit polenfreundlich. Bei Kapitalistenverbänden, bei Regierung und Opposition fand der Besuch Edward Gierek's in der Bundesrepublik freundliche Kommentierung. In der Presse wird sogar daran erinnert, daß deutsche Demokraten im 19. Jahrhundert den Freiheitskampf der Polen gegen Unterdrückung und Teilung durch Preußen, Rußland und Österreich-Ungarn unterstützt haben. Die polnische Nationalhymne „Noch ist Polen nicht verloren" sei damals in Deutschland ein populäres Lied gewesen.

Man kann sicher sein, daß nach dem Abschluß der großen Wirtschaftsverträge in der vergangenen Woche mancher westdeutsche Großkapitalist das Lied stille vor sich hingeträllert hat: „Noch ist Polen nicht verloren." Einmal waren die deutschen Imperialisten schon ganz sicher, Polen für sich gewonnen zu haben. 1939, während des Einmarsches der Wehrmacht nach Polen, schrieb das Vorstandsmitglied der IG Farben, Georg von Schnitzler: „Bitten schon jetzt den Reichswirtschaftsminister von nachstehenden Zusammenhängen zu unterrichten: Im Laufe der nächsten Tage werden aller Voraussicht nach vier polnische Farbstofffabriken in deutsche Hände fallen, nämlich die rein polnischen Fabriken Rezemsl Chemiczny Boruta in Zgierz usw. ... Auf den Fabriken befinden sich erhebliche und wertvolle Vorräte in Vor-, Zwischen- und Endprodukten ... Ohne zu der Frage des Weiterbetriebs der Fabriken im gegenwärtigen Moment Stellung nehmen zu wollen, möchten wir es für unbedingt erforderlich halten, daß die Verwertung der vorgesagten Vorräte im Interesse der deutschen Volkswirtschaft durch Sachverständige erfolgt. Nur die IG Farben ist in der Lage, diese Sachverständigen zu stellen."

Die Herren übernahmen, führten sich über drei Jahre wie die Bestien auf, plünderten in Polen, was sich irgend bewegen ließ, ließen beim KZ Auschwitz Fabriken bauen und brachten durch ihre Faschistenhorden sechs Millionen Polen um, jeden fünften. Nachdem sie Polen mit Kriegsende dann doch verloren hatten, wurden sie nicht müde, zu fordern, daß man es wiedergewinnen müsse, zumindest den ehemals deutschen Teil davon. Für den Rest wollten sie sich mit seiner „Befreiung" zufriedengeben. Und heute sind die Herren also Polenfreunde.

Verträge haben sie geschlossen über die Lieferung eines großen Kohlevergasungskomplexes. Die Anlage wird von Krupp geliefert, über einen Kredit über 2,65 Milliarden DM von einem westdeutschen Bankenkonsortium finanziert. Polen muß für den Kredit über 9 Prozent Zinsen zahlen. Dafür bekommen die Polen aber keineswegs das Werk bedingungslos. Die westdeutschen Konzerne halten die Finger auf die Produkte der Anlage. Für den Vertrieb der Erzeugnisse wurde eine gemeinsame deutsch-polnische Gesellschaft Polchemie gegründet. Aus dem Verkauf der Erzeugnisse soll der Kredit getilgt werden und „langfristig" die negative polnische Handelsbilanz ein Stück ausgeglichen werden.

Die Polen werden sich der Angebotspalette der westdeutschen Großchemie mit Sicherheit einpassen müssen. Das ist fast wieder so schön wie damals, als die IG Farben die polnischen Chemiefabriken direkt als Beute nahm und polnische Arbeiter für sich schaffen ließ.

Die drei Nachfolgekonzerne der IG Farben: BASF, Bayer und Hoechst sind aber nicht nur indirekt über den Krupp-Vorstoß wieder ins Polen-Geschäft gekommen. Jede von ihnen hat eigene Kooperationsverträge unterzeichnet, über deren Inhalt weitgehend Stillschweigen gewahrt wird. Über die BASF kann man erfahren, daß sie einen Vertrag mit Polen geschlossen hat, wonach die Polen Schwefel liefern müssen, die BASF hingegen chemische Produkte.

Weiter soll die Friedrich Uhde GmbH, Dortmund, eine chemische

Fortsetzung S. 2



Die Delegation des ANC-African Nationalist grüßt die Versammlung in Frankfurt. Die Genossen A.K. Makinawe und O.K. Setehapelo führen diese Woche eine Rundreise durch, um über den Kampf des Volkes von Azania gegen das südafrikanische Rassistenregime zu berichten. Gleichzeitig bereitet die Bundesregierung das Treffen von Kissinger mit Vorster vor. Dabei sollen Pläne geschmiedet werden gegen den Befreiungskampf in Zimbabwe und Azania. Die beste Antwort auf dieses Treffen ist die verstärkte Unterstützung des Volksbefreiungskrieges im südlichen Afrika. (siehe auch Seite 13)

Innenministerkonferenz beschließt Polizeigesetz

Polizeiwillkür gegen das Volk, zum Schutz des Privateigentums

Am vergangenen Freitag hat die Innenministerkonferenz in München den „Musterentwurf eines einheitlichen Polizeigesetzes" beschlossen. An so wichtige Sachen läßt die westdeutsche Bourgeoisie nicht mal ihre Parlamentarier ran. Das beschließen gleich die Polizeiminister selber mit Maihofer an der Spitze. Bundestag und Länderparlamente müssen dem Polizeigesetz anschließend nur noch den Schein des Volkswillens anschminken.

Wie bei allen Unterdrückungsgesetzen der letzten Zeit konnte man auch über dieses in der bürgerlichen Presse, in Radio und Fernsehen wenig erfahren. Wenn überhaupt, dann war die Rede vom Todesschuß, welcher der Polizei jetzt endgültig freigegeben wird und wozu der einzelne Polizeibeamte nun kommandiert werden kann. Die neue Bestimmung darüber: „Ein Schuß, der mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit tödlich wirken wird, ist nur zulässig, wenn er das einzige Mittel zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr einer schweren Verletzung der körperlichen Unversehrtheit ist." Ob das der Fall ist, darüber entscheidet die Einsatzleitung.

Aber der Musterentwurf für ein Polizeigesetz reicht weiter. In seinem § 43 legt er fest: „Schußwaffen dürfen gegen eine Menschenmenge nur gebraucht werden, wenn von ihr oder aus ihr heraus Gewalttaten begangen werden oder unmittelbar bevorstehen und Zwangsmaßnahmen gegen einzelne keinen Erfolg versprechen." Weiter heißt es in diesem Artikel: „§ 41 Abs. 4 findet keine Anwendung."

Dieser § 41 Abs. 4, der beim Einsatz von Schußwaffen gegen eine Menschenmenge „keine Anwendung" finden soll, legt fest: „Der Schußwaffengebrauch ist unzulässig, wenn für den Polizeibeamten erkennbar Unbeteiligte mit hoher Wahrscheinlichkeit gefährdet werden." Auf eine Demonstration, auf streikende Arbeiter, die den Betrieb blockieren, darf also wahllos geschossen werden, wenn diese etwa Tränengasgranaten der Polizei zurückwerfen oder halt überhaupt durch Blockade der Auslieferung als „Menschenmenge" sich auf Aufforderung nicht auflösen und „Gewalt ausüben".

Aus den knappen Berichten in der Presse ist zu entnehmen, daß gegenüber dem Musterentwurf vom 20. Juni 1975 die Befugnisse der Polizei bei der Durchführung von Kontrollen und bei der Durchsuchung von Personen und Sachen noch einmal erweitert worden ist. Damit dürfte die Bestimmung des neuen baden-württembergischen Polizeigesetzes verallgemeinert worden sein, wonach die Polizei ganze Gebäude und Gebäudegruppen durchsuchen darf, „wenn die Durchsuchungen das einzige Mittel sind, um eine Lebensgefahr oder Gesundheitsgefahr von der entführten Person oder von einem Dritten abzuwehren".

Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit, Recht auf Unverletzlichkeit der Wohnung, das sind im bürgerlichen Staat für die Volksmassen leere Versprechungen. Angesichts immer größerer Konzentration des Reichtums in den Händen einer ständig kleiner werdenden Klasse kapitalistischer Privateigentümer und ständiger Zunahme der Masse der Lohnabhängigen gerät das Eigentum in immer größere Gefahr. Es muß geschützt werden gegen die Riesenmasse des Volkes, die es nicht hat und den Eigentümern der Produktions- und Lebensmitteln Monat für Monat seine Arbeitskraft verkaufen und Mehrarbeit leisten muß, um leben zu können. Es muß gegen die Enteignung und Vergesellschaftung durch die Arbeiterklasse geschützt werden, gegen die soziale Revolution des Proletariats.

Einen Polizisten auf 400 Einwohner, gleichgültig ob Säugling oder Greis, hat die herrschende Klasse in Westdeutschland im Sicherheitspolitischen Programm der Regierung von 1972 für erforderlich erklärt, um ihr Leben als Ausbeuter und ihr Eigentum zu sichern. 1974 waren es schon 168471 Polizisten, ein Polizist auf 368 Einwohner. Hinzu kommt Bundesgrenzschutz mit 22000 Mann, eine Bundespolizei mit schweren Waffen, der Verfassungsschutz als geheime Staatspolizei und die Bundeswehr mit annähernd 500000 Mann. Ganz abgesehen von amerikanischen, englischen, französischen, kanadischen, belgischen, niederländischen Truppen auf westdeutschem Boden. Die westdeutsche Bourgeoisie hat ein gewaltiges Sicherheitsbedürfnis.

1951, sechs Jahre nach ihrem verlorenen Krieg, mußte sie noch auskommen mit insgesamt 140000 Mann eige-

Fortsetzung S. 2

Vorkämpfer eines vereinten Europa am Werk

In Spanien haben die Kämpfe gegen das faschistische Franco-Regime in den letzten Jahren einen Aufschwung genommen. In Italien gelingt es der Bourgeoisie nicht so recht, mit der Arbeiterklasse fertig zu werden. In beiden Staaten haben die westdeutschen Kapitalisten beachtliche Investitionen durchgeführt, um an der Ausbeutung der dortigen Arbeiterklasse teilzunehmen und auf das Land einen möglichst beherrschenden Einfluß auszuüben. In Spanien haben die westdeutschen Kapitalisten immerhin 2858 Millionen Mark investiert. Allein in den beiden letzten Jahren über 500 Millionen. In Italien sind es nach den gleichen offiziellen Angaben 1504,1 Millionen. In den letzten beiden Jahren über 230 Millionen. Genauso wie nach Portugal, wo deutsche Politiker, allen voran Willy Brandt, sich die Klinke in die Hand geben, setzen die westdeutschen Kapitalisten ständig ihre Politiker in Trab, damit sie in diesen Ländern Einmischung betreiben. Die SPD hat dafür auch die passende Parole gefunden: „Modell Deutschland", das ist der Schlager, mit dem sie die Massen für die Expansionsinteressen des westdeutschen Kapitalismus gewinnen will und im Ausland hausieren geht.

Über eine solche Geschäftsreise in Sachen imperialistischen Expansionsstrebens berichtet die „Frankfurter Allgemeine Zeitung". Der SPD-Bundestagsabgeordnete Friedrich ist vor kurzem nach Spanien gereist, um einen Vortrag vor spanischen Oppositionspolitikern zu halten:

„Einigen Unwillen erregten Friedrichs Ausführungen über wirtschaftspolitische Fragen und sein Hinweis, Spanien brauche in Zukunft hohe Auslandskredite, wobei der deutsche Abgeordnete ausführlich an die hohen Investitionen der deutschen Wirtschaft in Spanien erinnerte." Der Unwille der spanischen Oppositionspolitiker ist verständlich, denn der Hinweis auf westdeutsches Kapital war auch gleich mit den entsprechenden Ratschlägen verbunden: „Friedrich, der von dem Mannheimer Prorektor Hirsch-Weber (ein Mann der deutschen Wissenschaft macht sich bei so was immer gut!) begleitet wurde, riet den spanischen Sozialisten, sich zu bemühen, ein politischer Machtfaktor zu werden statt stolze Programmsozialisten zu sein."

Kann man die Empörung der SPD über die CDU-Parole „Freiheit statt Sozialismus" nicht gut verstehen, wo die Sozialdemokraten doch nicht nur im Inland, sondern auch im Ausland nichts anderes im Sinn haben als die Freiheit der westdeutschen Kapitalisten?

Daß man den Hintern nicht aus Bonn hinwegbewegen muß, um die Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Ländern und das Geschäft der westdeutschen Kapitalisten im Ausland zu betreiben, zeigt die Anfrage des CSU-Abgeordneten Schedl an die Bundesregierung:

„Trifft es zu, daß Italien in Kürze bei der Europäischen Gemeinschaft einen neuen Kredit beantragen werde, nachdem entsprechende Gespräche Italiens mit dem internationalen Währungsfonds vorläufig suspendiert worden seien, und wie stellt die Bundesregierung – bejahendenfalls – sicher, daß ein weiterer Kredit nicht der Fortsetzung der Mißwirtschaft Vorschub leistet, wie sie in Italien unter dem Motto der ‚Öffnung nach links' betrieben wurde?" Man kann auf die Antwort der Bundesregierung gespannt sein. Genscher hat einmal gesagt, in der Bundesrepublik gebe es trotz aller Differenzen eine „Allparteienregierung der Inneren Sicherheit". Genau so gut kann man auch sagen: Es regiert eine Allparteienregierung der äußeren Expansion und Einmischung. Die bürgerlichen Parteien sind wirklich ehrliche Vorkämpfer eines vereinten Europa: vereint durch das Diktat der westdeutschen Finanzbourgeoisie.

Polengeschäft des BRD-Imperialismus

Fortsetzung

Fabrik an Polen liefern. Die polnische Firma Polimex-Cekop GmbH, Warschau, an welche die Fabrik geliefert wird, verpflichtet sich, gemeinsam mit der Friedrich Uhde GmbH „komplette Anlagen zur Herstellung von Düngemitteln in die Türkei" zu liefern. Man muß dabei wissen: Bei der Friedrich Uhde GmbH handelt es sich um eine 50-prozentige Tochter des Hoechst-Konzerns. Offenbar handelt es sich darum, daß als Gegenleistung für die Lieferung der chemischen Fabrik die Polen für die Fertigstellung eines Hoechst-Auftrages in der Türkei arbeiten müssen.

Ähnliche Verträge für die Lieferung an Drittländer hat auch die Salzgitter Industrie GmbH mit der Polimex geschlossen, die danach gemeinsam mit der Salzgitter GmbH Zuckerfabriken an Drittländer liefern muß gegen Hüttenerzeugnisse der Salzgitter Stahl GmbH.

Noch nicht zum Abschluß gekommen ist der Vertrag, an dem die westdeutschen Imperialisten ein besonders reges Interesse bekundet haben: Gegen einen westdeutschen Kredit für Anlagen zur Kupferförderung sollen die Polen sich verpflichten, auf zwölf Jahre jährlich 40000 Tonnen Kupfer zu liefern, denn die Abhängigkeit von einigen wenigen Kupferlieferanten ist dem westdeutschen Imperialismus bitter.

Die geschlossenen Verträge sind von dreierlei Art: Einmal handelt es sich darum, daß Polen Rohstoffe liefern soll für westdeutsche Industrieprodukte, ein Geschäft, bei dem immer der Rohstofflieferant draufzahlen muß, wenn er nicht wie z.B. die Sowjetunion gegenüber Polen die Preise für seine Rohstoffe auch politisch diktieren kann, durch Unterhalt seiner Panzerdivisionen im Land.

Der andere Vertragstyp verpflichtet die polnische Industrie zur Lieferung an Dritte, an Kunden westdeutscher Konzerne in Entwicklungsländern. Diese Aufträge dürfen die Polen selbstverständlich nicht alleine ausführen, sondern nur in „Kooperation" mit dem auftraggebenden westdeutschen Konzern.

Und im dritten Fall sichert sich der westdeutsche Konzern die Kontrolle über den Verkauf der polnischen Produkte.

Edward Gierek hat die Polenbegeisterung bei den Oberherrn des westdeutschen Finanzkapitals fast zur Siedehitze getrieben mit der Erklärung, auch über eine direkte Beteiligung westdeutscher Konzerne an polnischen Firmen ließe sich reden. Wunder über Wunder, werden sich die Herren gesagt haben: Noch ist Polen für uns nicht verloren.

Warum macht Polen unter Führung des Revisionisten Gierek eine solche Politik, wodurch das Land in neue Abhängigkeit gebracht wird? – Weil die bürgerliche Führung Polens die Sowjetunion als Besatzungsmacht im Land hat und die Unterdrückung der eigenen Arbeiterklasse dennoch als nationale Aufbauleistung anpreisen muß. Da sind ziemlich gewagte Manöver nötig, wenn sie im Sattel bleiben will. Einerseits wurde die Freundschaft zur Sowjetunion in die Verfassung geschrieben, was ein Sklavenakt ist. Andererseits wurde die vollständige Bindung des Außenhandels an die RGW-Staaten merklich verringert. Von 1970 gleich 63,3 % auf 1973 gleich 53,4 %. Der Anteil der westlichen kapitalistischen Länder stieg von 27,1 % auf 39,8 % im gleichen Zeitraum, mit Westdeutschland an der Spitze.

Möglich war diese Ausweitung des Westhandels, weil Polen auf Kredit gekauft hat und sich gegenüber den westlichen Imperialisten hoch verschuldet hat, was zur Folge hat, daß es sich jetzt nicht nur von der Sowjetunion, sondern auch von den westlichen Imperialisten ausnehmen lassen muß. Die polnische Regierung rechtfertigt diese Politik gegenüber der eigenen Bevölkerung mit der Notwendigkeit des beschleunigten Aufbaus des Landes.

Will man der bürgerlichen Presse in Westdeutschland glauben, dann gab es seit Giereks Regierungsantritt 1970 dabei deutliche Erfolge. Tatsächlich ist die polnische Industrieproduktion rasch angestiegen. Aber um den Preis, daß ausländische Imperialisten Mitbesitzer des Landes wurden und sich an der Ausbeutung der polnischen Arbeiterklasse mästen können.

Seit der Reprivatisierung der Landwirtschaft in den fünfziger Jahren ist in Polen Schritt für Schritt von der neuen Ausbeuterklasse eine kapitalistische Politik eingeschlagen worden. Die Reprivatisierung der landwirtschaftlichen Betriebe hat dabei die Voraussetzung geschaffen, massenhaft Bauern zu vernichten und weg vom Land als billige Arbeiter in die Städte zu treiben. 1950 arbeiteten laut Statistischem Jahrbuch Polens 56,6 % der Erwerbstätigen noch auf dem Land. 1973 waren es nach den Angaben des Hamburger Instituts für Wirtschaftsforschung noch 34,3 %. Nicht das Land war entwickelt worden, sondern Millionen von Bauern und Bauernsöhnen wurden in die industriellen Ballungszentren zusammengepreßt, wie es überall bei kapitalistischer Entwicklung betrieben wird.

Die auf diesem Wege gewaltig vermehrte Arbeiterarmee hat gegen niedrigen Lohn und schlechte Arbeitsbedingungen die Industrieproduktion vorangebracht. 1970 haben die Arbeiter in großen Streiks die Senkung ihrer Löhne zurückgewiesen und bis heute einige Erhöhungen erkämpfen können. Die bürgerliche Führung muß das rückgängig machen und weiß doch nicht wie. Auf dem letzten Parteitag haben die Revisionisten erklärt, es ginge nicht mehr so weiter wie bisher mit Erhöhung der Löhne und Verbesserung des Warenangebots. Die Möglichkeit, den Widerstand der Arbeiter zu überspielen durch Zufuhr neuer, ungeschulter Arbeiter, wird jedoch für die Regierung geringer. Bis 1980 können nur noch 185000 neue Arbeiter in der Industrie zugeführt werden.

Um die Kreditgeber zahlen zu können, sollen deshalb die Arbeiter jetzt intensiver schaffen. Produktivitätssteigerungen werden gefordert, und die westdeutschen Imperialisten bieten sich schon an, daß sie da „know how" liefern können. „Weg von der Erweiterungsinvestition, hin zur Rationalisierungsinvestition" sei die Devise, wissen die „Nachrichten für den Außenhandel" am 8.1.76 zu berichten.

Die westdeutschen Imperialisten richten sich auf ein längeres gutes Geschäft ein auf Kosten der polnischen Arbeiter so gut wie der deutschen. Sie sprechen von einem „historischen Besuch" und von friedlichem Ausgleich. In Gierek und der von ihm betriebenen Wirtschaftsordnung spüren sie den Seelenverwandten. Eine Studie des HWWA-Institutes für Wirtschaftsforschung in Hamburg über die wirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa bis Ende 1974 kommt zu dem Schluß: „Diese Wirtschaftsordnung kann, wenn sie auf die gesamte Volkswirtschaft ausgedehnt und konsequent vorangetrieben wird, zu einem spezifischen, marktwirtschaftsähnlichen Wirtschaftsmodell führen." Da ist viel Hoffnung auf einen fetten Happen zu spüren, aber keinerlei Freundschaft mit dem polnischen Volk.

kauft hat und sich gegenüber den west- einige Erhöhungen erkämpfen kön- mit dem polnischen Volk.

Westdeutsches Kohleimperium

Mit Steuergeldern sind in den sechziger Jahren die Ruhrbarone saniert worden. Während abertausende Bergleute auf die Straße geworfen wurden, bekamen die Kohlekonzerne ihre bankrotten Zechen aufgekauft. Die rentablen wurden noch einmal subventioniert und zusammengelegt zur Ruhrkohle AG. Vor eineinhalb Jahren kaufte die Ruhrkohle AG neue Zechen, in den USA. Gleichzeitig wurde die Ruhrkohle Trading Corporation in New York gegründet, die sich „weltweit im Kohle- und Kokshandel betätigt. Sie verkauft nicht nur die Förderung der Konzernzechen in Amerika, sondern auch die Kohle fremder Bergbaubetriebe." Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet von der „Tendenz" der Ruhrkohle AG, „den bisherigen Wirkungskreis zu erweitern. (...) Vielleicht wird es eines Tages in Kanada, in Australien und sogar in Südafrika ebenfalls Ruhrkohle-Betriebe geben. Mit entsprechenden Vorhaben beschäftigt man sich im Ruhrkohle-Haus schon seit geraumer Zeit." (12. Juni) Auf den Knochen der westdeutschen Bergarbeiter, der entlassenen und der heute noch schuftenden, wird da ein weltweites Kohleimperium aufgebaut.

Teurer Strom, billiger Strom

In keinem anderen westeuropäischen Land außer Belgien ist Strom für Privathaushalte so teuer wie in Westdeutschland. Durchschnittlich 17,01 Pfennig pro Kilowattstunde am 1. Juli 1975. Das Preisniveau pro Kilowattstunde Industriestrom dagegen lag bei Abnahme von mehr als 15 Millionen Kilowattstunden bei 7,84 Pfennig und damit auf dem Durchschnitt der rohstoff- und wasserkraftarmen Länder. (Zeitung für kommunale Wirtschaft, 11. Juni)

Steuergeschenk an die Ka-

Steuergeschenk an die Kapitalisten

Der Bundestag hat am 10. Juni mit Zustimmung aller Parteien die Senkung der Körperschaftssteuern beschlossen. (Siehe KVZ Nr. 21) Etwa eine Milliarde DM jährlich werden westdeutsche Kapitalisten und nichtstuende Couponschneider dadurch an Steuern sparen. Nachdem viel Nebel geblasen war von wegen Förderung der kleinen Sparer, Beitrag zur Vermögensbildung usw., sprach die Regierung schließlich Klartext. Als wichtigstes Ziel der Steuersenkung für Kapitalisten nannte sie: Stärkung der Eigenkapitalbasis. (Nach: Süddeutsche Zeitung, 11. Juni)

Schon 43 Millionen sind erfaßt

SPD und FDP haben in der vergangenen Woche ein sogenanntes Datenschutzgesetz verabschiedet, das als Vorstufe dienen soll zur Einführung eines allgemeinen Personenkennzeichens. Jeder Bewohner der Bundesrepublik soll von der Wiege bis zur Bahre erfaßt werden und die Daten, die vom Staat, von Kaufhäusern, Versandhäusern, Banken über ihn gesammelt werden, sollen so zentralisiert werden. Diese umfassende polizeimäßige Bespitzelung wollen SPD und FDP schmackhaft machen durch das Versprechen, daß die heimlich gesammelten Daten geschützt würden, durch den Staat selber, der dafür ein eigenes Amt schafft.

Und der Staatssekretär Baum (FDP) aus dem Innenministerium verteidigte die Absichten der Regierung damit: „Nach den Mitteilungen der Länder kann davon ausgegangen werden, daß bis heute bereits etwa 43,15 Millionen Einwohner unseres Landes eine dem bundeseinheitlichen Personenkennzeichen entsprechende Personenkennziffer haben." – Die CDU verweigert dem Gesetzeskomplex vorläufig ihre Zustimmung, obwohl „zahlreiche Unionspolitiker an der Wiege und auf dem Weg zum Personenkennzeichen stehen" (Wernitz, SPD). Dort möchte man wohl erst den Staatsapparat wieder in der Hand haben, bevor ihm so weitreichende Ermächtigungen erteilt werden. Kein bürgerlicher Politiker, der nicht Enthüllungen durch seine Konkurrenten zu fürchten hätte.

In der letzten Nummer der KVZ ist auf der Seite 2 ein irreführender Fehler. In dem Artikel „Weg mit dem niedersächsischen Verfassungsschutzgesetz" muß es am Beginn des drittletzten Absatzes richtig heißen: Auf einer **GEW-Mitgliederversammlung ...** (nicht CDU-Mitgliederversammlung). Wir bitten insbesondere die GEW-Mitglieder um Entschuldigung.

Polizeiwillkür ...

Fortsetzung

ner bewaffneter Macht, alle als Polizeieinheiten ausgewiesen, aber schon die ersten Kadereinheiten der späteren Armee darunter. Die eigentliche Polizei war damals 90000 Mann stark. Auf 561 Einwohner ein Polizist. Das ist von damals auf heute eine Verschärfung der Polizeikontrolle des Volkes um mehr als 50 %.

Welche panische Furcht die besitzende Klasse vor diesen Kämpfen der Massen hat, davon legt ein Gesetz Zeugnis ab, das im März verabschiedet wurde: die Neufassung des Waffengesetzes. Bis herunter zu stärkeren Luftbüchsen wird Besitz und Erwerb von Waffen erlaubnispflichtig gemacht. Und solche Erlaubnis wird nur erteilt für die „Inhaber eines gültigen Jahres-Jagdscheins", für Sportschützen auf genehmigten und überwachten Schießplätzen, sowie für solche Antragsteller, die „glaubhaft machen (können), wesentlich mehr als die Allgemeinheit durch Angriff auf Leib oder Leben gefährdet zu sein", was kaum ein Arbeiter wird nachweisen können, mit Sicherheit aber jeder Bourgeois.

Gleichzeitig wird der Bourgeoisie in diesem Gesetz noch die Möglichkeit zur Aufstellung und Bewaffnung kleinerer Privatarmeen geschaffen. „Eine Erlaubnis (zum Waffenbesitz) bedarf nicht, wer eine Schußwaffe ... 5. von einem anderen Berechtigten erwirbt, wenn und solange er die Weisungen des anderen über die Ausübung der tatsächlichen Gewalt über die Schußwaffe auf Grund ... eines Arbeitsvehältnisses ... zu befolgen hat." Der Kommentar der Bundesregierung erläutert, was gemeint ist: „... den Erwerb einer Schußwaffe durch den Angestellten einer Bank oder eines gewerblichen Bewachungsunternehmens, im Auftrage des Arbeitnehmers und nach dessen Weisungen ..." Das reicht vom Werkschutz bis zur Privatpolizei.

So peinlich genau aber jeder Waffenbesitz in der Hand des Volkes verboten wird („Düsen von Sprühgeräten sind keine Läufe" – Kommentar der Bundesregierung, wodurch das Benutzen von Haarspray gerade noch freigegeben wird) und so großzügig das Waffengesetz die zusätzliche private Bewaffnung der Bourgeoisie ermöglicht, nachdem ihr Staatsapparat schon bis an die Zähne bewaffnet ist: Allvierteljährlich muß eben dieselbe Bourgeoisie einige fünfzigtausend junge Arbeiter und Angestellte einziehen, um sie für 15 Monate an Gewehren, Panzern und Artillerie auszubilden, an allem, was gut und teuer und wirkungsvoll ist.

Und das unter Bedingungen, wo die jungen Lohnarbeiter äußerst rechtlos gehalten und unterdrückt werden, wodurch ihre Liebe zur herrschenden Klasse nicht zunimmt. Blutige Polizeiwillkür gegen die Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes verurteilen die arbeitenden Massen nicht zur Wehrlosigkeit. Die Bourgeoisie selber lehrt die Mehrheit der Arbeiter und der Volksmassen den Gebrauch der Waffen. Durch Zersetzung der Armee, durch Eroberung der Waffenlager der Bourgeoisie, durch Volksbewaffnung werden sich die Massen die Mittel beschaffen, um diese Fähigkeiten im Waffengebrauch gegen die Bourgeoisie zu kehren. So haben sie es in der Russischen Revolution gemacht, so haben sie es, wenn auch zunächst ohne Erfolg 1918, 1921 und 1923 in Deutschland gemacht.

Je mehr die Bourgeoisie ihren Gewaltapparat ausbaut und jede Regung der Volksmassen polizeimäßig zu unterdrücken versucht, desto mehr ist es notwendig, sich Klarheit darüber zu verschaffen: Die Arbeiterklasse kann nicht versuchen, die Herrschaft der Bourgeoisie zu demokratisieren. Sie muß sie stürzen.

Einhergegangen damit ist die Abnahme der „Selbständigen" an der erwerbstätigen Bevölkerung von 31,6 % (1950) auf 15,7 % 1974, also derjenigen, die durch eigenen kleinen Besitz der herrschenden Klasse verbunden sind. Die soziale Basis der Bourgeois-Herrschaft ist schwächer geworden. Da muß die Polizei verstärkt werden. Und angesichts zunehmender Kämpfe der Arbeiterklasse und der Volksmassen, müssen die Gesetze her, die mögliche Hindernisse beim Einsatz gegen die Massen beseitigen.

Recht für die herrschende Klasse auf freie Entfaltung ihrer Persönlichkeiten, auf Sicherheit ihres Eigentums, an Fabriken, Maschinen und Lebensmitteln, auf Unverletzlichkeit ihrer Villen, Parks und Sommerhäuser, das bedeutet für die lohnabhängigen Massen: Polizeiwillkür, Androhung des Todesschusses und gegebenenfalls Maschinengewehrfeuer auf ihre Demonstrationen. Die Drohungen des Musterentwurfs eines Polizeigesetzes richtet sich ja nicht gegen Schleyer, wenn er an der Spitze einer Delegation des Bundesverbandes der deutschen Industrie zum Kanzlerbungalow pilgert, um dort dem jeweiligen Amtsverwalter die Leviten zu lesen. Sie richten sich ausschließlich gegen die arbeitenden und lernenden Volksmassen, die im Streik, in der Demonstration, der Blockade ihre Rechte durchsetzen.

Demonstration gegen das Niedersächsische Verfassungsschutzgesetz am 21.6.

Am Montag, den 21.6. findet in Hannover eine Demonstration gegen das niedersächsische Verfassungsschutzgesetz statt. Die Bewegung gegen dieses Gesetz hat sich in ganz Niedersachsen breit entwickelt. In den Gewerkschaften wurden zahlreiche Beschlüsse gefaßt. In der Entschließung der Vertreterversammlung der GEW, Bezirk Hannover, die am 3.6. bei 3 Enthaltungen und einer Gegenstimme angenommen wurde, heißt es:

„Alle Behörden des Landes, die Gemeinden und Landkeise, die sonstigen der Landesaufsicht unterstehenden Personen des öffentlichen Rechts, die Gerichte des Landes und die Verfassungsschutzbehörden sollen zu gegenseitiger Rechts- und Amtshilfe verpflichtet werden. All diese Stellen müssen nach dem Gesetzentwurf unaufgefordert alle Unterlagen über vermeintliche verfassungs-, staats- und sicherheitsgefährdende Handlungen mitteilen. Die Erkenntnisse des Verfassungsschutzes sollen an andere als staatliche Stellen weitergegeben werden können, z.B. an Unternehmen, Verbände, Parteien.

Durch dieses Gesetz wird jeder, der mit staatlichen Stellen wie Sozialamt, Schulen, Hochschulen, Arbeitsamt zu tun hat; jeder, der sich politisch und gewerkschaftlich betätigt, für die Bespitzelung mit ‚nachrichtendienstlichen Mitteln' (Abhören, Beschatten usw.) freigegeben. Es wird ein Klima der Einschüchterung und des Denunziantentums geschaffen. Wer gegen die herrschenden Verhältnisse auftritt, soll mundtot gemacht werden, und seine Verfolgung durch Polizei und Justiz vorbereitet werden."

„Die Vertreterversammlung der GEW Bezirk Hannover lehnt diesen Gesetzesentwurf ab. Er dient nicht der Demokratie, sondern schränkt das Recht auf freie politische und gewerkschaftliche Betätigung ein und dehnt die staatliche Kontrolle und Bespitzelung aus.

Die Landesregierung hat ihren Willen bekräftigt, das Gesetz zu verabschieden. Verhindert werden kann dieses Gesetz nur durch den Zusammenschluß aller Betroffenen.

Die Bezirksvertreterversammlung fordert:

Weg mit dem niedersächsischen Verfassungsschutzgesetz!

Für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung!

Die Vertreterversammlung fordert den Bezirksvorstand auf, diesen Beschluß an die Vertrauenslehrer, an „Erziehung und Wissenschaft" sowie an die Presse zu schicken.

Die Vertreterversammlung hält öffentliche Aktionen gegen das geplante Verfassungsschutzgesetz für notwendig."

In Wolfsburg hat schon kurz nach Bekanntwerden des Gesetzentwurfs der GEW Ortsverband dagegen Protest erhoben. Innerhalb der SPD ist es zu starken Widersprüchen gekommen. Die Jusos wollten sich örtlich gegen das geplante Gesetz aussprechen. Der Ortsverband der SPD hat ihnen dies verboten. In den Gewerkschaften, besonders in der IG Metall ist der Protest gegen das geplante Gesetz in der letzten Woche aufgeflammt. Die IG Metall Vertreterversammlung, das höchste Vertretungsorgan der 40000 Metaller in Wolfsburg, nahm nach Diskussion über den Inhalt des Gesetzentwurfs, besonders daß der Verfassungsschutz Ermittlungsmaterial an die Kapitalisten weitergeben kann, einstimmig einen Antrag an, der sich gegen das Gesetz ausspricht:

Das niedersächsische Verfassungsschutzgesetz ist keineswegs ein besonderes niedersächsisches Produkt, sondern geht zurück auf einen Musterentwurf der Innenministerkonferenz, der zu gleichen Regelungen in allen Ländern führen soll. Nach dem Entwurf § 3, 2 wird die Überprüfung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst als Aufgabe festgelegt. Nach § 4 sollen zu diesem Zweck „nachrichtendienstliche Mittel" angewandt werden. In den Erläuterungen heißt es dazu: „... sind Mittel und Methoden, die der geheimen, d.h. vom Betroffenen oder Außenstehenden nicht wahrnehmbaren Nachrichtenbeschaffung dienen". In § 5 wird festgelegt, daß dem Verfassungsschutz „Behörden des Landes, die Gemeinden, die Landkreise, (...) die Gerichte (...) alle Tatsachen und Unterlagen über Bestrebungen und Tätigkeiten im Sinne des § 3, 1 (Schutz der freiheitlich demokratischen Grundordnung) *unaufgefordert* zu übermitteln" haben.

In § 6 heißt es: „Die Verfassungsschutzbehörde kann ihre Erkenntnisse auch an andere als staatliche Stellen weitergeben."

Parlamentswahlen in Italien am 20./21.6.

Die PCI-Revisionisten wollen den Kapitalismus in Italien retten

Am 20. und 21. Juni werden ca. 40 Millionen Italiener ein neues Parlament wählen. Nach diesen Wahlen muß die herrschende Bourgeoisie entscheiden, ob sie die revisionistische PCI (Partito Comunista Italiano) in die Regierung hineinnimmt. Die italienische Bourgeoisie wird diese Entscheidung nicht allein fällen. Alle Imperialisten, die beiden imperialistischen Supermächte und die Imperialisten Europas, am offensten die USA und die BRD, mischen dabei mit, als wäre ganz Italien schon ihr Eigentum.

In Italien ist die Bourgeoisie unfähig, in der alten Form weiter zu regieren. In der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise hat sich die „italienische Dauerkrise" in ungeheurem Tempo beschleunigt. Die Staatsfinanzen stehen vor dem Bankrott. Die Auslandsverschuldung ist auf 42,5 Mrd. DM angewachsen, der Währungsverfall schreitet unaufhaltsam fort. Noch schneller steigen die Lebenshaltungskosten für die Massen. In einem Jahr sind die Fleischpreise auf das Doppelte gestiegen. Der Fleischverbrauch in Italien beträgt die Hälfte des Durchschnitts in der Europäischen Gemeinschaft, das Reallohnniveau ist, obwohl die Arbeiterklasse in großen Kämpfen Lohnerhöhungen Jahr für Jahr durchsetzen konnte, nach wie vor das niedrigste innerhalb der Europäischen Gemeinschaft. (Nach: „Die Zeit" 23.4.76)

Die „italienische Dauerkrise"

Seit Ende des Zweiten Weltkrieges regiert die Bourgeoisie in Italien mit den Christdemokraten. Als Partei des Monopolkapitals und der Großgrundbesitzerklasse hat die Democrazia Christiana in dieser Zeit zunehmend ihre Massenbasis in der Kleinbourgeoisie und bei den Bauernmassen eingebüßt, in dem Maße, wie massenhaft
stiana in dieser Zeit zunehmend ihre Massenbasis in der Kleinbourgeoisie und bei den Bauernmassen eingebüßt, in dem Maße, wie massenhaft
Bauern und Kleinbürger zu Lohnabhängigen wurden. Die Landwirtschaft wurde weitgehend ruiniert, weil die Kleinbauern mit der Konkurrenz auf dem EG Agrarmarkt nicht mithalten konnten. Die Kapitalisten aber, eng verbündet mit dem parasitären und verfaulten Großgrundbesitz, erwiesen sich als außerstande, die Landwirtschaft zu entwickeln.

Die herrschende Klasse in Italien, die Monopol- und Finanzbourgeoisie ist nur in wenigen Bereichen, vor allem der Automobilindustrie und in Teilen der Maschinenindustrie konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt, sie muß in Italien selbst die Herrschaft teilen mit dem US- und europäischen Monopolkapital, das bedeutende Teile der italienischen Wirtschaft kontrolliert. (Vergleiche KVZ Nr. 21, S. 3) Ein bedeutender Teil des italienischen Monopolkapitals wird als Staatsbetrieb geführt und ist damit Pfründe für die Postenschieberei der regierenden Christdemokraten.

Die verschiedenen Teile der herrschenden Klasse in Italien, das in- und ausländische Finanzkapital und die Großgrundbesitzer, sind repräsentiert durch die Christdemokratie und tragen ihren Kampf um die Vorherrschaft im Staatsapparat durch Korruption aus.

Die Christdemokratie ist so in doppelter Weise verrottet und regierungsunfähig, zerrissen in die verschiedenen Teile der herrschenden Klasse, deren Gegensätze sich mit der Krise zuspitzen, und in wachsendem Widerstand zu den Volksmassen, in denen sie ihre kleinbürgerliche Basis verliert.

Der Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital und der Widerspruch zwischen den Volksmassen und dem kapitalistischen Staat haben sich in einer Weise verschärft, daß die Bourgeoisie in der alten Form nicht weiterregieren, die Arbeiterklasse die Herrschaft der Bourgeoisie aber noch nicht stürzen kann. Das macht das Wesen der „italienischen Dauerkrise" aus. Und damit ist zugleich die Richtung angegeben, in der sich die beiden gegenüberstehenden Klassen bewegen müssen.

Die Revisionisten als Retter des kapitalistischen Italien

Für beide Klassen ist dabei in gegensätzlicher Weise die revisionistische PCI zum Schlüsselproblem geworden. Die Bourgeoisie muß entscheiden, ob sie zur Erneuerung ihrer Herrschaft über die Arbeiterklasse und die italienischen Volksmassen die Revisionisten an der Regierung beteiligt. Wie immer sich die Bourgeoisie entscheidet, vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus steht fest, daß nur die proletarische Revolution und der Sturz der kapitalistischen Ausbeuterherrschaft die Krise für die Arbeiterklasse und die Volksmassen lösen kann. Dazu muß sich die Arbeiterklasse von dem Haupthindernis, von den Fesseln des Revisionismus, befreien.

Aufgrund ihrer revolutionären Vergangenheit konnte die PCI ihren Einfluß auf die Arbeiterklasse weitgehend aufrechterhalten. Die stärkste Gewerkschaftsorganisation, CGIL, steht unter ihrer Führung. Auf Grund der zunehmenden Proletarisierung konnte die PCI ihren Einfluß auf die breiten Volksmassen vergrößern. Auf Grund ihres reformistischen Programms und ihrer klassenversöhnlerischen Praxis bietet sie sich der Bourgeoisie an als Ausweg aus ihrer Krise mit einem Krisenprogramm zur „Rettung Italiens", das heißt zur Sanierung der kapitalistischen Wirtschaft und mit einem eindeutigen Bekenntnis zur Europäischen Gemeinschaft und zur NATO. (Spiegel, 24.5.)

In den Regionalwahlen haben die Revisionisten mit einem knappen Drittel der Stimmen ungefähr gleich mit den Christdemokraten abgeschnitten, aber die Christdemokraten haben Stimmen verloren, die Revisionisten gewonnen. Das Wahlergebnis ist der Ausdruck dafür, daß die Christdemokraten nicht mehr allein die Regierung bestimmen können. Zusammen mit Sozialisten und Sozialdemokraten würden die Revisionisten knapp über die absolute Mehrheit der Stimmen verfügen, legt man die Ergebnisse der Regionalwahlen zugrunde.

Das Programm der Revisionisten ist gegen die Arbeiterklasse gerichtet

„Austerität", das heißt Sparsamkeit, Selbstgenügsamkeit, ist die Parole, mit der die Revisionisten den Wahlkampf führen. Und Amendola, Mitglied der obersten Führung der PCI, erklärte schon vor einem Jahr in einem Interview mit der Zeitung Espresso: „Das Land hat Strenge notwendig." Mit dieser Parole antwortet die PCI auf den berechtigten Haß der Massen gegen Korruption und Verschwendung der herrschenden Klasse und der Christdemokratie. „Wir haben saubere Hände, sagen sie." Aus ihrem Wirtschaftsprogramm jedoch wird deutlich, gegen wen sich die Strenge richten soll. Die Produktivität müsse erhöht, die Lohnkosten gesenkt werden. (Spiegel, 24.5.)

In ihrem Wahlprogramm spricht die KPI von „sozialer Gerechtigkeit" und „Abbau von Privilegien", auch davon daß die Wirtschaft „nicht mehr von den Interessen der großen monopolistischen Gruppen bestimmt werden" dürfe. „Freiheit der Initiative **aller** Privatbetriebe, die natürlich auf der Basis des Profits arbeiten", will die PCI jedoch garantieren und nicht nur das, sie will auch verstaatlichte Betriebe wieder reprivatisie-
lich auf der Basis des Profits arbeiten", will die PCI jedoch garantieren und nicht nur das, sie will auch verstaatlichte Betriebe wieder reprivatisie-
ren. (Zitiert nach „Zeit", 21.5.) Daß sie tatsächlich nichts anderes als ein Krisenprogramm für die Monopole anbietet, kann man daraus erkennen, daß sie ausdrücklich um Investitionen der US-Monopole wirbt, ja ihr Wirtschaftsprogramm damit anpreist, daß es die Bedingungen für ausländische Investitionen in Italien verbessere. (Spiegel, 24.5., Newsweek, 26.4.)

Für die italienischen Monopole hat sie dafür gesorgt, daß diese als eine der ersten umfangreiche Geschäfte und Kooperationsabkommen mit der neuen Bourgeoisie der Sowjetunion vermittelt bekamen.

Die Bedenken der Bourgeoisie

Für die Bourgeoisie ist aber damit die Frage keineswegs entschieden. In allen bürgerlichen Zeitungen streitet sie darum, ob man die Revisionisten ranlassen solle oder nicht. Sie führt diese Auseinandersetzung unter der Fragestellung, kann man den „Kommunisten" trauen oder nicht. Darum geht es aber sicherlich nicht. Zu Recht bemerkt Altiero Spinelli, der italienische EG Kommissar, der nun als Unabhängiger auf der PCI-Liste kandidiert: „Man kann derlei nicht jahrelang öffentlich tun und sagen, ohne sich zu wandeln." (Zeit 21.5.)

Für die Bourgeoisie stellt sich die Frage so, ob sie mit der Hereinnahme der Revisionisten in die Regierung die Krise meistern kann, und das bedeutet im wesentlichen die Unterdrückung der Volksmassen und die Ausbeutung der Arbeiterklasse verschärfen kann, oder ob die Regierungsbeteiligung der Revisionisten die Bewegung der Arbeiterklasse und der Volksmassen fördert. Schließlich wird die PCI gewählt, weil die Massen eine Verbesserung ihrer Lage dadurch erhoffen. Und die Massen kämpfen für die Verbesserung ihrer Lage trotz und immer häufiger auch gegen die revisionistische Führung.

Es geht um die imperialistische Herrschaft über Europa

Die größte Sorge macht sich die imperialistische Bourgeoisie um die Zukunft der NATO in Italien. Das ist der empfindlichste Punkt, weil mit der NATO die Herrschaft der Bourgeoisie nicht nur in Italien, sondern in ganz Europa verbunden ist, und weil eine Schwächung der NATO, die Position des US-Imperialismus und seiner Verbündeten unmittelbar in große Nachteile gegenüber der anderen Supermacht, dem sowjetischen Sozialimperialismus, bringen muß.

In ihrem Wahlprogramm schreibt die PCI, daß sie ihren Beitrag dazu leisten will, daß „die Verteidigung und Sicherheit Italiens im Rahmen der international unterschriebenen Verpflichtungen auf die angemessenste Weise garantiert ist" und das Wahlprogramm schließt mit der Feststellung, die PCI wolle „die Beziehungen der Freundschaft der italienischen Republik und den Vereinigten Staaten auf der Basis der historischen Bande entwickeln" (zitiert nach „Zeit", 21.5.).

Aber wird ausgerechnet die PCI, die früher den Kampf gegen die NATO führte, ein Garant für die NATO-Interessen sein können, fragt sich die Bourgeoisie. Italien ist der zentrale Mittelmeerstützpunkt der NATO und insbesondere der 6. Flotte der USA. Von der strategischen Lage her gibt es für diesen imperialistischen Stützpunkt keinen Ersatz, denn Italien teilt das Mittelmeer ziemlich genau in der Mitte. Nicht nur das Hauptquartier der 6. Flotte, sondern auch ein Alliiertes Luftwaffenkommando, Radarfrühwarnstationen, zentrale Munitions und Treibstoffdepots der NATO und ca. 1500 taktische Atomwaffen befinden sich in Italien. Eine Verlegung dieses Stützpunktes in der Mitte des Mittelmeeres würde die Versorgungswege erheblich verlängern und die Reichweite der Waffen erheblich verkürzen. Außerdem ist Italien ständiges Mitglied der nuklearen Planungsgruppe der NATO. (Nach „Zeit", 11.6.)



Agnelli, Fiat-Boss und Vorsitzender des italienischen Industriellenverbandes.

„Nach wie vor rangiert Italien unter den Ländern der europäischen Gemeinschaft als der größte Importeur von französischem Champagner . . ."



„. . . der Braten auf dem Mittagstisch der durchschnittlichen Arbeiterfamilie aber ist infolge einer Preisverdoppelung innerhalb eines Jahres wieder so schwer erschwinglich geworden wie vor vierzig Jahren." (Die Zeit, 23.4.76) 1975 ist der Verbrauch an Lebensmitteln und Getränken in Italien insgesamt um 3 % gesunken. (nach Nachrichten für den Außenhandel 10.6.76)

Die Imperialisten erwägen offen die Konterrevolution

In einem Interview mit dem „Spiegel" erklärte Präsident Ford, die Regierungsbeteiligung der PCI sei „ein sehr ernstes Problem nicht nur für die Vereinigten Staaten, sondern für alle NATO-Verbündeten." In einem solchen Fall „würden wir es gewiß für nötig erachten, in sehr enge Konsultationen mit allen Verbündeten einzutreten." (Nach Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.6.) Die USA haben wiederholt direkten Druck auf die Christdemokraten ausgeübt (siehe KVZ Nr. 18), um jede Vereinbarung mit der PCI zu verhindern. Die „Deutsche Zeitung" schreibt zur Politik der USA am 23.4.: „Eine Tendenz scheint sich herauszuschälen: Die billigste Methode, mit dem kommunistischen Problem fertig zu werden, wäre, auf eine Volksfront zwischen Kommunisten und Sozialisten hinzuarbeiten, die den jüngsten Meinungsumfragen zufolge, eine knappe Mehrheit finden könnte. Die Kommunisten – so die Spekulationen – würden sich dann selbst kaputtmachen. Die unweigerliche Staatskrise ließe sich mit Hilfe des NATO-Mantels noch gerade unter Kontrolle halten."

Wer denkt da nicht an Chile oder Griechenland? In Griechenland kam der NATO-Putsch 1967 einem Wahlsieg der Zentrumsunion und der Revisionisten zuvor. In Chile hat ein reformistisches Regime solange gegen die Massen taktiert, bis es reif war für die imperialistische Konterrevolution. Die Revisionisten in Italien haben ihren Kurs des „historischen Kompromisses", des Bündnisangebots an die Christdemokraten, ausdrücklich mit den chilenischen Erfahrungen begründet. – Eine Notstandsdiktatur mit den Christdemokraten, das ist ihre Antwort auf das Risiko, das allen Reformisten droht. Daß sie hinweggefegt werden mit der Konterrevolution, wenn sie die Arbeiterklasse nicht bändigen können.

Die Arbeiterklasse hat die entgegengesetzte Lehre aus der Geschichte zu ziehen. Der Reformismus und Revisionismus führt so oder so in schwere Niederlagen. Es nützt ihr nichts, darauf zu setzen, die Revisionisten treiben zu können. Sie muß mit Reformismus und Revisionismus brechen und ihre marxistisch-leninistische Führung aufbauen, um die Herrschaft der Bourgeoisie zu stürzen und die proletarische Revolution durchzuführen.

An dieser grundsätzlichen Aufgabe, die von der Entwicklung der Klassenkämpfe in Italien auf die Tagesordnung gestellt ist, werden die Wahlen nichts ändern. Das Ergebnis der Wahlen und die Schlüsse, die die Bourgeoisie aus diesen Wahlen ziehen wird, werden jedoch die Bedingungen festlegen, unter denen diese Aufgabe gelöst werden muß. Sie kann nur im Kampf gegen den Revisionismus gelöst werden, der die Arbeiterklasse gegenüber ihren blutrünstigen Feinden entwaffnet: der imperialistischen Bourgeoisie des eigenen Landes, sowie deren imperialistischen Konkurrenten, die sich um Italien reißen. – (bb)



Generalsekretär der PCI, Berlinguer, im Eingangsportal des Quirinals, des Regierungspalastes.

„Wir sehen den Beitrag des privaten Kapitals – neben dem des Staates – als essentiell für Industrie und Wirtschaft an." „Wir sind an ausländischen Kapitalgebern sehr interessiert." (Äußerungen des PCI-Wirtschaftsexperten Luciano Barca in „Die Welt", 19.7.75, siehe auch KVZ Nr.31, August 1975)

Die Verschärfung der Prüfungsbedingungen nehmen die Studenten nicht hin

Über 40 Tage lang streikten die Göttinger Psychologiestudenten

Rund sechs Wochen, vom 20. April bis zum 3. Juni, führten die Studenten des Psychologischen Instituts Göttingen einen Streik gegen eine Verschärfung der Diplomprüfungsordnung durch. Am 3. Juni beschlossen sie den Streik „unbefristet auszusetzen". Das ist der längst und zäheste studentische Streik, der in der vergangenen Zeit an einer Hochschule in Westdeutschland und Westberlin stattgefunden hat.

*

Am 22.6. findet in Bonn eine zentrale Demonstration der Studenten statt, zu welcher der VDS-Vorstand aufgerufen hat. Fast an jeder Hochschule in Westdeutschland und Westberlin fanden in einzelnen Fachbereichen im vergangenen halben Jahr Streiks oder Aktionstage der Studenten statt. Tausende von Studenten waren in diese Kampfmaßnahmen einbezogen. Scharf drückt diese Streikbewegung den Aufschwung der demokratischen und revolutionären Bewegung unter den Studenten aus. Auch die bürgerliche Presse, die noch vor nicht allzu langer Zeit von einer Tendenzwende an den Hochschulen träumte, ist nach und nach gezwungen, dies zur Kenntnis zu nehmen. Für den bürgerlichen Staat ist dieser Zustand, in welchem er die Verhältnisse an den Hochschulen nicht mehr fest in seinem Griff hat, ein schwerer Schlag. Denn nicht nur die Studenten, sondern auch Teile vor allem der Assistenten, wissenschaftlichen Angestellten und Akademischen Räte rebellieren gegen die Unterdrückung an den Hochschulen. Im Streik der Psychologiestudenten in Göttingen wurden diese von dem Akademischen Rat Franz Dick unterstützt. Sofort ging die Staatsseite mit der Drohung des besonderen Dienstrechts gegen Franz Dick vor. Eingehandelt hat sie sich damit aber nicht nur den Protest der Studenten. Auch die GEW-Hochschulgruppe und die Abteilung Wissenschaft und Forschung der ÖTV haben diesen Angriff einheitlich zurückgewiesen. Die Versammlung der wissenschaftlichen Mitarbeiter des Fachbereichs Sozialwissenschaften verabschiedete einstimmig einen Beschluß, in der sie „die Forderungen der Studenten, die Verschärfung der Prüfungs- und Studienbedingungen zurückzunehmen", unterstützten. In den Streiks und Aktionen der Studenten werden umfassend politische Fragen behandelt, die sich auf die Verhältnisse außerhalb der Hochschule beziehen.

In vielen Resolutionen studentischer Vollversammlungen wurde der Streik der Druckarbeiter begrüßt und durch Geldsammlungen materiell unterstützt. Beschlüsse studentischer Vollversammlungen unterstützten die Forderungen der Arbeiterklasse am 1. Mai, und wie die streikenden Göttinger Psychologiestudenten beteiligten sich auch anderswo Studenten an den 1. Mai-Demonstrationen.

Gänzlich unerquicklich ist dieser Zustand für den bürgerlichen Staatsapparat. Die Hochschulen, als der obersten Etage seines Ausbildungswesens, über welches er die Gewaltherrschaft ausübt, dienen für ihn dem Zweck, seine künftigen Funktionäre in der bürgerlichen Weltanschauung, wie sie in den verschiedenen Einzelwissenschaften auftritt, zu unterweisen. Dienen für ihn dem Zweck, unter den Hochschülern die geeignetsten für seine Gewaltherrschaft auszusieben. Gerade unter den Lehrerstudenten, die er als Vertreter der bürgerlichen Weltanschauung für sein Volksbildungswesen braucht, stößt er dabei aber auf entschiedenen Widerstand. Über sein Monopol auf dem Arbeitsmarkt für Lehrer versucht er verstärkt, sie seinen Zwecken zu unterwerfen. Streiks und Aktionen der Pädagogischen Hochschüler in fast den meisten Bundesländern hat er sich dabei eingehandelt. (siehe S. 10 dieser KVZ)

Das wichtigste Kettenglied, mit welchem die staatliche Gewaltherrschaft an den Hochschulen, nicht anders als an Gymnasien und im Volksbildungswesen ausgeübt wird, ist das Noten- und Prüfungssystem. Damit organisiert er das Sieb- und Verschleißverfahren, welchem alle unterworfen sind, die von den Bildungsanstalten angesogen werden, welche zu einem Hochschulabschluß führen. Noch nicht ein Drittel – legt man die Zahlen des Schulentwicklungsplans I von Baden-Württemberg zugrunde – erreicht dann dieses Ziel eines Hochschulabschlusses. Aber trotz aller Schikanen und Unterdrückung, welche schon den Weg vom Gymnasium an die Hochschule kennzeichnet, gelingt es dem Staat nicht, sich jene zu unterwerfen, welche er schließlich in seine Hochschulen schleust. Das ist erstaunlich und muß zur Kenntnis genommen werden.

Die Bourgeoisie, welche kräftig an ihrer imperialistischen Expansion strickt, wo von Bildungsreform nichts mehr zu hören ist, geht jetzt daran, die Verhältnisse an den Hochschulen unter Kontrolle zu bekommen. Naturgemäß geschieht dies derart, daß sie zu diesem Zweck das wichtigste Kettenglied ihrer Gewaltherrschaft in diesem Bereich spitzt und schärft: das Prüfungssystem. Wir übertreiben nicht, wenn wir behaupten, gut zwei Drittel aller Streiks an den Hochschulen im vergangenen halben Jahr richteten sich gegen solche Maßnahmen des Staatsapparates. Das macht deutlich, worauf sich die gegenwärtigen Kämpfe der Studenten konzentrieren, und daß der Staat seine unterdrückerischen Maßnahmen an der Hochschule wie in keinem anderen Bereich des Ausbildungswesens durchsetzen kann, ohne den Widerstand gegen seine Gewaltherrschaft im Dienste der Kapitalisten zu verstärken.

Wir wissen nicht, wie weit es ihm an den Hochschulen gelingen wird, die Schärfung seines Prüfungsinstruments durchzusetzen und anzuwenden. Wir wissen aber, worüber die Aktionen der Studenten im vergangenen halben Jahr ein beredtes Zeugnis ablegen, daß sich in diesem Kampf der Gegensatz zwischen den Studenten und dem bürgerlichen Staat unweigerlich verschärfen wird, daß in diesem Kampf ausgezeichnete Bedingungen für die Kommunisten an der Hochschule herrschen, die Studenten für das Ziel der Arbeiterklasse, die soziale Revolution zu gewinnen. – (er)

Göttingen. Am 20. April haben sich 113 von 131 Studenten (bei 150 Studierenden) des Psychologischen Instituts Göttingen in einer Urabstimmung für einen unbefristeten Streik ausgesprochen. Diese Kampfmaßnahme der Studenten richtet sich gegen eine neu erlassene Regelung zur Herstellung von Diplomarbeiten, der bereits verschiedene Verschärfungen der Prüfungsordnung vorausgegangen sind. Durch Einführung von 13 zusätzlichen Pflichtveranstaltungen, Klausuren und Klausurempfehlungen, zusätzliche Scheine, Abschaffung von Gruppenleistungen und der freien Wahl der Prüfer zum Vordiplom wurde die Auslese unter den Studenten bereits zuvor gestrafft und verschärft. Dies hat dem bürgerlichen Staat jedoch nicht ausgereicht. Die Verschärfung der Diplomprüfungsordnung brachte jetzt das Faß zum überlaufen.

Folgende Neuregelung von Diplomarbeiten beschloß der Prüfungsausschuß:

– Die Einführung einer 6-Wochen-Frist zur Entscheidung für das Thema der Diplomarbeit. Hat man nach 6 Wochen kein Thema angegeben, erhält man es zwangsweise zugewiesen. Praktisch bedeutet diese Regelung von vornherein, daß die meisten Studenten ein Thema zwangsweise zugewiesen erhalten und nicht mehr selbst wählen können. Denn für die freie Wahl eines Themas sind längere Vorbereitungen notwendig. Dazu gehört die Aufstellung eines Versuchsplans bis hin zur eventuellen Bereitstellung von Versuchspersonen, was innerhalb von 6 Wochen nicht geleistet werden kann.

– Künftig dürfen nur noch die Professoren Diplomarbeiten betreuen, die Assistenten und akademischen Räte sind „weisungsgebunden" und üben nur noch „delegierte Betreuung" aus.

Insgesamt läuft diese neue Regelung also darauf hinaus, daß die Professoren allein über Thema und Inhalt der Diplomarbeiten bestimmen, womit prüfungsmäßig abgesichert wird, daß ein Diplom nur erhält, wer die bürgerliche Weltanschauung und die ihr entsprechende Psychologie vertritt.

Der Streikrat, welcher den Streik der Studenten organisierte, schreibt zu der neuen Diplomprüfungsordnung: „Diese Maßnahmen dienen also der weiteren Entrechtung und Entmündigung der Studenten am Institut. So wissen sie politisch und wissenschaftlich auf die herrschende Lehrmeinung ausgerichtet." Im Zusammenhang mit der „Rahmenprüfungsordnung" hat der Institutsdirektor Ertel die neue Prüfungsordnung als „heilsamen Zwang" bezeichnet, welcher auf die Studenten ausgeübt werden soll. Bislang hat der bürgerliche Staat aber diese Maßnahmen der Psychologiestudenten nicht beibiegen können, er ist auf den Widerstand und Kampf der Studenten gestoßen, die den Streik aufnahmen unter den Forderungen: Wegfall der Fristenregelung für die Diplomarbeit! Keine Zwangszuweisung und keine Themenvergabe durch die Professoren!

Dienstag, 20.4., der erste Streiktag: Mit aller Gewalt versuchen Institutsleitung und Universitätsbürokratie, den Streik von Anfang an zu zerschlagen. Folgende Maßnahmen ergreifen sie: Die Hörsäle werden abgeschlossen. Den streikenden Studenten wird mit Relegation gedroht. Drohung mit Entzug der Ausbildungsförderung. Aufforderung des Institutsdirektors Ertel an die Assistenten unter Androhung von dienstrechtlichen Maßnahmen, die streikenden Studenten zu bespitzeln. Schließlich Drohung mit dem Polizeiknüppel durch den Kurator der Universität.

Die Studenten lassen sich aber nicht einschüchtern. Gegenüber der Aussperrung um die Durchführung der im Streikprogramm vorgesehenen Veranstaltungen zu verhindern, beschließen sie die Besetzung beider Institutsgebäude. Auch die Studenten der anderen Fachbereiche der Universität, die vielfach ähnlichen Prüfungsverschärfungen gegenüberstehen, unterstützen schnell den Streik der Psychologiestudenten. Solidaritätsresolutionen werden verabschiedet, insgesamt 600 Studenten aus vielen Fachbereichen versammeln sich am ersten Streiktag im Institutsgebäude gegenüber dem angedrohten Polizeieinsatz.

Mittwoch, 21.4.: 800 Studenten unterstützen am zweiten Streiktag aus einer Universitätsvollversammlung heraus in einer Demonstration die Besetzung des 2. Hauses. Wie schon in der



Titelblatt einer KHG Broschüre zur Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Kriminologie. „Die Moral wird i.a. aus der Quelle der Religion gespeist, und wenn diese Quelle versiegt, oder auch nur schwächer wird, sind die Auswirkungen erheblich ..." So erklärt letztlich der Herr Amtsgerichtsrat Middendorf, der zum Honorarprofessor ernannt werden soll die „Kriminalität". Kein Wunder, daß solcher Unsinn nur durch ein polizeilich abgesichertes Prüfungswesen verbreitet werden kann.

Nacht von Dienstag auf Mittwoch werden Streikwachen für die Nacht von den verschiedenen Fachbereichen organisiert und die Nachtwachen wurden genutzt, um die Lage an den anderen Fachbereichen zu studieren.

Der Plan der Reaktion, den Streik schnell durch wilde Unterdrückung zu zerschlagen, scheitert an der breiten Front der Psychologiestudenten und an der breiten Solidarität der gesamten Studentenschaft für die gerechten Forderungen der Psychologiestudenten.

Auf der Grundlage der Streikforderungen der Studenten, der demokratischen Rechte auf uneingeschränkte Meinungsfreiheit, auf das Recht sich zu versammeln, zu streiken und in der Hochschule zu organisieren und unter der Forderung weg mit dem Ordnungsrecht, wurde gegenüber den Vertretern der herrschenden Klasse und ihres Staates in der Universitäts- und Institutsbürokratie der Zusammenschluß der Studenten hergestellt. Nachdem der erste Schlag der Reaktion an der breiten Kampffront der Studenten gescheitert war, verlegte sich die Gegenseite aufs Taktieren. Ertel, der zuvor die Aussperrung verfügt hatte, mußte nach der Besetzung des zweiten Gebäudes, von den 800 Studenten unterstützt wurde, den Schlüssel für das Gebäude dem Streikkomitee überreichen. Seine schriftliche Aufforderung zur Denunziation an die Mitglieder des Lehrkörpers zog er zurück.

Vorschläge der Reformisten bis hin zum Abbruch des Streiks

Unvermeidlich traten in den folgenden Streikwochen die verschiedenen politischen Strömungen unter der Studentenschaft zutage. Die Reformisten machten allerlei taktische Vorschläge, bis hin zum Abbruch des Streiks, und setzten ihre Auffassungen teilweise durch. Selbständige Betreuung von wissenschaftlichen Mitarbeitern war eine der Forderungen, die sich durchsetzte, anstelle der ursprünglichen Forderung: Keine Themenvergabe durch die Professoren.

Dennoch konnten sich die Reformisten, die den Gegensatz der Studenten zum bürgerlichen Staat verwischen wollten, nicht durchsetzen. Die streikenden Psychologiestudenten haben gegenüber dem Zwang und der Entrechtung durch die Prüfungsordnung die Forderung nach dem Einspruchsrecht ihrer Vollversammlung und des Fachschaftsrates gegenüber allen Änderungen der Prüfungsbedingungen durchgesetzt.

Klammheimlich hatten derweil die Professoren die Prüfungsordnung zur Absegnung ans Kultusministerium geschickt, ein Schritt, der allen reformistischen Vorschlägen, sich aufs Verhandeln zu verlegen, Hohn sprach. Als dieses Manöver der Institutsleitung ans Licht kam, war für die Studenten klar: der Streik wird fortgesetzt.

Um die Streikfront zu festigen, schlug der Streikrat die Durchführung einer Veranstaltung in der Universität vor, auf der dargestellt werden soll, „welches die Inhalte sind, auf die wir verpflichtet werden sollen und welches die Methoden sind, mit denen dies geschehen soll". Darüberhinaus soll diskutiert werden, mit welchen Mitteln der politische Druck erhöht werden kann. (Erklärung des Streikrats).

Im folgenden hat es daraufhin im Mai an der gesamten Universität eine breite Enthüllungskampagne über die bürgerliche Psychologie, in Gestalt der „Dogmatismusforschung" des Herrn Ertel gegeben (siehe KVZ 23, S. 10) und eine Debatte um die Notwendigkeit der Lahmlegung des Forschungsbetriebs am Institut, als der Brutstätte dieser bürgerlichen Ideologie, welche den Studenten durch „heilsamen Zwang" eingebleut werden soll. Unter Dogmatikern versteht der Professor Ertel Menschen, die für die „Schaffung einer neuen Gesellschaft" eintreten, und Dogmatismus selbst diagnostiziert er als eine leichtere Spielart der Geisteskrankheit. Man kann sich lebhaft vorstellen, wie brauchbar diese „Wissenschaft" für die bürgerliche Klasse ist: So kann sie „wissenschaftlich" rechtfertigen, ihre politischen Gegner in psychiatrische Zwangsanstalten einzuliefern.

Angriffe auf die Verfaßten Organe der Studentenschaft

Die Veranstaltung und die breiten Enthüllungen über die bürgerliche Weltanschauung und Wissenschaft, die im Verlaufe des Mai durchgeführt wurden, haben den Gegensatz der Studenten zum bürgerlichen Staat, der diese Ausbildung organisiert, deutlich gemacht und damit gut zur Vereinheitlichung der Streikbewegung beigetragen.

Kurz vor Pfingsten startete die Reaktion in Gestalt des Rektorats Angriffe auf die studentischen Vertretungsorgane. Das Rektorat der Universität hat in einem Brief an die Fachschaft Psychologie und den AStA den Streik der Psychologiestudenten für „rechtswidrig" erklärt. „Ein derartiger Streik ist illegal und stellt einen unzulässigen Eingriff in die durch Art. 5 garantierte Lehrfreiheit dar." (Brief des Rektorats)

Den verfaßten Organen der Studentenschaft will der Rektor die Unterstützung und Organisierung „rechtswidriger Maßnahmen von Studierenden" untersagen. Dieser Angriff des Rektorats stieß vor den Pfingstferien auf eine breite Empörung der Studentenschaft in einer Blockadeaktion.

Die streikenden Psychologiestudenten beschlossen kurz vor Pfingsten auf einer Streikversammlung am 3.6. nach rund sechswöchigem Streik, diesen „unbefristet auszusetzen". Damit wird der Zweck verfolgt, den Streik sofort ohne die vorherige Durchführung einer Urabstimmung wieder aufnehmen zu können, wenn das Rektorat oder die Institutsleitung Maßnahmen gegen Studenten einleiten sollte, die sich am Streik beteiligt haben.

Unmittelbar nach Pfingsten, Montag dieser Woche fand eine Vollversammlung der Psychologiestudenten statt, auf der beschlossen wurde, die Fachbereichssitzung Freitag dieser Woche, auf welcher eine Prüfungsordnung beschlossen werden soll, zu blockieren, um sie zu verhindern. – (d., Göttingen)

Am 2.6. verhinderten 500 Studenten die Verabschiedung einer neuen Prüfungsordnung durch den Senat der Pädagogischen Hochschule Rheinland (siehe Bild). Änderungen der Prüfungsordnung für Lehramtskandidaten stehen außerdem in Baden-Württemberg und Niedersachsen an. In ihrem Kern bestehen diese Änderungen in der Durchsetzung einer Regelstudienzeit, verstärkter staatlicher Kontrolle des gesamten Studiums durch das Prüfungswesen: mehr Pflichtklausuren, Einführung von Zwischenprüfungen, erhöhte Anforderungen und verstärkte staatliche Kontrolle der Abschlußprüfungen. Mit diesen Maßnahmen bezweckt der bürgerliche Staat, sich die künftigen Lehrer für das von ihm verwaltete und beherrschte Volksbildungswesen schon während der Ausbildung zu unterwerfen. Sein Einstellungsmonopol für das Volksbildungswesen setzt er dabei in direkte Unterdrückung während der Lehrerausbildung um: Wer sich seinen Prüfungsbedingungen nicht fügt, wird nicht eingestellt oder erhält einen Teilzeitvertrag zwecks weiterer Überprüfung. Durchgesetzt hat er an den Pädagogischen Hochschulen diese Schärfung seines Prüfungsinstruments bisher nicht. Er ist auf scharfen Widerstand der Lehrerstudenten gestoßen. (siehe Seite 10 dieser KVZ)

Knochenschinderei bei Hanomag (Daimler) Bremen

1976: Im ersten Vierteljahr 50,8 % mehr Fahrzeuge

Bremen. Die Kapitalisten aller Betriebe, besonders der großen Konzerne, sind sich einig: Die Krise ist im Griff. Über den Profit der Nobelmarke Mercedes weiß Deutsche Bank-Chef und Daimler Aufsichtsratschef Franz-Heinrich Ulrich schon heute: *„Im absoluten Ergebnis wird das Jahr 1976 das beste Jahr in der Geschichte des Konzerns.“*

Die Hanomag-Henschel-Fahrzeugwerke in Bremen gehören zu 100 Prozent Daimler-Benz. Im ersten Vierteljahr 1976 sind hier 50,8 Prozent mehr Fahrzeuge produziert worden als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.Den Produktionsschwerpunkt bildet die Kleintransporterproduktion von 4 bis 6 Tonnen. Dabei wird im Zwei- und Dreischichtbetrieb gearbeitet. Seit Anfang 1976 werden jeden Sonnabend Sonderschichten gefahren und Überstunden gemacht. Nimmt man die Stückzahlen in der Transporterproduktion, so war die Jahresproduktion für 1976 erst auf 33 000, dann auf 37 000 und nun auf 42 000 Einheiten festgelegt worden. Die Belegschaft wurde aber nur um 13,1 Prozent erhöht. Investitionen wurden keine vorgenommen.

Die Kapitalisten müssen bei ihrer Knochenschinderei ständig mit dem Widerstand der Arbeiter rechnen und gehen mit hinterhältigen Methoden vor, um die Stückzahl zu erhöhen. Erst wird für einen Tag die Stückzahl gesenkt, Arbeiter abgezogen und versetzt, dann wird mit den restlichen Arbeitern weiter produziert, und zwar am darauffolgenden Tag ein Wagen mehr, am nächsten Tag drei mehr, dann einer weniger, zwei mehr usw., mit der Begründung, es seien mehr Kollegen ans Band gestellt worden oder es seien einige krank Über den Zeitraum von einer Woche gesehen heißt das z.B. bei den Rücklichtern: Was vorher bei 25 Wagen drei Kollegen machen mußten, muß bei 33 Wagen jetzt einer machen.

Das reicht den Hanomag-Kapitalisten aber noch nicht. Vom 16. August bis 3. Dezember wollen sie im Zweischichtbetrieb die „Langzeitschicht“ einführen, was schlicht für jede Schicht eine Überstunde bedeutet. Für die Spätschicht wäre dann erst um 0.40 Uhr „Feierabend“. Als die Kapitalisten vor Weihnachten von den Arbeitern verlangten, eine Überstunde in der Spätschicht zu machen, wurde in mehreren Abteilungen dagegen der Widerstand organisiert. Die breite Ablehnung führte dazu, daß damals die Überstunden auf „freiwilliger Basis“ laufen sollten, was zur Folge hatte, daß viele Arbeiter pünktlich Feierabend machten und die Kapitalisten dann trotz Drohungen und Schikanen keinen Wagen mehr vom Band kriegten. Jetzt haben die Kapitalisten mit dem sozialdemokratischen Betriebsrat eine Betriebsvereinbarung abgeschlossen, die jeden Arbeiter unter Androhung, sich der Arbeitsverweigerung schuldig zu machen, zu Überstunden zwingen soll.

Jetzt haben wir Sommer, in den Hallen ist tagsüber eine Temperatur von 40 Grad Celsius. An den Öfen, in denen lackierte Fahrzeuge getrocknet werden, ist es noch heißer. Letzte Woche wurde ein Kollege, 20 Jahre alt, wie betrunken zum Werksarzt geführt – Kreislaufkollaps. Dort wurde ihm ein Zäpfchen verpaßt. Dann mußte er wieder ans Band. Wer länger oder öfter krank ist, fliegt sowieso raus.

Der Widerstand ist noch vereinzelt. Häufig kommt es vor, daß sich Kollegen bewußt mit dem Band abtreiben lassen und so erzwingen, daß ihnen noch ein Kollege zugeteilt wird oder die sonst rumlungernden Vorarbeiter und Schieber mitarbeiten müssen.

Es wird Pfusch gebaut, Anstelle von Nieten finden Kontrolleure Kaugummi. In anderen Hallen, z.B. im Achsbau, wo an kürzeren Bänden gearbeitet wird, die jeder Arbeiter überblicken und kontrollieren kann, ist es aber den Kapitalisten über Jahre nicht gelungen, auch nur eine Achse mehr rauszuschinden. – (Betriebszelle Hanomag Bremen)



Hanomag Bremen. An der Karosseriepresse wird in drei Schichten unter äußerst starkem Lärm gearbeitet.

Betriebsversammlung Stahlwerke P & S

„Neueinstellungen! Keine Überstunden mehr!“

Peine. Vor kurzem berichteten wir in der KVZ, daß die Mehrarbeit für die Arbeiter bei P & S zunimmt. Im Blasstahlwerk wird auf zwei der vier Schichten jetzt im Einkonverterbetrieb gearbeitet. Normalerweise sind zwei der drei Konverter in Betrieb. Die Besetzung der beiden Schichten ist verringert worden. Die Produktion ist aber nicht in demselben Maße gesunken. Zwölf Chargen werden meistens gemacht. Um das zu schaffen, muß für ein bis drei Chargen der zweite Konverter hinzugenommen werden. Natürlich ist nur eine Mannschaft da, die

ken. Zwölf Chargen werden meistens gemacht. Um das zu schaffen, muß für ein bis drei Chargen der zweite Konverter hinzugenommen werden. Natürlich ist nur eine Mannschaft da, die

dann den zweiten Konverter mit bedienen muß. Kürzlich weigerten sich auf einer Schicht die Konverterleute, für den zweiten Konverter die Zusätze für den Stahl wie Mangan und Silizium zu laden. Weil der Meister sie wegen Arbeitsverweigerung angriff, ging ein Arbeiter zum Betriebsrat und zur Werksleitung. Seitdem wurde zugestanden, daß die Zusätze mit dem Schaufellader statt mit der Schaufel geladen werden dürfen, was vorher nicht erlaubt war.

Auch in den ersten beiden Teilversammlungen und der Belegschaftsversammlung von P & S, Werk Peine, in der letzten Woche wurde die Auspressung von Mehrarbeit angegriffen. Gleich in der ersten Versammlung am Vormittag trat ein Arbeiter unter großem Beifall dem Gerede des Vorstands und Betriebsrates von der schlechten Lage entgegen: „Und meine Herren vom Vorstand, kommen Sie doch zu uns in die Produktion. Ich garantiere Ihnen, daß, wenn Sie nur acht Stunden bei uns arbeiten würden, Sie sich nicht mehr bücken könnten, um Ihre Schnürsenkel zuzumachen.“

In der Versammlung am Nachmittag zeigte ein Arbeiter in einer längeren Rede, worauf es hinausläuft, wenn die Kapitalisten von Steigerung der Konkurrenzfähigkeit reden und daß sich alle gemeinsam anstrengen müßten. „Bei uns im Blasstahlwerk, z.B. in der Rotorhalle, hat kürzlich ein Kollege eine Woche allein Platten mauern müssen, wo sonst drei sind. Das ist keine Seltenheit. Überall fehlen Leute.

Der Preis der Arbeitskraft ist herabgedrückt worden, und der Heißhunger der Kapitalisten nach Mehrarbeit verlangt gerade danach, diese billiger gewordene Arbeitskraft mehr auszubeuten. Um 8,7 Prozent ist nach den Zahlen der Prämienrechnung die Leistung pro Arbeiterstunde im Blasstahlwerk

langt gerade danach, diese billiger gewordene Arbeitskraft mehr auszubeuten. Um 8,7 Prozent ist nach den Zahlen der Prämienrechnung die Leistung pro Arbeiterstunde im Blasstahlwerk

von Dezember 1974 bis April 1976 gestiegen.“

Der Redner forderte Neueinstellungen, keine Überstunden mehr, kein Zweikonverterbetrieb bei den Schichten, die nur für einen Konverter besetzt sind. „Weiter sollten wir die kommenden Lohnverhandlungen im Herbst gut vorbereiten und früh die Forderungen, die unseren Interessen entsprechen, in den Betrieben diskutieren und aufstellen. Denn spätestens dann müssen die Stahlherren die Rechnung präsentiert bekommen für die stärkere Vernutzung unserer Arbeitskraft.“

Heftigen Beifall fand dieser Beitrag. Der sozialdemokratische Betriebsrat hatte den Beschluß, keine Neueinstellungen vorzunehmen, unterstützt und Überstunden auf der neuen Universalmittelstraße zugestimmt.

Zwanzig Minuten antwortete der Betriebsratsvorsitzende und stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrates, Mitglied des IG-Metall-Beirates und kürzlich als Arbeitnehmervertreter in den Europastahlrat gewählt, auf den Beitrag des Arbeiters. Lachen mußte ein Teil der Arbeiter, als er sagte: „Ausbeutung, das ist doch schon ein falscher Zungenschlag. Ich ließe mich doch nicht ausbeuten. Und überhaupt sei alles zu einfach gesehen.“ – (KBW-Peine)

„Gesetz zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität“

Verteilung der Beute

Am letzten Donnerstag verabschiedete der Bundestag einstimmig das „Erste Gesetz zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität“. Das Gesetz richtet sich gegen „Kreditbetrug, Subventionserschleichung, Wucher und betrügerischen Bankrott“. 10 bis 20 Milliarden DM gehen in einem Jahr diesen Weg in die Geldsäcke der Kapitalisten. (Handelsblatt, 11./12. Juni)

Die Kapitalisten leben von der Aneignung fremder Arbeit. Ihre Existenz hängt davon ab, ob es ihnen gelingt, mehr davon anzuhäufen als der Konkurrent. Fressen oder gefressen werden: Unter dieser Devise handeln sie. Nachdem die Kapitalisten die Arbeiter für sich haben arbeiten lassen und sich den Mehrwert angeeignet haben, setzen sie ihren Staat ein, um die Lohnabhängigen zu schröpfen. Einen großen Teil der Steuern, die die Lohnabhängigen zahlen müssen, schieben sich die Kapitalisten als direkte Subventionen wieder zu. 14 Milliarden DM für Betriebe und Unternehmen waren das 1975. Weitere 30,5 Milliarden DM kamen für die Kapitalisten an Steuervergünstigungen hinzu. Im Streit um diese großen Brocken gehen sich die Kapitalisten gegenseitig an den Kragen.

Bei dem Streit um die Beute müssen die kapitalistischen Wölfe und Füchse sich gegenseitig durch Gesetze voreinander schützen und setzen den kapitalistischen Staat ein, der das Gesamtinteresse des Kapitals vertritt. Der Bundestagsausschuß, der dieses Gesetz in den Bundestag eingebracht hat, hält fest, daß „die Abwehr von Subventionsbetrügereien ... nach allen Erfahrungen ohne Einsatz des Strafrechts selbst im notwendigsten Umfang nicht zu erreichen ist“.

Gerade die kleineren Kapitalisten werden unter dem Konkurrenzdruck der Großkapitalisten zu dem Mittel des Betruges greifen, um so ihre Existenz zu sichern. Die Großkapitalisten werden mit diesem „Gesetz für die Wirtschaft, ein Gesetz, das mit den Regeln ernst macht, die für jedes anständige Unternehmen schon immer gegolten haben“ (Justizminister Vogel vor dem Bundestag), den kleineren Kapitalisten auf die Finger klopfen und sie um so rascher schlucken können. Das Gesetz dient der „Sicherung der Finanzwirtschaft“, heißt es im Betricht des Rechtsausschusses vor dem Bundestag. Strafbar ist danach, falsche Angaben bei Aufnahme eines Kredits zu machen. Das bedeutet nichts anderes, als daß die Banken die Offenlegung der Geschäftslage erzwingen können. Die Abhängigkeit vor allem kleiner Kapitalisten von den Banken wird so auf gesetzlichem Wege verschärft.

Wenn in der Krise die Kapitalisten in schärfstem Konkurrenzkampf stehen – ein großer Kapitalist schlägt viele andere tot – werden Kapital und Produktivkräfte vernichtet. 1974 wurden 7 722 Konkurs- und Vergleichsverfahren angemeldet, 1975 waren es 9 195. Von den 8 942 Anträgen auf Konkurs wurden 5 886 mangels Masse abgelehnt. Es gab für die Gläubiger nichts mehr zu holen. Wer „Bestandteile seines Vermögens, die im Falle der Konkurseröffnung zur Konkursmasse gehören, beiseiteschafft oder verheimlicht ...“, wird nach dem „Wirtschaftskriminalitätsgesetz“ mit einer Strafe von fünf Jahren bedroht. Besonders schwerwiegend ist der Bankrott, wenn aus „Gewinnsucht“ gehandelt wird. „Gewinnsucht“ liegt für die Kapitalisten im Gegensatz zum „kaufmännischen Gewinnstreben“ dann vor, wenn der Kapitalist aus „Eigennutz“ sich heimlich das in die eigene Tasche steckt, was dadurch einem anderen Kapitalisten vorenthalten wird. Sicher ist in beiden Fällen: Was die Kapitalisten sich aneignen und um was sie sich streiten, haben sie nicht selber geschaffen.

Endlich geht es den „Millionenbetrügern“ an den Kragen, erklärte die SPD-Fraktion zu dem Gesetz. Der Bundesjustizminister Vogel meinte: „Das Gesetz stärkt zugleich das Vertrauen in den Rechtsstaat.“

Das grundlegende Recht der Kapitalistenklasse zur Sicherung ihrer Herrschaft ist das Recht auf Ausbeutung der Arbeiterklasse. Diese Ausbeutung sichern sie gemeinsam mit allen „freiheitlich rechtsstaatlichen“ Mitteln ihres Staates. Wem bestimmte Teile dieser Beute zufallen, darüber streiten sich die Ausbeuter. Ihr Gesetz hält die Regeln der Beuteverteilung fest. Um so geschlossener wollen sie die Ausbeutung der Arbeiterklasse betreiben.

Die Gerechtigkeit ist gestärkt worden, erzählen die bürgerlichen Politiker. Die Ausgebeuteten sehen dabei nur, daß die Ausbeuter sich um Teile von dem streiten, was diese nicht geschaffen haben. Das System der Aneignung fremder Arbeit durch eine kleine Schicht von Parasiten ist überfällig.

Meldungen

Essen. In der Großdruckerei Girardet, in der 73 % der Kollegen in der Urabstimmung gegen den Tarifabschluß gestimmt hatten, ist der Lohnkampf weiter geführt worden. Die Vertrauensleute haben in harten Verhandlungen mit dem Kapitalisten und unterstützt durch eine Unterschriftensammlung im Betrieb durchgesetzt, daß die Kollegen im Tiefdruck eine zusätzliche einmalige Pauschale von 180 DM und die Kollegen in den übrigen Abteilungen von 130 DM erhalten. Die Tiefdrucker waren in besonderem Maße von Kurzarbeit betroffen gewesen.

Essen. Mit spontanen Arbeitsniederlegungen reagierten am letzten Dienstag die Beschäftigten der Druckerei Industriedruck in Essen-Werden darauf, die Tariferhöhung auf innerbetriebliche Zulagen anzurechnen. Die Industriedruck AG gehört seit einigen Jahren nicht mehr dem Arbeitgeberverband an. Schon am nächsten Tag konnte die IG Druck mit der Geschäftsleitung einen Haustarif vereinbaren, in dem die Tariferhöhungen voll anerkannt und nicht auf gezahlte Zulagen angerechnet werden. Außerdem mußte sich die Geschäftsleitung verpflichten, auf Maßregelungen gegen Arbeiter, die gestreikt hatten, zu verzichten sowie die durch die Arbeitsniederlegung ausgefallenen Stunden zu vergüten.

Stuttgart. Um 24 Prozent auf 21 Milliarden DM stieg im letzten Jahr der Umsatz bei Daimler-Benz. Die Inlandsbelegschaft wurde abgebaut. Die Dividende stieg von 15 auf 17 Prozent gleich 310 Millionen DM nach 269 Millionen 1974. Den Rücklagen führten die Kapitalisten weitere 108 Millionen DM zu, Je 50 DM-Aktie wurde ein Gewinn von 23,60 DM gemacht. In den ersten vier Monaten 1976 wurde die Produktion um weitere 16 Prozent erhöht. Die Lastwagenproduktion wurde am stärksten erweitert, 1975 um 11,7 Prozent, die Personenwagenproduktion um 3 Prozent.

macht. In den ersten vier Monaten 1976 wurde die Produktion um weitere 16 Prozent erhöht. Die Lastwagenproduktion wurde am stärksten erweitert, 1975 um 11,7 Prozent, die Personenwagenproduktion um 3 Prozent.

Der Chemie-Lohnraubabschluß wird von der IG Chemie in Hessen mit der Schlagzeile verbreitet: 5,85 %, mindestens DM 85,–. In dem kleiner Gedruckten liest es sich dann für die Angestellten anders: Die Tarifgehälter werden **nur in den Endgehaltsstufen** der Angestelltengruppen K 1 und T 1 um 85 DM angehoben. In den Altersstaffeln darunter werden weniger als 85 DM gezahlt. In Baden-Württemberg hat die IG Chemie ebenfalls wie in Hessen abgeschlossen.

22 Prozent aller Arbeitsunfälle geschehen in der Zeit, nachdem die Arbeiter schon 8 Stunden gearbeitet haben. (Unfallverhütungsbericht der Bundesregierung) Außer der ersten Stunde, 17 % der Unfälle, ereignen sich pro Arbeitsstunde zwischen 6 und 9 Prozent der Unfälle, der höchste Wert mit 9 Prozent in der achten Stunde.

Heidelberg. Auf der Mitgliederversammlung der Fachgruppe Buchhandel und Verlage Heidelberg in der Gewerkschaft HBV (Handel, Banken, Versicherungen) am 3. Juni wurden **drei Anträge zum Gewerkschaftstag** mehrheitlich beschlossen:

1. Antrag zur Aufhebung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse
2. Ein Antrag, die Festgeldforderung als grundlegende Forderung im Lohnkampf gegen die Unternehmer zu verankern
3. Ein Antrag, daß der Bundesvorstand des DGB vom Gewerkschaftstag der HBV aufgefordert wird, alles Notwendige zur ersatzlosen Streichung des § 218 zu unternehmen und als Mittel zur Durchsetzung dieser Forderung zum Volksentscheid in dieser Sache aufzurufen.

Der 9. Gewerkschaftstag der HBV findet vom 26. September bis zum 2. Oktober statt.

Der Chemie-Lohnraubabschluß wird von der IG Chemie in Hessen mit der Schlagzeile verbreitet: 5,85 %, mindestens DM 85,–. In dem kleiner Gedruckten liest es sich dann für die Angestellten anders: Die Tarifgehälter werden **nur in den Endgehaltsstufen**, der Angestelltengruppen K 1 und T 1 um 85 DM angehoben. In den Altersstaffeln darunter werden weniger als 85 DM gezahlt. In Baden-Württemberg hat die IG Chemie ebenfalls wie in Hessen abgeschlossen.

Stuttgart. Am 25. Mai demonstrierten etwa 60 Lehrlinge vor einem Stuttgarter Hotel, in dem über die Metall-Manteltarifverträge für Lehrlinge verhandelt wurde. Die **Polizei kam,** die Polizisten hielten Maschinenpistolen im Anschlag. Die Verhandlungen in Reutlingen am 2. Juni standen den ganzen Tag unter Polizeibewachung. Ein Beamter in Zivil mit einem Zivilwagen wurde im Zweistundenrythmus abgelöst. (Frankfurter Rundschau 12.6.76)

Aus Albstadt-Tailfingen berichten die Genossen:

Auf einer Versammlung der IG Metall in Tailfingen wurde von den ca. 100 anwesenden Gewerkschaftern aufs schärfste Protest eingelegt, gegen die Polizeieinsätze während den Tarifverhandlungen der IG Metall in Baden-Württemberg über die Manteltarifverträge für Lehrlinge. Eine Resolution wurde fast einstimmig verabschiedet und soll an den Innenminister von Baden-Württemberg und an die Landtags- und Bundestagskandidaten geschickt werden.

Die Frauenkonferenz der IG Metall am 10./11. Juni forderte die völlige Abschaffung aller bestehenden Leichtlohngruppen.

Entlassung wegen gewerkschaftlicher Betätigung

Für freie gewerkschaftliche Betätigung im Betrieb

Oldenburg. Ende April wurde der Vorsitzende des gewerkschaftlichen Vertrauenskörpers der Firma Hüppe Sanitärtechnik, Willy Parlmeyer, fristlos entlassen. Die Geschäftsleitung führte als Grund an, daß der Vertrauensleutevorsitzende (Gewerkschaft Holz und Kunststoff) mit einem Arbeiter über einen Gewerkschaftsantrag gesprochen hatte. Am Tag der Entlassung hatte eine Betriebsversammlung stattgefunden. Dort hatte der Vorsitzende der Vertrauensleute der Geschäftsleitung, die von „Aufschwung" redete, entgegengehalten: Der „Aufschwung" stellt sich für die Arbeiter schon dauernd in Überstunden, Akkordhetze, Krankheit und Unfällen dar. Gegen die Entlassung und gegen den Angriff auf die gewerkschaftliche Betätigungsfreiheit hat die Belegschaft den Widerstand organisiert. Die Vertrauensleute haben eine Stellungnahme gegen die Entlassung verfaßt. und in Oldenburg verbreitet. Von dort wurde sie der KVZ-Redaktion zugeschickt. Wir zitieren daraus:

In unserem Betrieb Hüppe-Sanitärtechnik (ca. 100 Kollegen bauen hier Duschabtrennungen) arbeitet seit einiger Zeit ein aktiver Vertrauenskörper. Er besteht aus 5 Betriebsräten und 4 gewählten, gewerkschaftlichen Vertrauensleuten. Es werden im vierzehntägigen Rhythmus Sitzungen abgehalten, die sich mit betrieblichen und gewerkschaftlichen Dingen befassen. Für Mitgliederversammlungen (z.B. zur Lohnrunde oder Jahreshauptversammlung) werden Anträge diskutiert und verabschiedet oder es werden anstehende Betriebsversammlungen vorbereitet. Diese Aktivitäten finden natürlich nicht alle nach Feierabend ihren Niederschlag, sondern sie werden während der Arbeitszeit fortgesetzt. Unserer Betriebsleitung (vertreten durch den Betriebsleiter, der in der Gewerkschaft Holz und Kunststoff organisiert ist) waren diese Aktivitäten schon lange ein Dorn im Auge ...

Am 28.4.76 fand bei uns eine Betriebsversammlung statt. ...

Der Kollege hatte Tage vorher einen vom Vertrauenskörper beschlossenen Antrag an die Gewerkschaft Holz und Kunststoff-Jahreshauptversammlung 1976 einem anderen Kollegen während der Arbeitszeit gezeigt. Der Antrag beinhaltete u.a. die Forderungen nach einem gesetzlichen Verbot der Überstunden und der Akkordarbeit und die Einführung der 35-Stunden-Woche. Dieser Antrag war ein Kündigungsgrund für die Geschäftsleitung, zumal auch noch der Arbeitgeber in ihm grob beleidigt worden sei. Der Betriebsrat stimmte in Zusammenarbeit mit dem Geschäftsführer der Gewerkschaft Holz und Kunststoff Oldenburg, Herbert Klencke, dieser Kündigung nicht zu, weil z.B. der Arbeitgeber überhaupt nicht erwähnt wird in diesem GHK-Antrag und er auch nicht verteilt wurde, wie die Geschäftsleitung behauptet. Der Betriebsrat ist auch der Meinung, daß das Vorgehen des Kollegen eine rein gewerkschaftliche Betätigung sei. Die Geschäftsleitung sprach dennoch die Kündigung aus und unser Vertrauenskörpervorsitzender wurde von zwei höheren Angestellten (beide in der Gewerkschaft Holz und Kunststoff organisiert) wie ein „Schwerverbrecher" aus unserem Betrieb geführt. Die Geschäftsleitung beantragte am selben Tag beim Betriebsrat noch die fristgerechte Kündigung, die wiederum in Zusammenarbeit mit dem Kollegen Herbert Klencke abgewiesen wurde. ...

Am nächsten Tag wurde von Kollegen eine Unterschriftenliste für die sofortige Einstellung des Gekündigten gefordert, die vom Vertrauensleutekörper erstellt wurde und dann breit im Betrieb unterschrieben wurde. Unterschrieben haben die Kollegen für:

– Sofortige Zurücknahme der Kündigung!
– Sofortige Weiterbeschäftigung des Kollegen!
– Für freie und aktive gewerkschaftliche Betätigung im Betrieb!
– Keine Benachteiligung von aktiven Gewerkschaftern!

Der betroffene Kollege verteilte vorm Betriebstor eine Stellungnahme und die Gewerkschaft Holz und Kunststoff in Zusammenarbeit mit dem DGB übernahmen den vollen Rechtsschutz. Viele Kollegen sahen diese Kündigung in Zusammenhang mit den anstehenden Betriebsratswahlen. Viele gaben eidesstattliche Erklärungen ab, die unseren Vorsitzenden helfen sollen. Der Kollege hat Klage erhoben und kandidiert (nach geltendem Recht) für den zukünftigen Betriebsrat.

Wir sehen diese Kündigung als Angriff auf unsere aktive Gewerkschaftspolitik und werden uns davon nicht einschüchtern lassen, auch weiter unsere Gewerkschaft im Betrieb zu vertreten.

Soweit die Stellungnahme der Vertrauensleute.

Inzwischen ist Verhandlung gewesen vor dem Arbeitsgericht über die Kündigung. Der Arbeitgeberverband, der Hüppe vertrat, hat einen Schriftsatz vorgelegt, in dem der Antrag auf Ablehnung begründet wurde mit KBW-Mitgliedschaft sowie Verleumdung und Beleidigung des Arbeitgebers, indem dem Kapitalisten Ausbeutung unterstellt werde. Außerdem wäre der Betriebsfrieden gestört worden, denn der Kläger hätte zum Kampf gegen die Kapitalisten aufgerufen. Der Antrag gipfelt in der Aussage: Auf jeden Fall aber ist er generell gegen die Kapitalisten zu Felde gezogen.

So ging es in der Verhandlung gar nicht mehr um den eigentlichen Kündigungsgrund, sondern darum, ob es in der Zukunft noch zu einer „gedeihlichen Zusammenarbeit" kommen kann. Das Gericht war nicht der Ansicht. Es entschied: daß das Arbeitsverhältnis per 30.6. aufgelöst ist. Die fristlose wie die fristgerechte Kündigung wies es als unbegründet zurück. Offensichtlich geht es den Kapitalisten darum, sich den juristischen Weg zu öffnen, Kollegen zu kündigen, die von der Unversöhnlichkeit der Klasseninteressen ausgehen, ohne Kündigungsgründe nennen zu müssen.



Durch den Kauf der Arbeitskraft des Arbeiters erwirbt der Kapitalist das Recht, nach Belieben darüber zu verfügen, um möglichst viel Arbeit flüssig zu machen. Indem sie das Lohnsystem zerbrechen, beseitigen die Arbeiter auch die kapitalistische Fabrikdespotie.

Gewerkschaft Holz und Kunststoff

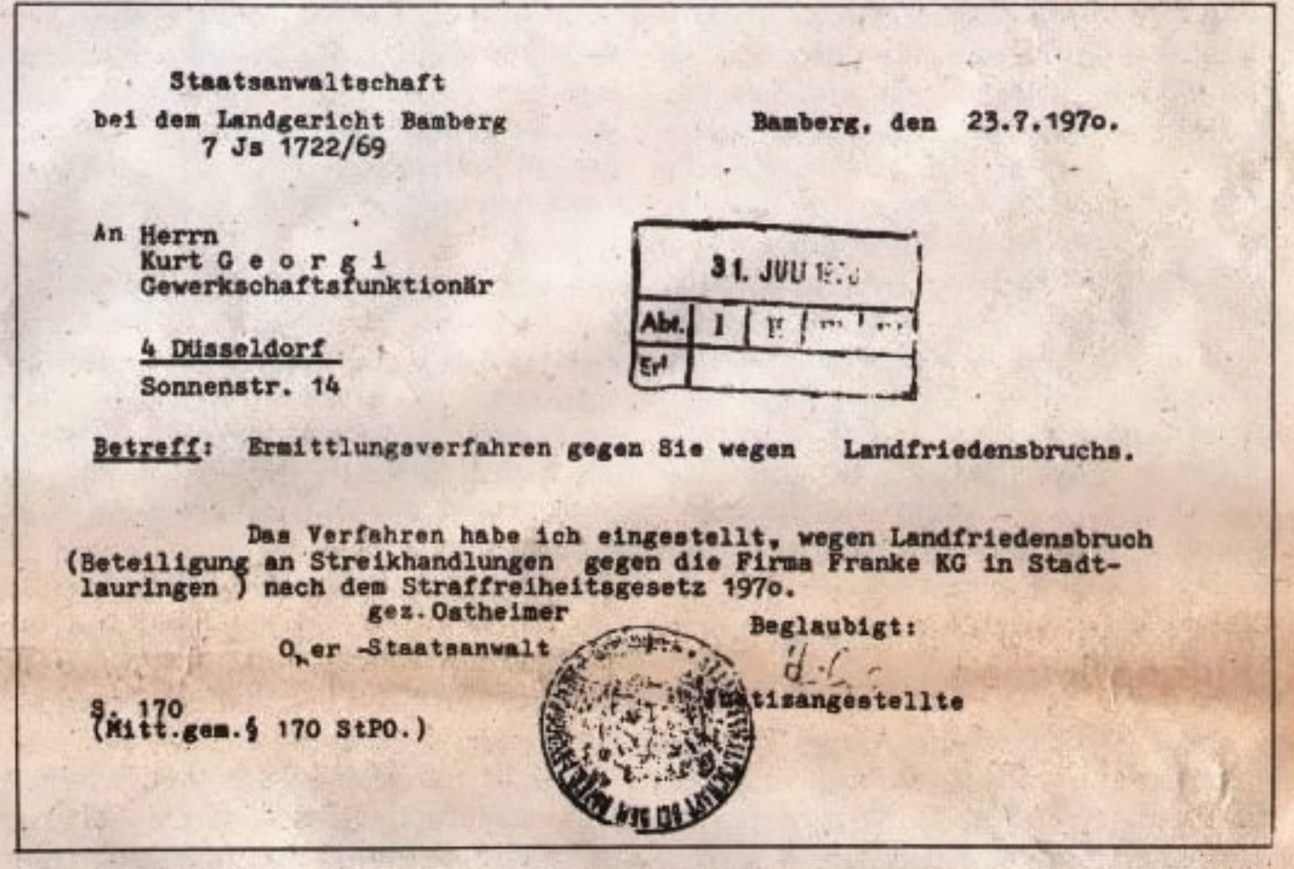
Gegen Maulkorbparagraphen

Am 16. Januar 1976 wurden die Maulkorbparagrafen 88 a und 130 a im Bundestag einstimmig verabschiedet. Scharf kritisiert jetzt die „Holzarbeiter-Zeitung" vom Juni der Gewerkschaft Holz und Kunststoff diese Unterdrückungsgesetze. Wir zitieren aus dem Artikel „Streik ‚stört den Gemeinschaftsfrieden'":

„Verfolgt werden soll die ‚Anleitung zu Gewalttaten, deren Befürwortung und Androhung' in Wort, Schrift und Bild. Idee des Gesetzes ist die Strafverfolgung in einem juristischen ‚Vorfeld' – ... Aufs Korn genommen wird das Vorfeld des *‚Landfriedensbruchs'*, eines ‚Massendelikts' im Jargon der Strafrechtler. ... Freilich richten sich diese Bestimmungen nicht ohne Unterschied gegen die Ausbreitung jeder Gewalttätigkeit. *Wenn die Polizei in einen hart geführten Arbeitskampf eingreift und mit Gewalt Streikbrecher ins Werk bringt, so ist das, wie jeder weiß, keine* ‚Gewalttat', *sondern* ‚Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung'. Die Strafbestimmungen gegen die Ausbreitung von Gewalttätigkeit treffen auch nicht die Gewaltpropaganda in Millionenblättern und Kinofilmen, nicht die Machwerke nach Art des ‚*Stern*'-Romans ‚Jagdzeit'. Auch die gewerbsmäßigen Hersteller von Sprengkörpern samt ihrem Anhang sehen sich durch die Strafgesetze bei ihren Milliardengeschäften keineswegs behindert. Im Gegenteil: Solche Gewaltherde gedeihen ganz ausgezeichnet im Schutz unserer Rechts- und Wirtschaftsordnung, und eben diese Ordnung mit der zu ihr gehörigen besonderen Auffassung des ‚Gemeinschaftsfriedens' will das geltende Strafrecht gegen sogenannte ‚Gewalttäter' schützen. ...

Es geht um den *Landfriedensbruch*. ... *Zum Beispiel:* Als ‚Landfriedensbrecher' wird verfolgt, wer bei einem Streik Postenketten bildet vor den Toren des Betriebs und damit notfalls dafür sorgt, daß der Streik wirksam wird und bleibt. ... Nach der gleichen Vorschrift werden Menschen bestraft, die sich an Demonstrationen gegen Fahrpreiserhöhungen beteiligt haben. Die Unterscheidung zwischen einfachem Landfriedensbruch und schwerem Landfriedensbruch ist, wo überhaupt Schaden entsteht, meist eine Frage der Auslegung. ...

Mit bis zu drei Jahren Gefängnis wollen die Gesetzgeber auch denjenigen bedenken, der die Aktionen der Bevölkerung am Kaiserstuhl gegen den Bau des Kernkraftwerks in Wyhl, die Aktionen der Einwohner vieler Städte gegen Fahrpreiserhöhungen oder die Betriebsbesetzungen gegen Stillegungen wie in Erwitte nachträglich ‚billigt', und zwar ‚in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören', sofern dies ‚öffentlich, in einer Versammlung oder durch Verbreiten von Schriften' geschieht. ..."



Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht Bamberg
7 Js 1722/69

Bamberg, den 23.7.197o.

An Herrn
Kurt G e o r g i
Gewerkschaftsfunktionär

4 Düsseldorf
Sonnenstr. 14

31. JUL 1970
Abt. 1

Betreff: Ermittlungsverfahren gegen Sie wegen Landfriedensbruchs.

Das Verfahren habe ich eingestellt, wegen Landfriedensbruch (Beteiligung an Streikhandlungen gegen die Firma Franke KG in Stadtlauringen) nach dem Straffreiheitsgesetz 197o.

gez. Ostheimer
Ober -Staatsanwalt

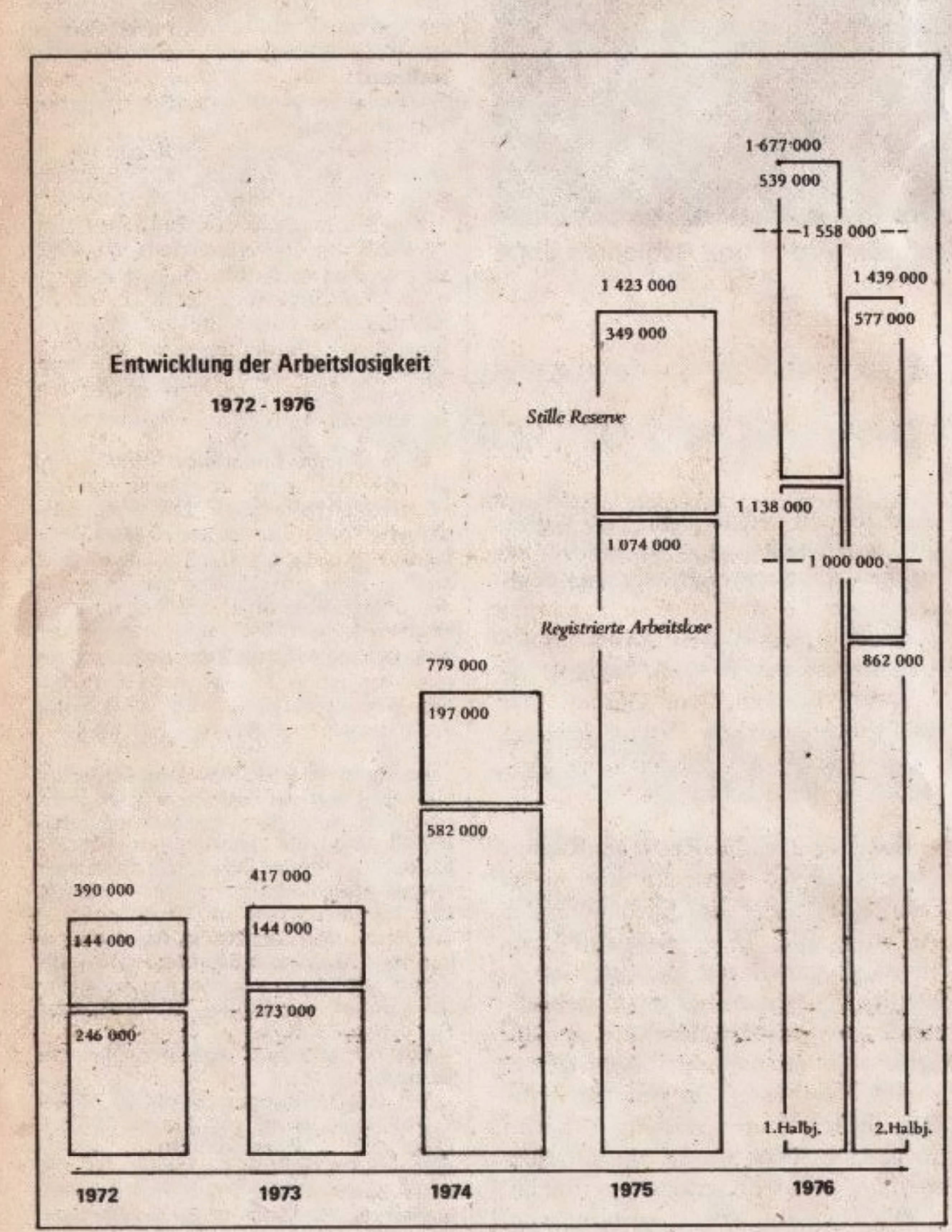
Beglaubigt:
...tizangestellte

S. 170
(Mitt.gem.§ 170 StPO.)

Wegen Streikhandlungen sollten Holzarbeiter 1969 mit Landfriedensbruch bestraft werden. Nur aufgrund des „Straffreiheitsgesetzes" von 1970 wurde das Verfahren eingestellt.

Was die Arbeitslosenstatistik verschweigt:

Tatsächlich sind 1,5 Millionen ohne Arbeit



Die Grafik zeigt die Entwicklung der Zahl der registrierten Arbeitslosen (unterer Teil der Säule) und der nichtregistrierten Arbeitslosen, der sogenannten Stillen Reserve. Die Zahlen stammen aus der Untersuchung „Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland 1975/76", veröffentlicht in den „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung" 1/1976, die von der Bundesanstalt für Arbeit herausgegeben werden. Die Zahlen für 1976 sind geschätzte Zahlen. Die Zahlen für den Jahresdurchschnitt 1976 sind auf den durchbrochenen Strichen angegeben.

„Die konjunkturelle Erholung" sei „jetzt in allen Teilbereichen des Arbeitsmarktes spürbar", verkündete der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Stingl, Anfang Juni (Presseinformationen der Bundesanstalt für Arbeit, 3.6.76)

„Die Kapitalistenklasse strebt zielstrebig auf einen Wirtschaftsboom – ohne die Beschäftigtenzahlen zu erhöhen, durch maßlose Erhöhung der Mehrarbeit für die Beschäftigten bei gleichzeitiger Senkung der Löhne", schrieb die KVZ am 22. April 1976.

Daß die Einschätzung der KVZ richtig und die Behauptung von Stingl wissentlich falsch, also erlogen ist, beweist eine Untersuchung, die Stingl selbst hat anfertigen lassen und die in dem von ihm u.a. herausgegebenen „Mitteilungen aus derArbeitsmarkt- und Berufsforschung" 1976, Heft 1 unter dem Titel „Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik 1975/76 ..." erschienen ist.

Die Verfasser kommen darin zu folgender Einschätzung: „Gegenwärtig wird für 1976 ein reales Produktionswachstum der Gesamtwirtschaft von 4 bis 5 % geschätzt. Aufs Jahr gesehen würde ein solches Ergebnis die Unterbeschäftigung allerdings kaum mindern, denn der Produktionszuwachs würde vor allem absorbiert werden durch stärkere Steigerungen der ‚Produktivität'. Zudem stecken beträchtliche Reserven in der Arbeitszeit. Wir gehen hier dennoch davon aus, daß die Zahl der registrierten Arbeitslosen ... leicht zurückgehen wird ..., weil die schon 1975 wirksamen Faktoren (Rückwanderung von Ausländern, Übergang in Stille Reserve) nun eher noch wirksamer werden, weil vor allem die Zahl derjenigen Arbeitslosen, die ihre Ansprüche ausgeschöpft haben, im Zeitablauf steigt." (s.o. S. 43)

Die Verfasser rechnen mit einer Produktivitätssteigerung von plus 4 % je Beschäftigtenstunde und einer Verlängerung der durchschnittlichen Arbeitszeit um 1 % für 1976.

Unter diesen Voraussetzungen schätzen sie, daß die Zahl der „nichtbeschäftigten Erwerbspersonen" im Jahresdurchschnitt 1976 auf 1,558 Millionen steigen, während die Zahl der registrierten Arbeitslosen bei 1 Million stehen bleiben werden.

Das bedeutet eine „Stille Reserve" von 558 000 Erwerbslosen. Dieser Teil der industriellen Reservearmee, also von Personen, die nicht oder nicht mehr als Arbeitslose registriert sind, aber arbeiten würden, wenn sie Arbeit fänden, setzt sich aus verschiedenen Bestandteilen zusammen. Zum einen sind es ehemals registrierte Arbeitslose, insbesondere Frauen, die nach höchstens einem Jahr Arbeitslosengeldbezug keine Arbeitslosenhilfe erhalten, weil das Einkommen des Mannes, soweit es 75 DM in der Woche übersteigt, voll angerechnet wird. Sie können zwar „registriert" bleiben, auch wenn sie nichts erhalten; wenn sie aber die Suche nach einem Arbeitsplatz aufgeben, weil sie aussichtslos geworden ist, werden sie vom Arbeitsamt aus der Liste der Arbeitslosen gestrichen (verlieren damit auch Anrechnungszeiten bei der Rentenversicherung).

Anhand der monatlichen Zugänge an Arbeitslosen wurden von den Verfassern der Untersuchung folgende „Übergänge aus der registrierten Arbeitslosigkeit in die ‚Stille Reserve'" errechnet:

1. Halbjahr 1975 123 000
2. Halbjahr 1975 158 000
1. Halbjahr 1976 172 000 (geschätzt)

Für zahlreiche Familien von Werktätigen heißt das praktisch, daß das Haushaltseinkommen schließlich um einen ganzen Lohn gekürzt worden ist.

Hinzu kommt, daß ein beträchtlicher Teil von Frauen, die wegen der Kinderaufzucht einige Jahre nicht gearbeitet haben, bei vorhandenen Arbeitsplätzen aber wieder arbeiten würden, jetzt aufgrund der Krise in die „Stille Reserve" abgedrängt werden.

Des weiteren wird in diesem Jahr der Teil der Schulabgänger, die weder Arbeit noch eine Lehrstelle erhalten, beträchtlich zunehmen. Über das Anwachsen einer „Stillen Reserve" von Ausländern, hauptsächlich Jugendliche, auf 180 000 in diesem Jahr, haben wir in der letzten KVZ bereits berichtet. Darin ist die Abschiebung von weiteren 250 000 ausländischen Arbeitern in diesem Jahr schon einkalkuliert.

Die Zunahme der tatsächlich Arbeitslosen ist um so beträchtlicher, als durch die Zunahme der frühzeitigen Verrentung auf der einen Seite und durch die generelle Ausdehnung der Ausbildungszeit der Jugendlichen auf der anderen Seite die „Erwerbsquote", also das Verhältnis der insgesamt Erwerbstätigen zur Zahl der Personen über 14 seit 1962 sowieso von 60,50 % auf 54,85 % gefallen ist, bei den Männern sogar von 83,16 auf 73,32 %.

Auf 1000 Lohnabhängige kommen nach diesen Berechnungen im Jahre 1976 also etwa 74 Arbeitslose im Jahresdurchschnitt.

Daß „der Druck der Unbeschäftigten die Beschäftigten zur Flüssigmachung von mehr Arbeit zwingt", ist eine Gesetzmäßigkeit der kapitalistischen Produktion. darauf setzen die Kapitalisten bei ihrem „Aufschwung". Für die Arbeiter kann das nur heißen, daß sie mittels der Gewerkschaften „eine planmäßige Zusammenwirkung zwischen den Beschäftigten und Unbeschäftigten zu organisieren suchen, um die ruinierenden Folgen" dieser Gesetzmäßigkeit der kapitalistischen Produktion „auf ihre Klasse zu brechen oder zu schwächen". (Karl Marx, Das Kapital, Bd. 1, S. 669) – (hv)

Uniklinik Heidelberg

„Keine politischen Entlassungen!"

Heidelberg. In Resolutionen, Stellungnahmen und Versammlungen protestierten Beschäftigte der Universitätsklinik Heidelberg gegen zwei politische Entlassungen. Am Tag, an dem der Arbeitsgerichtsprozeß der Laborantin an der Hautklinik Margrit Gora stattfand, die zum 30. Juni gekündigt werden soll, war auf den Zufahrtswegen der Klinik, mit dicker Farbe geschrieben, zu lesen: „Keine politischen Entlassungen an der Uniklinik!"

In einem Protestmarsch zog fast die gesamte Belegschaft der Psychiatrischen Tagesklinik ins Büro des Verwaltungsdirektors Wand, um gegen die fristlose Kündigung der Ärztin Marianne Speck zu protestieren. Bei beiden Entlassungen wird im Kündigungsschreiben erklärt, daß die Pflicht zur Verfassungstreue, wie sie im Bundesangestelltentarif im öffentlichen Dienst gefordert wird, verletzt worden sei.

Margrit Gora hat im April 1975 zu den Kommunalwahlen in Heidelberg für den KBW kandidiert, womit sie bewiesen habe, daß ihr „ein wesentliches Eignungsmerkmal für Angehörige des öffentlichen Dienstes" fehle. Die fristlose Entlassung der Ärztin Marianne Speck Ende Mai wird damit begründet, daß sie den Eindruck habe aufkommen lassen, „als ob Ärzte des Klinikums der Universität nicht jederzeit und ohne Ansehen der Person bestmögliche Hilfeleistung gewähren würden". Gekündigt wurde sie, weil sich ein Polizist durch eine Bemerkung von ihr bedroht fühlte. Dieser Polizist war einer von denen, die auf einer Landtagswahlveranstaltung der SPD im März mit Herbert Wehner Menschen, die Sprechchöre gegen die Politik der SPD gerufen hatten, mit brutalem Knüppeleinsatz aus dem Saal prügelten. Als ihr beim Feststellen der Personalien an den Kopf geworfen wurde, daß sie wohl eine schlechte Ärztin sei, hatte sie geantwortet, daß der Polizist in die Klinik kommen könne, da sehe das anders aus.

Die Kündigung wird nicht hingenommen

Die fristlose Kündigung von Marianne Speck, gewählte ÖTV-Vertrauensfrau, wird nicht hingenommen. Nicht nur das Personal der Tagesklinik, sondern auch aus anderen Bereichen der Klinik haben die Beschäftigten protestiert. In einem Brief an die Verwaltung haben die Beschäftigten der Krehl-Klinik sich gegen die Entlassung gewandt. Etwa 40 Angestellte des Zentralinstituts für seelische Gesundheit in Mannheim, dem die Tagesklinik organisatorisch zugeordnet ist, haben eine Protestresolution unterschrieben. Der Personalrat hat sich gegen die fristlose Entlassung ausgesprochen.

Der staatliche Dienstherr verlangt, daß die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst zugleich mit ihrer Arbeitskraft ihre politische Meinung zu verkaufen und sich der des Dienstherren zu unterwerfen haben. Die politische Entrechtung im öffentlichen Dienst ist das Mittel, mit dem der Dienstherr den selbständigen Zusammenschluß der Lohnabhängigen für ihre Interessen unterdrückt. Der Dienstherr hat nach dem Lohnraubabschluß Anfang des Jahres nachgesetzt und betreibt verstärkt die kapitalistische Rationalisierung. Gegen die Maßnahmen des Dienstherrn entwickeln die Lohnabhängigen ihren Zusammenschluß und führen den Kampf gegen die Auspressung von Mehrarbeit. Untrennbar verbunden ist dabei der Kampf gegen die politische Entrechtung im öffentlichen Dienst und der Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung. Die Unterwerfung unter die Interessen des Dienstherrn wird abgelehnt.

Keine Streichung von Stellen!

Die bis Ende des Jahres geplante Streichung von 212 Stellen stößt auf den heftigen Widerstand unter den Beschäftigten. In fast allen Bereichen war dagegen die Forderung „Einstellung von mehr Personal" schon lange aufgestellt worden. Sie wurde auf Personal- und Gewerkschaftsversammlungen immer wieder vorgebracht. Denn ständig kommt neue und mehr Arbeit hinzu, die kaum noch zu schaffen ist. Nehmen wir als Beispiel die Chirurgie:

Seit kurzem gibt es auf den Stationen der Chirurgie und der Krehl-Klinik nur noch eine Nachtwache – anstelle früher zwei. Bedeutet dies für das Pflegepersonal zusätzliche Arbeit, da der Tagdienst Arbeit der Nachtwache mit übernehmen muß (wie Waschen von Patienten), so bedeutet dies für die Patienten eine enorme Verschlechterung, ja direkte Gefährdung! Erst neulich fiel auf der Station 9 der Chirurgie eine alte Frau aus dem Bett, die bis morgens auf dem Boden liegen bleiben mußte, da die Nachtschwester sie nicht allein ins Bett bringen konnte. Seitdem „gleicht das Oberinnenbüro aus": Ab drei Uhr morgens muß von der „12-Wache", der großen chirurgischen Wachstation, eine Nachtwache auf die Station 9, um mitzuhelfen. Erst jetzt, am Wochenende, mußte ein Krankenpflegeschüler von der einen Station auf die andere, um dort auszuhelfen.

In der Krehl-Klinik auf Station Naunyn ist es inzwischen soweit, daß Krankenpflegeschüler und das Personal Überstunden bis 23 Uhr machen müssen. Aber die Überstundenbezahlung für die Krankenpflegeschüler wurde schon lange abgebaut. Sie dürfen nämlich offiziell keine machen. Gerade in der Krehl-Klinik werden demnächst neun Planstellen für das Pflegepersonal gestrichen, was die Schließung einer der zwei größten Stationen nach sich zieht.

Auf der letzten Personalversammlung haben sich die Kollegen einhellig gegen die Stellenstreichungen ausgesprochen. Die in der Klinik eingesetzten Zivildienstleistenden haben sich in einer Resolution dagegen ausgesprochen, daß sie jetzt die Stellen von qualifiziertem Personal ausfüllen sollen. Die Schüler der Krankenpflegeschule wehren sich gegen die Streichung von Ausbildungsplätzen und dagegen, daß sie die Arbeit von ausgebildeten Vollkräften machen sollen und so eingesetzt werden für fehlende Kräfte. Dort, wo Streichungen durchgeführt werden sollen, wie z.B. in der Küche der Medizinischen Klinik, wehren sich die Kollegen. In der Medizin soll jetzt die Küchenleiterin anhand der Fehl- und Krankheitstage entscheiden, welche Kollegen entlassen werden.

Aber nicht nur bei den Stellenstreichungen, überall stoßen die Maßnahmen des Verwaltungsdirektors auf Protest und Widerstand. Seine Einschüchterungsversuche haben keine Wirkung gezeigt. So ließ sich eine klammheimliche ersatzlose Streichung des Klinikkindergartens nicht durchführen, da die Eltern ihren Protest in die Öffentlichkeit getragen haben und ihr Kampf eine ersatzlose Streichung verhindert hat. Die letzte Personalversammlung forderte einen Kindergarten für alle an der Klinik Beschäftigten.

Das Personal ganzer Kliniken ging bis auf einen Notdienst am Gründonnerstag am Nachmittag nach Hause, als der Verwaltungsdirektor Anweisung erließ, daß ab sofort an Vorfestnachmittagen gearbeitet werden soll, was bisher nicht der Fall war.

Der Widerstand gegen die Maßnahmen der Klinikleitung wird organisiert

Überall wächst der Widerstand gegen die Maßnahmen der Klinikleitung. Diesen anzugreifen und den selbständigen Zusammenschluß der Lohnabhängigen zu bekämpfen, ist das Ziel der politischen Entlassungen. Daß die Leitung jetzt M. Speck gekündigt hat, ist kein Zufall. Denn bekannt ist, daß sie deshalb zur Vertrauensfrau gewählt wurde, weil sie sich entschieden für die Interessen der Kollegen eingesetzt hat.

Zwei Angestellte ließ der Verwaltungsdirektor auf die Verwaltung zitieren, um ihnen mitzuteilen, daß ihnen ein dienstlicher Verweis bevorstünde, da sie eine Resolution unterschrieben haben, mit der sich Wand beleidigt fühlt durch das Wort „Einschüchterungsmaßnahmen". Die beiden beharrten weiterhin auf der Richtigkeit ihrer Einschätzung über seine Maßnahmen.

Die Absichten des Dienstherrn Wand sind klar. Und den Kollegen ist klar, was sie von seinen Absichten zu erwarten haben: nämlich nur noch weitere Unterdrückung und Entrechtung, weitere Verschärfung der Arbeitsbedingungen. Die Ziele des Herrn Verwaltungsdirektors und die der Lohnabhängigen sind verschieden. Deshalb kämpfen die Lohnabhängigen an allen Bereichen der Klinik hartnäckig für ihre Forderungen und keine Einschüchterungsmaßnahme und keine Unterdrückungsmaßnahme hält sie davon ab.

Deutlich wurde dies auch auf einer Veranstaltung der KBW-Zelle Unikliniken am 3. Juni zum Thema: „Weg mit der politischen Unterdrückung im öffentlichen Dienst! Weg mit der fristlosen Kündigung von Marianne Speck! Keine Kündigung von Margrit Gora!", auf der über 30 Klinikbeschäftigte eine Resolution verabschiedeten:

„Beamtenrecht und Schieß-Erlaß sind Mittel des Staates zur politischen Disziplinierung und Unterdrückung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

Die hier Versammelten protestieren gegen jede Form der Gesinnungsschnüffelei und der politischen Entrechtung! Weg mit dem Schieß-Erlaß! Weg mit dem KPD-Verbot!

Sie fordern sofortige Rücknahme der Entlassung von Marianne Speck! Keine Kündigung von Margrit Gora!" – (Zelle Universitätskliniken Heidelberg)

Kluncker auf dem ÖTV-Gewerkschaftstag

Wenn Kluncker zum Knüppel greift, muß man als erstes fragen: Wen will er schonen? Auf dem ÖTV-Gewerkschaftskongreß hat Kluncker bereits mehrfach zum Knüppel gegriffen. Der DAG hat er gesagt, sie habe „weder einen rechtlichen noch einen moralischen Anspruch" auf gemeinsame Tarifverhandlungen mit der ÖTV. Aber an irgendeinem „rechtlichen oder moralischen Anspruch" der DAG auf gemeinsame Tarifverhandlungen hat es nicht gelegen, daß die ÖTV-Führung in den kaum vergangenen Tarifauseinandersetzungen den Kampf für die Durchsetzung der 135-DM-Festgeldforderung sabotiert hat. Das hat an der sozialdemokratischen Linie und Politik der ÖTV-Führung selber gelegen. Die Mitgliedermassen hatten sich auf der Festgeldforderung zusammengeschlossen und waren bereits zu Aktionen für ihre Durchsetzung übergegangen. Die ÖTV-Führung aber ist der Auseinandersetzung mit dem bürgerlichen Staat ausgewichen. Daran gibt es Kritik unter den ÖTV-Mitgliedern. Man kann sie in zahlreichen Entschließungen und Stellungnahmen von ÖTV-Versammlungen und ÖTV-Gremien nachlesen.

Der Angriff auf die DAG ist notwendig und gerechtfertigt. Das Geschäft der DAG ist die Spaltung. Kluncker aber dient der Angriff auf die DAG vor allem dazu, sich selber und die Linie des ÖTV-Vorstandes außer Kritik zu bringen und das eigene Geschäft der Spaltung ungestört weitertreiben zu können. Denn Spaltung hat der Abschluß im öffentlichen Dienst mit seiner Mischforderung bedeutet. Er trägt nicht nur die Unterschrift von Groteguth. Geltung hat ihm erst die Unterschrift von Kluncker verschafft.

Kluncker hat auch gegen die Verfolgung im öffentlichen Dienst Stellung genommen. Aber wie! Er hat gesagt, sie verletze die Verhältnismäßigkeit der Mittel. Den Zweck dieser Verfolgung hat er nicht kritisiert. „Der ÖTV-Vorsitzende erwähnte in diesem Zusammenhang auch die gewerkschaftlichen Unvereinbarkeitsbeschlüsse, um zu belegen, daß er dem Staat keineswegs ein berechtigtes Schutzinteresse bestreiten wolle. Er bestreite jedoch, daß dieses Schutzinteresse mit angemessenen Mitteln wahrgenommen werde."

Kluncker wettert also gegen einige Mittel der Unterdrückung und Verfolgung im öffentlichen Dienst, um den Zweck dieser Unterdrückung außer Kritik zu bringen. Dieser Zweck aber besteht darin, die herrschende Ausbeuterordnung aufrechtzuerhalten und den Staatsapparat für diese Aufgabe auf Vordermann zu bringen. Durch die Übernahme der Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB arbeitet die sozialdemokratische Fraktion in der ÖTV der Bourgeoisie dabei direkt in die Hände. Auch in dieser Frage hat Kluncker den Mund nur vollgenommen, um die eigene sozialdemokratische Politik zu decken.

Die Sozialdemokratie zu schonen, das ist auch die Absicht bei Klunckers Kritik an der Regierung. Die FDP sei daran schuld, daß sich die Regierungspolitik gegen die Arbeiterklasse und die Beschäftigten im öffentlichen Dienst richte.

In seiner Eröffnungsansprache hat Kluncker gesagt: „Die Gewerkschaft beruft sich nicht auf das Gemeinwohl, wenn sie die Interessen der Arbeitnehmer meint." Stolze Worte, möchte man denken. Es läuft aber bloß darauf hinaus, unter Berufung auf die „Interessen der Arbeitnehmer" die sozialdemokratische Politik in neuer Verpackung an den Mann zu bringen. Jedes starke Wort wird sich Kluncker mit der Ablehnung richtiger Anträge vergüten lassen wollen: der Anträge gegen das besondere Dienstrecht oder auch gegen den § 218. Und mit Klunckers starken Worten werden die sozialdemokratischen Delegierten nachher vor den Mitgliedern rechtfertigen, warum sie für die Anträge des Vorstands gestimmt und die Regierungsdirektorin Dr. Monika Wulf-Matthies aus dem Kanzleramt in den Vorstand gewählt haben.

ÖTV-Gewerkschaftstag: Anträge gegen §218

Vom 13. bis 19. Juni findet der ÖTV-Gewerkschaftstag in Hamburg statt. Unter anderem liegen mehrere Anträge zum § 218 vor. Der Kampf zur Abschaffung des Abtreibungsparagrafen ist in den Gewerkschaften verankert und insbesondere nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts wurde in zahlreichen Beschlüssen betrieblicher und örtlicher ÖTV-Organe die ersatzlose Streichung des § 218 und Volksentscheid gegen den § 218 gefordert, wie in dem Antrag der ÖTV-Kreisdelegiertenkonferenz Göttingen. Obwohl die Sozialdemokraten in der Gewerkschaftsführung den Antragsweg zum Gewerkschaftstag als Hürdenweg nutzten, um die Anträge zu Fall zu bringen, bricht sich noch in den Anträgen, die die weitere Strafbarkeit in Form der Fristenlösung beibehalten wollen, die grundsätzliche Ablehnung des Abtreibungsverbots Bahn, wenn gefordert wird, daß die Gewerkschaften den Widerstand gegen den § 218 organisieren sollen.

589 Bezirkskonferenz Hessen

§ 218 StGB

(Antragskommission: Ablehnung)

Der Gewerkschaftstag möge beschließen: Wir erklären uns mit dem Urteil des BVG zum § 218 StGB nicht einverstanden und stellen folgende Forderungen:

- Weg mit dem § 218 StGB.
- Anzustreben und zu unterstützen ist weiterhin der aus medizinischen Gründen angezeigte Zeitraum von 3 Monaten, innerhalb derer eine Schwangerschaft unterbrochen werden sollte.
- Übernahme der Kosten einer Schwangerschaftsunterbrechung durch die Krankenkasse.
- Verbesserung der Möglichkeit der Familienplanung.
- Verbesserter Mutterschutz.
- Ein Arbeitsrecht, das der berufstätigen Frau nach Schwangerschaft den Arbeitsplatz gesichert erhält.
- Schaffung von Kindergärten, Kinderkrippen und kinderfreundlichen Wohnungen und Wohngegenden.

Wichtig wird es sein, daß die Gewerkschaften auch nach dem Urteil des BVG diesen Kampf weiterhin aktiv tragen, da sie sich als Vertreter von Arbeitern und Angestellten für deren Interessen und Forderungen einsetzen.

Begründung

Mit dem Urteil des BVG soll ein für allemal die Diskussion um den § 218 beendet werden. Dieses Urteil wurde im Namen des Volkes verkündet. Doch wie weit wird dieses Urteil den Interessen der Mehrheit des Volkes, nämlich den Arbeitern und Angestellten gerecht? Überhaupt nicht, denn die Probleme, die durch die schlechten sozialen Verhältnisse entstehen, werden nicht durch ein Verbot mit Strafandrohungen gelöst. (...)

Wir fordern die Gewerkschaft hiermit auf, zusammen mit den Komitees und Initiativen den Widerstand gegen den § 218 zu organisieren und Druck auf die Bundestagsabgeordneten auszuüben, von denen über zwei Drittel Gewerkschaftsmitglieder sind.

Aus dem Beschluß der Kreisdelegiertenkonferenz Göttingen der ÖTV vom 10. November 1975

Die Kreisdelegiertenkonferenz tritt ein für eine ersatzlose Streichung des § 218 StGB.

Die tägliche Wirklichkeit zeigt, daß massenhaft abgetrieben wird. Die Ursache liegt nicht an der Kinderfeindlichkeit oder liberalisierten Sexualpraktiken, sondern an den Zwängen der gesellschaftlichen Verhältnisse.

(...)

Der neuerliche Regierungsentwurf, der – auf das Bundesverfassungsgerichtsurteil verpflichtet – keine Liberalisierung bringen kann und die alten Verhältnisse in verfeinerter Form festschreibt, wird von allen fortschrittlichen Gewerkschaftern zurückgewiesen: Die Kreisdelegiertenkonferenz weist das Urteil des Bundesverfassungsgerichts und den Reformentwurf der SPD/FDP-Regierung zurück. (...)

Wer die Forderung nach Abschaffung des § 218 aufrechterhalten will, muß also notgedrungen über die Grenzen dessen, was für verfassungsgemäß erklärt wurde, hinausdenken und -handeln: Wenn dem Volkswillen in der Frage des § 218 doch noch zum Durchbruch verholfen werden soll, muß dafür gesorgt werden, daß das Volk selbst sein Urteil fällt. Die Kreisdelegiertenkonferenz tritt ein für einen Volksentscheid gegen den § 218.

GEW Hessen: Ausschlußantrag verurteilt

Wiesbaden. Der Landesvorstand der GEW Hessen hat einen Ausschlußantrag gegen die Geschäftsführerin des Bezirksverbandes Wiesbaden beschlossen. Als Begründung führt er an, die Kollegin habe eine zur Veröffentlichung bestimmte Resolution der Vertreterversammlung Wiesbaden u.a. auch an die Kommunistische Volkszeitung geschickt, die dort auch veröffentlicht wurde. (Vgl. KVZ 15/76) In der Resolution forderte die Vertreterversammlung Wiesbaden Urabstimmung und Warnstreik gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Lehrer. Diese Veröffentlichung sei gewerkschaftsschädigend. Verschiedene GEW-Gremien haben diesen Ausschlußantrag verurteilt:

Der GEW-Bezirksvorstand Frankfurt:

„Der Bezirksvorstand (BV) Ffm der GEW ist empört über den Beschluß des Landesvorstandes (LV) Hessen der GEW, einen Ausschluß von Kollegin Lüder, der Geschäftsführerin des Bezirksverbandes Wiesbaden, herbeizuführen. Kollegin Lüders wird vom LV Hessen vorgeworfen, eine für die Presse bestimmte Erklärung über die Vertreterversammlung des BV Wiesbaden an alle Presseorgane ohne Einschränkung weitergegeben zu haben...

Das Vorgehen des LV Hessen wird von uns verurteilt, weil eine selektive Zensur der Presse stattfinden soll.

– Wir fordern den LV auf, den Ausschlußantrag zurückzuziehen

– Wir erklären unsere ausdrückliche Solidarität mit Angela Lüder

– Wir erwarten von der Landesschiedskommission, daß sie das Verfahren gegen A. Lüders wegen Nichtigkeit einstellt."

Die Obleuteversammlung des GEW Kreisverbandes Hanau fordert ebenfalls die Rücknahme des Ausschlußantrages. Der Kreisvorstand Offenbach-Stadt verurteilt das Vorgehen des Landesvorstandes und stellt fest, daß die Unvereinbarkeitsbeschlüsse das Prinzip der Einheitsgewerkschaft verletzen und damit der Gewerkschaftsbewegung schaden.

21.6.: GEW Kundgebung Stuttgart

Heidelberg. Die Fachgruppe Gymnasien der GEW Heidelberg begrüßt die Initiative der GEW, am 21.6. eine Großkundgebung in Stuttgart gegen die Lehrerarbeitslosigkeit durchzuführen. Sie begrüßt ebenfalls den Aufruf der Landessprecherkonferenz der Referendare und der Landesastenkonferenz, zu dieser Kundgebung eine Demonstration durchzuführen u.a. unter den Forderungen: Keine Teilzeitverträge! Sofortige Einstellung aller Lehrer! Anerkennung aller arbeitslosen Lehrer als Arbeitslose bis zu ihrer endgültigen Einstellung! Aufhebung des Schießerlasses! Keine politische Disziplinierung!

Abendschüler boykottieren reaktionäre Dozenten

Die Schulreaktion schlägt mit Sechsen um sich

Westberlin. An den Abiturlehrgängen der Volkshochschule in Charlottenburg wird das Notensystem nicht bloß zur immer schärferen Auslese benutzt, es wird gegenwärtig auch gezielt dazu eingesetzt, um den Studierenden in den letzten Jahren erkämpfte Rechte zu nehmen. Vor allem hatten die Studierenden an der Volkshochschule sich seit längerer Zeit in die Auswahl des Lehrpersonals aktiv eingemischt. Nachdem die Schulleitung erst ihren Forderungen nachgegeben hatte, ist sie im letzten Jahr auf offene Reaktion eingeschwenkt, was zu einer scharfen Polarisierung an der Schule geführt hat.

Mitte März dieses Jahres verweigerte eine Klasse im Abiturlehrgang III das Schreiben einer Klausur im Fach Politische Weltkunde. Dem Dozenten hatte die Klasse schon Monate vorher das Mißtrauen ausgesprochen. Er hatte sich strikt geweigert, auf die von den Studierenden ausgearbeiteten Vorschläge für das Studium der Politischen Ökonomie einzugehen. Die Studierenden hatten daraufhin seinen Unterricht boykottiert und diesen in eigener Regie durchgeführt. Damit bekräftigte die Klasse in kämpferischer Weise ihre Forderung nach Rücktritt dieses Dozenten und nach Berufung eines neuen Dozenten ihres Vertrauens.

Kurz vor den Ferien setzte dieser Dozent eine Klausur an, deren Inhalt weder mit den Schülern vorbereitet war, noch etwas mit dem zu tun hatte, was die Schüler sich selbst erarbeitet hatten.

Die Klasse weigerte sich zu schreiben und schlug vor, die Note bis nach den Ferien auszusetzen, einen neuen Termin anzusetzen und die Klausur nach inhaltlich abgesprochener Vorbereitung zu schreiben. Daraufhin beriet sich der Dozent mit der Schulleitung. Heraus kam, daß ein erneuter Klausurtermin am letzten Schultag (!) angesetzt wurde, inklusive einer Vorbereitungsstunde am selben Nachmittag. Zu dieser Klausur wurden die Schüler einzeln per Einschreiben „eingeladen". Auf diese Erpressung ging die Klasse geschlossen nicht ein, es erschien niemand. Jetzt reagierte die Schulleitung prompt: Gegen massive Proteste der Schülervertretung, der Klasse und auch von Dozenten erteilte sie jedem Schüler der Klasse für die nichtgeschriebene Klausur eine Sechs. Dies bedeutete generell die Herabsetzung der Semesterendnote um eine Stufe.

Ein zweites Beispiel: Im Abiturlehrgang V forderten zwei Klassen einstimmig zwei Monate vor Beginn des 3. Semesters einen Chemiedozenten ihres Vertrauens. Alle Petitionen und Verhandlungen mit der Schulleitung fruchteten nichts. Die Schulleitung stellte gegen den Willen der Schüler drei neue Chemiedozenten ein.

In der ersten Chemiestunde teilte eine der beiden Klassen dem neuen Chemiedozenten mit, daß sie seinen Unterricht boykottieren und sich den Unterrichtsstoff selbständig in Zusammenarbeit mit dem Dozenten ihres Vertrauens (der bereits ein Jahr an der Schule arbeitete) erarbeiten werde, um dessen Berufung zu erzwingen. Dieser Kampfschritt wurde der Schulleitung mitgeteilt und offen propagiert. Die Schulleitung schickte den Schülern daraufhin ein Schreiben ins Haus, in dem ihnen für den Fall der Weiterführung des Boykotts die Semesternote „ungenügend" (6) angedroht wurde. Der Dozent ihres Vertrauens, der noch in anderen Klassen unterrichtete, ist mittlerweile wegen seiner offenen Unterstützung des Boykotts fristlos gekündigt worden.

Diese Beispiele stehen für viele. Entwicklung politischer Selbständigkeit, organisierter Widerstand gegen die bürgerliche Erziehung wird mit der Note 6 bestraft. Wo das Zuckerbrot des Aufstiegsversprechens nichts mehr fruchtet, muß die Peitsche der Sechsengebung raus. Gegen diese Maßnahmen hat sich breiter Widerstand in der gesamten Schülerschaft entzündet. Die Klasse setzt ihren Boykott fort und kämpft mit der Schülerschaft gemeinsam um die Wiedereinstellung des entlassenen Dozenten.

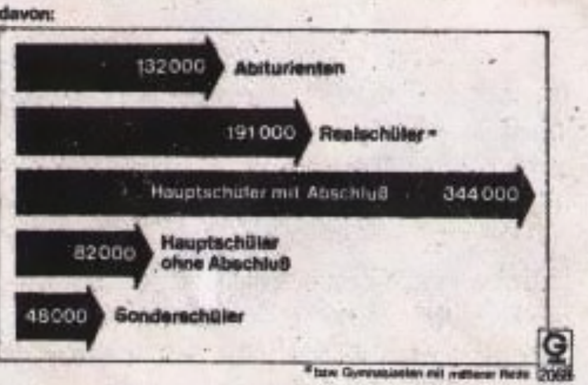
Noch etwas wird an den genannten Fällen deutlich: Durch das Beamtenrecht und die verschiedenen Ausführungsvorschriften sind die Dozenten zu direkten Agenten der Durchsetzung und Anwendung des Notensystems bestimmt. Widerstand einzelner Dozenten dagegen wird mit Einschüchterungsversuchen, Disziplinarmaßnahmen bis hin zur Entlassung seitens der Schulleitungen beantwortet. Gleichzeitig führen die Schulleitungen das Beamtenrecht und die Schulhoheit des bürgerlichen Staates zum Schutz der Dozenten ins Feld, die die Notenpeitsche schwingen und oft scharf von den Schülern kritisiert werden, denen das Mißtrauen ausgesprochen wird und um deren Absetzung die Schüler kämpfen. Das Beamtenrecht ist also in doppelter Weise Schutzschild zur Erhaltung und Sicherstellung des Auslese- und Gängelungsmechanismus: Es ist Grundlage für die Entrechtung und Entlassung der Dozenten, die Widerstand leisten gegen das Notensystem und es soll die Dozenten, die es auftragsgetreu anwenden, vor dem Zugriff der Schüler und Eltern schützen.

Aber auch bei vielen Dozenten wächst der Widerstand dagegen, sich zum willigen Staatsbüttel der Auslese und Schikane machen zu lassen. Und das noch, wie bei uns an der Volkshochschule, zu einem Hungerlohn und unter Arbeitsbedingungen, die ein Hohn sind: keine Arbeitsverträge, keine Sozialleistungen, keine Vertretungsrechte.

Es ist notwendig, die oft vereinzelte und spontane Rebellion unter den Schülern gegen die Auswirkungen des Notensystems und die in den Augen vieler zunächst noch nur zu rigide Anwendung zum bewußten Kampf gegen das **Notensystem** und für dessen Abschaffung in Richtung der Forderung nach Einheitsschule unter Volkskontrolle zusammenzufassen. Dazu ist es gut, wenn Dozenten sich auf die Seite der Schüler stellen und mit dem ihnen durch die herrschende Klasse erteilten Auftrag brechen. – (m.l., Westberlin)

Jugendarbeitslosigkeit und Dequalifizierung

Jeder fünfte Schulabgänger ohne Ausbildungsplatz



Fast 800000 Schüler verlassen in diesem Jahr die verschiedenen Schulen, mit oder ohne Abschluß. Nach Schätzungen des Instituts für Arbeits- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit stehen den 132000 Abiturienten 114000 Studienplätze gegenüber. An den Fachschulen stehen 124000 Plätze zur Verfügung und die Zahl der freiwerdenden Lehrstellen wird gegenwärtig auf 400000 geschätzt. Es ist damit zu rechnen, daß ein großer Teil der Abiturienten, die am Numerus Clausus scheitern, auf den Lehrstellenmarkt drängen werden, ebenso ein großer Teil der Realschüler, die von den Fachschulen abgewiesen werden. Nach diesen Schätzungen werden also allein 162000 der diesjährigen Schulabgänger, das ist jeder fünfte, hauptsächlich Hauptschüler und Sonderschüler, ohne Arbeit oder eine Lehrstelle auf der Straße liegen oder sich als ungelernte Arbeiter verkaufen müssen. Für einen großen Teil der Lehrlinge bestehen wiederum keine Aussichten, nach der Lehre in dem erlernten Beruf weiter arbeiten zu können. Zum Beispiel kamen 1970 auf 165000 ausgebildete Friseure 50500 Friseurlehrlinge und auf 943300 Verkäufer immerhin 100100 Lehrlinge. Dagegen wurden zum Beispiel nur knapp über 1000 Chemiefacharbeiter ausgebildet. (Bildung im Zahlenspiegel, 1975, Statistisches Bundesamt) 1974 wurden im Handwerk fast 500000 Lehrlinge beschäftigt, in der Industrie und im Handel dagegen nur 664000, wohingegen in der Industrie und im Handel insgesamt 11 Mill. Lohnabhängige beschäftigt sind, im Handwerk aber nur noch knapp 4 Millionen. Der größte Teil der im Handwerk ausgebildeten Lehrlinge arbeitet nach der Lehre in der Industrie, meist als angelernter oder als Hilfsarbeiter, und nur ein Teil kann im erlernten Beruf weiterarbeiten. Nach einer Infas-Erhebung von 1972-73 waren von allen Lohnabhängigen 38 % nicht mehr im erlernten Beruf tätig, bei den 25jährigen schon 25 %. Von den Facharbeitern waren 31 % nicht mehr in ihrem Beruf tätig. In den Betrieben über 2000 Beschäftigte hatten 40 bis 45 % eine Arbeit, die mit ihrer Ausbildung nichts mehr zu tun hatte.

Bremen-Marßelerfeld:

Schluß mit den Knüppelorgien!

Bremen. Nachdem Jugendliche in der Neustadt schon seit einigen Wochen ein leerstehendes Schulgebäude als selbstverwaltetes Jugendzentrum besetzt halten – die KVZ hat darüber berichtet – haben am Freitag, dem 11. Juni, in dem Arbeiterviertel Marßeler Feld, wo 4 000 Jugendliche wohnen, hundert Jugendliche ein leerstehendes Schulgebäude besetzt. Ein Jahr lang hatten sie vergeblich ein Haus für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum gefordert. Der Senat hat die Besetzung sofort durch einen wüsten Polizeiüberfall zerschlagen. Die Jugendinitiative Marßel berichtet in einem Flugblatt: „Die Fensterscheiben werden eingeschlagen, mit Pistolen wird chemical mace verschossen, und als wir durch das Gift benommen sind, springen sie durch die Fenster. Auf einen Jugendlichen kommt ein Polizist. Die Polizei nutzt ihre Stärke

setzung sofort durch einen wüsten Polizeiüberfall zerschlagen. Die Jugendinitiative Marßel berichtet in einem Flugblatt: „Die Fensterscheiben werden eingeschlagen, mit Pistolen wird chemical mace verschossen, und als wir durch das Gift benommen sind, springen sie durch die Fenster. Auf einen Jugendlichen kommt ein Polizist. Die Polizei nutzt ihre Stärke

brutal aus: Während wir vor dem Gummiknüppel fliehen, schmeißen sie Bierflaschen nach uns. Im Flur gibt's Spießrutenlaufen. Zehn Bullen stehen in einer Reihe und hauen sinnlos auf jeden ein, der hier durch muß, um zur Tür zu kommen. Einige Jugendliche werden brutal vom ersten Stock die Treppe herunter geworfen. (...) Die Polizisten hausen wie die Vandalen. Sie schlagen die Schule lieber kaputt, als daß die Jugend sie nutzt." Vier Jugendliche müssen ins Krankenhaus eingeliefert werden. Gleich am Abend haben die Jugendlichen eine Demonstration durch Marßel gemacht, am nächsten Tag demonstrieren erneut 150 Jugendliche mit den Forderungen „Die Burgdammer Schule für die Marßeler Jugend!" „Schluß mit den Knüppelorgien des Bremer Senats gegen die Bremer Jugendzentrumsbewegung!"

Krankenhaus eingeliefert werden. Gleich am Abend haben die Jugendlichen eine Demonstration durch Marßel gemacht, am nächsten Tag demonstrieren erneut 150 Jugendliche mit den Forderungen „Die Burgdammer Schule für die Marßeler Jugend!" „Schluß mit den Knüppelorgien des Bremer Senats gegen die Bremer Jugendzentrumsbewegung!"

Heidelberg-Emmertsgrund

Die Jugendlichen finden Unterstützung



Heidelberg-Emmertsgrund

Die Jugendlichen finden Unterstützung



Düsseldorf. Am Sonntag, dem 13.5.1976, demonstrierten in Düsseldorf 2000 griechische Eltern und Kinder für das Recht auf Ausbildung in der Heimatsprache und für eine Ausbildung, die die ausländischen Kinder nicht von vornherein zum Hilfsarbeiterdasein verdammt. Die Eltern legten dem Ministerialrat Weiß vom Wissenschaftsministerium eine Resolution vor, in der sie die sofortige Erfüllung ihrer Forderungen fordern.

Heidelberg. Nach dem Diebstahl einer Stereoanlage aus dem Jugendzentrum Emmertsgrund in Heidelberg und einer Keilerei einiger Jugendlicher mit dem mutmaßlichen Dieb führte die Polizei noch am gleichen Tag einen brutalen Überfall auf die Jugendlichen durch. Darüber wurde in der KVZ Nr. 22 berichtet. Die Jugendlichen und die Leiterin des Jugendzentrums wurden verprügelt, zehn festgenommen, darunter ebenfalls die Leiterin des Jugendzentrums. Als die Jugendlichen diese Vorfälle an die Öffentlichkeit brachten, wurden zehn Personen erneut festgenommen und ihre Wohnung durchsucht. Einige Jugendliche wurden von ihren Arbeitsplätzen weg festgenommen. Bei den Wohnungsdurchsuchungen behaupteten einige Polizisten: „Hier ist ja doch alles geklaut." Neue Polizeieinsätze in mehreren Stadtteilen Heidelbergs gegen Treffpunkte von Jugendlichen folgten. Außer ein paar Krümeln Haschisch konnten die Polizeiaktionen kein anderes Beweismittel für ihren „Schlag gegen die Bandenkriminalität" vorzeigen. Im Emmertsgrund selbst ist die Stadtverwaltung jetzt einen Schritt weitergegangen und hat der Leiterin des Jugendzentrums fristlos gekündigt. Die Begründung der Kündigung, vom Oberbürgermeister Zundel selbst unterzeichnet, legt klar, wofür die Stadt Sozialarbeiter braucht. Als Angestellte des öffentlichen Dienstes sollen sie, auf die freiheitlich demokratische Grundordnung verpflichtet, willig und gehorsam auf seiten des Staates gegen die Jugendlichen vorgehen. So wird der Leiterin des Jugendzentrums jetzt vorgeworfen, im Jugendzentrum Vollversammlungen durchgeführt zu haben, ohne den Dienstherren vorher um Erlaubnis zu fragen. Daß auf diesen Versammlungen auch noch Schritte gegen den Polizeiterror besprochen wurden, darf, so die Kündigung, „nicht unberücksichtigt bleiben". Besonders schwerwiegend ist für die Stadt, daß sie keine polizeilichen Spitzeldienste geleistet hat, wenn die Jugendlichen etwas angestellt hatten. Schließlich kommt die Stadt auf die Feststellung: „Ihr Verhalten war den Zielen des KBW dienlich." Auch die Tatsache, daß die Presseerklärung von Eltern und Anwälten nach den Wohnungsdurchsuchungen von den Anwälten unterschrieben wurde, „deren Eintreten für den KBW stadtbekannt ist", dient als Kündigungsgrund.

Die Stadtverwaltung hat allen Grund, die Reihen ihrer Bediensteten zu säubern und brutal gegen die Jugendlichen und ihren Zusammenschluß vorzugehen. Was kann die Kapitalistenklasse und der bürgerliche Staat der Arbeiterjugend schon bieten?

Im Jugendzentrum Emmertsgrund sind nahezu ausschließlich Arbeiterjugendliche. Über die Hälfte findet zum Teil schon über ein Jahr keine Arbeit oder Lehrstelle.

Auf die Polizeiüberfälle hin hat es keine Ruhe gegeben im Jugendzentrum. Selbständig haben die Jugendlichen die Öffentlichkeit informiert und ihre Forderungen angemeldet. Die Kündigung der Leiterin des Jugendzentrums wird ebensowenig hingenommen. Mit Dreck haben die Kinder der Spielgruppe, die nachmittags im Jugendzentrum ist, das Jugendzentrum beworfen, als die Sozialarbeiterin rausgeschmissen war. Dabei ist auch der Stadtjugendpfleger nicht verschont geblieben. Auf kleinen Wandzeitungen im Stadtteil wurde diese reaktionäre Jugendpolitik der Stadt angegriffen und die Wiedereinstellung der Sozialarbeiterin gefordert. Auf mehreren Veranstaltungen hat diese Forderung große Zustimmung gefunden. In der Universität haben über 2 000 Menschen auf einer Veranstaltung gegen die neuen Maulkorbgesetze sich mit den Forderungen des Jugendzentrums solidarisiert. Die Sozialarbeiterin wurde von Schulen und Seminaren an der Universität zu Veranstaltungen eingeladen. Der Dachverband aller Heidelberger Jugendzentrumsinitiativen hat für kommenden Samstag einen Aktionstag in der Stadt gegen die Polizeischikanen gegen Jugendliche und für die sofortige Wiedereinstellung von G. Rieger beschlossen. Eine Vollversammlung aller Eltern, deren Kinder ins Jugendzentrum gehen, wurde einberufen, um Schritte gegen die Stadt zu diskutieren. – (B., Heidelberg)

Tarifliche Vergütung angegriffen – 2500 Fachschüler demonstrieren

Düsseldorf. Am Mittwoch, den 9.6.76 demonstrierten 2 500 Fachschüler für Sozialpädagogik aus ganz Nordrhein-Westfalen gegen eine neugeplante Ausbildungs- und Prüfungsordnung sowie gegen die von den „freien Trägern der sozialpädagogischen Einrichtungen" – vor allem den Kirchen – seit einigen Monaten praktizierte Kürzung der Vergütung für Berufspraktikanten von 780 DM netto auf 75 DM im Monat. Durch die neue Ausbildungsordnung will das Ministerium auch den staatlichen Einrichtungen diese unverschämte Zusammenkürzung der Ausbildungsvergütung ermöglichen. Bisher ist die Bezahlung der Berufspraktikanten durch Tarifverträge festgelegt. Die geplante Ausbildungsordnung besagt, daß die praktische Prüfung nicht mehr wie bisher nach dem zweiten Ausbildungsjahr stattfindet, sondern erst nach dem Berufspraktikum. Dadurch soll die erkämpfte und tarifvertraglich abgesicherte Bezahlung während des Berufspraktikums umschifft werden, da die Praktikanten vor der Prüfung ja noch Schüler seien. Die Fachschüler sind entschlossen, diesen dreisten Angriff auf ihre erkämpften Rechte nicht hinzunehmen. In vielen Klassen und Schulen wird als nächster Kampfschritt diskutiert: landesweiter Streik der Fachschüler!

Streik für Schulneubau

Hamburg. Am Montag traten mehrere hundert Schüler der Berufsschulen G 10 und G 16, die beide in einem Gebäude untergebracht sind, in einen Warnstreik. Sie fordern den sofortigen Beginn des seit längerer Zeit verschleppten Neubaus einer Schule. Das alte Schulgebäude platzt seit längerem aus allen Nähten.

Gegen Pausenbetrug

Heidelberg. Der Kreisvorstand der GEW Rhein-Neckar hat gegen die neuen Pausenregelungen an den Berufsschulen protestiert, mit denen die Bestimmung, daß nach 5 Stunden Unterrichtszeit der Berufsschultag arbeitsfrei ist, unterlaufen werden soll. Auch die Heidelberger Jungsozialisten haben den Rektor der Gewerbeschule I aufgefordert, die Pausenregelung zurückzunehmen.

Numerus Clausus an Bremer Fachschulen

Bremen. Der Bremer Senat hat einen Erlaß „zur Regelung des Zulassungsverfahrens an Schulen im Lande Bremen mit Zulassungsbeschränkungen für das Schuljahr 1966/67 verabschiedet. Gab es den Numerus Clausus bisher offiziell nur an den Hochschulen, wird er jetzt in Bremen bei folgenden Schulen eingeführt: Fachschule für Sozialpädagogik, Fachoberschule für Sozialpädagogik und Sozialökonomie, Klasse 11 und 12, Berufsfachschule für Chemie, Fachoberschule Fachbereich Gestaltung, Fachoberschule Bremerhaven Fachrichtung Sozialpädagogik und Fachschule für Sozialpädagogik. Nach

Ausbildungsvergütung gekürzt

Als Folge der jüngsten Tarifabschlüsse erhalten viele Lehrlinge jetzt effektiv weniger Ausbildungsvergütung. Das liegt daran, daß viele jetzt die Bemessungsgrenze überschritten haben, von der ab sie die Hälfte der Beiträge für die Versicherungen selbst zahlen müssen. Momentan liegt diese Grenze bei 310 DM. Eine Apothekenhelferin z.B., die bisher 300 DM ausgezahlt erhielt, kriegt zwar nach dem 1. Mai brutto 320 DM, netto aber nur noch 267,68 DM. Die Arbeitskraft des Lehrlings kommt den Kapitalisten aufgrund dessen jetzt 22,78 DM billiger. Das Beispiel zeigt einmal mehr, wie notwendig es ist, dafür einzutreten, daß die Versicherungsbeiträge ausschließlich von den Kapitalisten bestritten werden.

„Wir haben das Warten satt..."

Kaiserslautern. Um die Forderung nach einem selbstverwalteten Jugendzentrum durchzusetzen, gingen am Montag 40 Jugendliche in die Sitzung des Stadtrats, hingen Transparente auf, warfen Flugblätter von der Tribüne und riefen: „Wir haben jetzt das Warten satt, Jugendzentrum in die Stadt" und „Jetzt sind wir klüger, die Ratsherrn sind Betrüger". Der Stadtrat ließ den Saal mit dem Polizeiknüppel räumen. Für Samstag rufen die Jugendlichen zu einer Kundgebung für ihre Forderung auf.

Am 21. Juni tritt der neue §218 in Kraft.

Bespitzelung und Strafverfolgung

Am 21. Juni 1976 tritt der neue § 218 in Kraft. Er tritt in Kraft gegen den Willen der Mehrheit der Arbeiterklasse und des Volkes, die diese Paragrafen ablehnen und den Kampf gegen ihn führen. Das weiß die herrschende Klasse. Ihr Propagandaaufwand ist deshalb groß, um diesen Zwangsparagrafen den Volksmassen schmackhaft zu machen. Bundesministerin Focke (Jugend, Familie und Gesundheit) hat dazu jetzt extra eine Broschüre herausgebracht, in Hochglanz. „Vor der Entscheidung steht die Beratung", heißt das Blatt. Es soll verdecken, daß das neue Gesetz genauso Strafverfolgung, Bevormundung, Schikane und Unterdrückung für die Volksmassen bedeutet. Tatsache ist, daß mit dem neuen Gesetz die Strafverfolgung schon vorher über die Beratungsstellen eingeleitet werden soll, Bespitzelung und Schikane sich verstärken. Die Entscheidung trifft der bürgerliche Staat, nicht die Volksmassen selber, das ist der Kern der Broschüre der Frau Focke. Das Beratungsgespräch sei „einer der wichtigsten Punkte des neuen § 218", schreibt sie. „Mit der Reform des § 218 wird sichergestellt, daß sich eine Frau ohne Vorbehalte an einen Arzt ihres Vertrauens oder an eine Beratungsstelle wenden und ihre Probleme offen darlegen kann. Die Antwort wird keine Moralpredigt sein, denn Arzt und Berater haben die Pflicht, Wege und Hilfen aufzuzeigen, die es einer Frau leichter machen, ja zum Kind zu sagen." „Ihre Gesprächspartner sind erfahrene und verständnisvolle Männer und Frauen, die ihnen gute Wege aufzeigen werden, Probleme und Konflikte selbst zu erkennen und überwinden zu können. Dabei geht es vor allem darum, sie gut über die sozialen Hilfen zu informieren. Die sozialen Hilfen, Rechte und Ansprüche in unserem Staat sind so vielfältig, daß sie sicher manches gar nicht wissen. Viele Frauen stellen nach der Beratung fest, daß sie ihre soziale und wirtschaftliche Lage viel zu negativ gesehen haben. Und jeder Lichtblick stärkt Mut und Selbstvertrauen." „Medizinische und soziale Beratung ist durch die Reform des § 218 ganz besonders wichtig geworden. Denn nur nach dieser Beratung darf ein Arzt einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen."

Moralpredigten werden auf den Beratungsstellen in der Tat nicht einfach gehalten, sondern die Frauen, die eine solche Stelle aufsuchen oder auch den Arzt, unterliegen sofort der Möglichkeit der Strafverfolgung. Denn durch die Beratung ist die Schwangerschaft sofort registriert, die Schwangere steht unter Staatskontrolle. Die Ausführungsbestimmungen, die zum § 218 von den Bundesländern noch verfaßt werden, sollen das noch klarer regeln. In Bayern wird ein Gesetz zur Beratung werdender Mütter erarbeitet, worin unter anderem die Meldepflicht über jede Schwangerschaft vorgesehen wird. Die erfahrenen und verständnisvollen Männer und Frauen entpuppen sich schnell als erfahren in der Bespitzelung der Volksmassen.

Es ist wie mit dem Verfassungsschutz. Diese Leute setzen politische „Straftäter" unter Beobachtung und vielfach unter Druck, um dann der Justiz bei entsprechendem Beweismaterial die Möglichkeit zur Prozeßführung zu geben. Ganz genauso ist es mit diesen Beratungsstellen. Sie werden eingesetzt, um schon im Vorfeld der Strafverfolgung durch die Justiz die Volksmassen unter Druck zu setzen. Geht die Justiz dann zur Aburteilung über, kann sie sich bei der Beweisführung auf diesen ganzen Spitzelapparat stützen. Die Ärzte des Vertrauens werden dazu ebenfalls herangezogen, müssen sie doch in jedem einzelnen Fall sich an die Beratungsstelle wenden, wenn sie eine Schwangerschaftsunterbrechung für richtig halten. Die neue Fassung bedeutet eine „Verbesserung" des Strafparagrafen 218: Eine Verbesserung für den Staatsapparat bei der Schikane und Verfolgung. Der alte Strafparagraf war nämlich nicht mehr wirksam anwendbar. Er wurde täglich hundertfach gebrochen und die Strafjustiz machte sich lächerlich, verhaßt, wenn sie den Paragrafen 218 hervorholte. Das soll jetzt anders werden. Die Verfolgung wird modernisiert, um den § 218 wieder zu einer scharfen Waffe der Unterdrükkung zu machen.

Es wird für Frau Focke unmöglich sein, solch ein Zwangsgesetz unter den Volksmassen zu verankern. Da nützt auch kein Glanzpapier. Der § 218 wird so lange bekämpft werden, bis er ersatzlos gestrichen ist. – (j.k.)

Die „Gesetze zur Inneren Sicherheit" zielen auf die Kampforgane der Arbeiterklasse

Eine „terroristische Vereinigung" liegt vor bei...

Sozialdemokratie, Freie Demokraten und Christdemokraten, diese Wahrer der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und der Geldsäcke, die sie schützt, bereiten eine weitere Verschärfung des politischen Strafrechts vor. Über die „kriminelle Vereinigung" hinaus führen sie jetzt die „terroristische Vereinigung" in das Strafgesetzbuch ein. Für Angeklagte, die als Mitglieder einer solchen Vereinigung verfolgt werden, werden noch bestehende Rechte außer Kraft gesetzt. Sie werden grundsätzlich in Haft gehalten, die Verbindung zu ihren Verteidigern wird überwacht. Sie werden der Willkür der bürgerlichen Justiz vollständig ausgeliefert. Natürlich auf rechtsstaatliche Weise, denn die Willkür ist ja durch Gesetz geregelt.

„Terroristische Vereinigung" – das klingt so, als seien die Volksmassen von den betreffenden Regelungen nicht betroffen. Das ist eine Täuschung. Die Bourgeoisie hat mit dieser Bezeichnung Kampforgane der Arbeiterklasse und der Volksmassen im Auge: Streikkomitees, Komitees gegen Fahrpreiserhöhungen und Mieterhöhungen, Institutsgruppen usw. Jederzeit können sich auch Gewerkschaftsgruppen und Vertrauensleutekörper in „terroristische Vereinigungen" verwandeln, sobald sie eine führende Rolle im Klassenkampf übernehmen, Streik und Streikposten organisieren oder gar wie in Erwitte die Betriebsbesetzung leiten.

Die folgenden Zitate aus Gerichtsurteilen verdeutlichen, welche Mittel die Bourgeoisie sich mit der am 24.6. geplanten Verabschiedung der „Gesetze zur Inneren Sicherheit" (siehe KVZ 23/76) schaffen will und welchen Zweck sie damit verfolgt. Als „terroristisch" bezeichnet die Bourgeoisie jeden gewaltsamen Kampf gegen ihre Herrschaft. Die „Beteiligung, Unterstützung oder das Werben" für eine „terroristische Vereinigung" wird nach den neuen Gesetzen mit einer Gefängnisstrafe von 6 Monaten bis 10 Jahren verfolgt.

„Personenverbänden so wenig wie Einzelnen kann die Mitsprache in öffentlichen Angelegenheiten mit anderen Mitteln als denen der Werbung, Überzeugung und Überredung gestattet sein ... Die Anerkennung des Demonstrationsrechts in dem von der StrK (Strafkammer) angenommenen Ausmaß liefe auf die Legalisierung eines von militanten Minderheiten geübten Terrors hinaus, ... welcher mit den Grundsätzen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung schlechthin unverträglich ist." (Neue Juristische Wochenschriften 69/1773)

Blockieren einer Straßenbahn

Der Anlaß dieses Urteils des Bundesgerichtshofs war die Blockade einer Straßenbahn in Köln. Der § 315 b „Gefährliche Eingriffe in den Straßenverkehr" ist ausdrücklich in den neuen § 129 a als Ziel einer „terroristischen Vereinigung" aufgenommen. „Der objektive Tatbestand des Landfriedensbruchs setzt zunächst voraus, daß sich eine Menschenmenge öffentlich zusammenrottet. Die durch Sitzstreik die Fahrbahn der V.-Str. sperrenden Demonstranten, die weit mehr als 40 Personen zählten, sind eine öffentlich zusammengerottete Menschenmenge ... Der objektive Tatbestand des Landfriedensbruchs setzt weiter voraus, daß die öffentlich zusammengerottete Menschenmenge mit vereinten Kräften gegen Personen oder Sachen Gewalttätigkeiten begeht ... Abgesehen davon, daß hierfür unter den Ausführungen 1b) bereits die Sperrung der V.-Str. ausreichte, haben einzelne Demonstranten weitere Gewalttätigkeiten dadurch begangen, daß sie einen Volkswagen, der die Straße passieren wollte, schaukelten und leicht anhoben, sowie gegen einen städtischen Linienbus mit den Fäusten trommelten." (NJW 69/64)

Auch ohne Anwendung von Gewalt

Dabei ist für die Erfüllung des Tatbestandes der Gewalt noch nicht einmal die Anwendung von Gewalt erforderlich:

„Nach dieser Auslegung genügt für den Tatbestand des § 125 Abs 2 StGB schon die Inbewegsetzung des körperlichen; äußeren Zwangs gegen Personen, und zwar eine auch nur mittelbar gegen Personen gerichtete Einwirkung, die von ihnen körperlich empfunden wird, wie beispielsweise das Versperren eines Zu- oder Durchgangs. Das RG (Reichsgericht) hat es für eine solche Inbewegsetzung körperlichen Zwangs in RGST 45, 153, 156 ausreichen lassen, daß eine Menge sich fest hinstellte und zusammendrängte und durch dieses geschlossene Zusammenstehen den Durchgang gewaltsam mit vereinten Kräften verhinderte." (NJW 69/1127)

(... denn jegliches aus der Zusammenrottung hervorbrechende aggressive Verhalten, mag es sich etwa bloß um die Verdrängung eines Polizeibeamten oder im Umwerfen eines Gegenstandes äußern, bringt als Gewalttätigkeit den § 125 Abs. 1 des StGB zur Vollendung." 6NJW 69/1772)

In Heidelberg wurde der Student J. Sendler zu drei Monaten Haft mit Bewährung verurteilt, als er den Professor Breitling, der auf korrupte Weise eine Stelle erhalten sollte, angriff: „Das ständige laute Gegenreden gegen den Zeugen Breitling nämlich stellte angesichts von dessen bereits geschilderter besonderer Situation (vorgerücktes Lebensalter, Antrittsvorlesung) eine so starke psychische Irritation dar, daß sie ihn in seiner Willensbestimmung so entscheidend beeinträchtigte, und daher nach den oben dargelegten Grundsätzen als Gewalt angesehen werden muß."

Streikposten

Das Verhindern des Eindringens von Streikbrechern durch Streikposten oder die Verhinderung der Auslieferung einer Zeitung bei einem Druckerstreik erfüllen ebenfalls den Tatbestand der Gewaltanwendung:

„... stellt das Blockieren von Ausgängen und Ausfahrten regelmäßig eine Gewalttätigkeit im Sinne des Landfriedensbruchs dar." (OLG Stuttgart, 9.7.69) „Hindern sie (die Streikposten) aber die Arbeitswilligen mit Gewalt oder Drohung mit nicht verkehrsmäßigen Übeln am Eintritt in den Betrieb, so sind unerlaubte Kampfhandlungen gegeben, die den ganzen Arbeitskampf rechtswidrig machen." (Hueck, Nipperdey, Lehrbuch des Arbeitsrechts, 1970, S. 1032)

Daß die Bourgeoisie als Terroristen die konsequenten Gegner ihrer Herrschaft bezeichnet, zeigt das folgende Zitat aus dem Urteil gegen die Heidelberger Studenten Hildebrandt, Lebert und Fücks aus Anlaß der Besetzung des Heidelberger Rektorats: „Sie haben gezeigt, daß es sich bei ihnen um rück-
gezeigt, daß es sich bei ihnen um rück-
sichtslose Terroristen handelt, die sich bei der Durchsetzung ihrer Ziele über die Rechtsordnung bedenkenlos hinwegsetzen und durch ihr herausforderndes und freches Benehmen in der Hauptverhandlung bewiesen, daß sie auch nicht ansprechbar und bereit sind, ihren Standpunkt zur Diskussion zu stellen." (Rote Robe 3/73)

Eine der Zielsetzungen einer „terorristischen Vereinigung" sei der „Totschlag". In Freiburg hat die Staatsanwaltschaft jetzt Anklage gegen einen Bewohner der Freiau wegen versuchten Totschlags erhoben, weil er gegen die anrückende Polizei bei der gewaltsamen Räumung der Freiau einen Schuh geworfen haben soll.

„... habe in bewußtem und gewolltem Zusammenwirken mit anderen unbekannten gewalttätigen Demonstranten POK Klein getreten und geschlagen, ihm Schürfwunden an allen Fingern der rechten Hand, dem rechten Ellenbogen, dem rechten Unterarm und dem rechten Knie und Prellungen am rechten Knöchel, der rechten Hüftseite und dem Gesäß zugefügt. Nachdem es ihm nicht gelungen sei, in die Polizeikette eine Bresche zu rammen, habe er von den Sperrgittern eine eiserne Strebe abgedreht und den Polizeibeamten gedroht, damit auf sie loszugehen. Schließlich habe er auch einen Holzschuh gezielt gegen den Kopf des POM Sixel geworfen, diesen an der linken, ungeschützten Kopfseite getroffen und verletzt." Die Anklage lautet, er „habe sich an Gewalttätigkeiten gegen Menschen und Sachen und an Bedrohungen von Menschen mit einer Gewalttätigkeit beteiligt, die aus einer Menschenmenge in einer die öffentliche Sicherheit gefährdenden Weise mit vereinten Kräften begangen worden sei, und habe hierbei eine Waffe bei sich geführt, um diese bei der Tat zu verwenden, sowie durch eine Gewalttätigkeit einen anderen in die Gefahr des Todes oder einer schweren Körperverletzung gebracht".

Allen in diesem Prozeß Angeklagten wird vorgeworfen, daß sie „die etwa 2,5 Meter langen Stangen, an denen sich ihre Spruchbänder befunden gehabt hätten, als Schlag- und Stoßwaffe verwendet" haben.

Anschläge auf die Pressefreiheit

Zu vier Monaten bzw. einem Jahr Gefängnis auf Bewährung verurteilte der Richter v. Krahn die verantwortlichen Redakteure des „Roten Morgen" Gernot Schubert und Karin Wagner wegen Artikeln der Zeitung, die sich mit dem Tod des Arbeiters Günter Routhier befaßten. Das Gericht ordnete die Einziehung der verbotenen Nummern des „Roten Morgen" an.

Alle Beweisanträge über die Wahrheit der Darstellung der Zeitung lehnte das Gericht als unmaßgeblich ab. Der Staatsanwalt legte klar, worum es der bürgerlichen Justiz geht. „Durch Heranziehen irgendwelcher Punkte" wollten die Angeklagten „Unmut" züchten, „um den Boden zu bereiten für die Diktatur des Proletariats. Der Staat soll gestürzt werden, dagegen muß er sich wehren ..."

Ebenfalls wegen eines Artikels über Polizeieinsätze, durch die G. Routhier, in Dortmund der Lehrling Erich Dobhardt und in Köln der Arbeiter Manfred Rohs zu Tode kamen, findet am 18. Juni in Köln ein Staatsschutzprozeß gegen den verantwortlichen Redakteur der „Roten Fahne" (KPD) Willi Jasper statt. Die Anklage wegen der „Roten Fahne" vom 26.3.1975 lautet auf „wissentliche Verbreitung unwahrer Tatsachen", „Beleidigung", „böswillige Verächtlichmachung der verfassungsmäßigen Ordnung in der BRD" z.B. durch den Satz „Kämpft gegen das System der Ausbeutung für den Sozialismus". Das Kölner Amtsgericht hatte nach Anzeige der Polizeipräsidenten in Duisburg und Köln unter anderen in einem Strafbefehl bereits eine Geldstrafe von 3600 DM verhängt.

Fahrpreisprozeß gegen H. Rosenbaum und J. Noth

Über 100 Prozesse stehen an

Heidelberg. Montag und Dienstag dieser Woche begann die Verhandlung im HSB-Prozeß gegen H. Rosenbaum und J. Noth. Als Verantwortlichen der „Arbeiter-Zeitung" des KBW wird ihnen Aufruf zu strafbaren Handlungen und Versuch der Nötigung vorgeworfen. 15000 Heidelberger haben letzten Sommer in tagelangen Blockadeaktionen versucht, eine 25-prozentige Fahrpreiserhöhung bei der Heidelberger Straßen- und Bergbahn AG (HSB) zu verhindern. Um die Forderung: Sofortige Einstellung aller HSB-Prozesse! in den Gerichtssaal zu tragen, zogen am Montag morgen zirka 100 Menschen in einem gemeinsamen Marsch mit Sprechchören und Transparenten zum Gerichtssaal:

„In diesem Kampf gegen die Fahrpreiserhöhung ist für die herrschende Klasse einiges über Bord gegangen, nicht nur ein paar Polizeiknüppel oder Helme, sondern ihre Ideologie, daß diese Maßnahmen allen dienen und zum Wohle aller seien. Diese Ideologie ist über Bord gegangen, und dieser Staatsanwalt wird vergeblich versuchen, sie in seinen Netzen der Justiz wieder einzufangen. Weiter ist deutlich geworden: Dieser Gemeinderat ist eine Schwatzbude und es tritt der tatsächliche Charakter des bürgerlichen Staates hervor, der nicht in seinen Parlamenten besteht, sondern der besteht in den bewaffneten Einheiten unter dem Kommando des Strichjungen des Kapitals."

Diese Erklärung von H. Rosenbaum vor Gericht und die Kennzeichnung des Oberbürgermeisters Zundel als Strichjungen des Kapitals (auch ein Anklagepunkt) versetzten den Staatsanwalt und Richter dermaßen in Unruhe, daß sie versuchten, H. Rosenbaum in ihrer Rede zu unterbrechen. Als sich H. Rosenbaum darauf zur Wehr setzte, erhielt sie eine Ordnungsstrafe von 500 DM für den Ausruf: Blasen Sie sich doch nicht so auf! Die anwesende Öffentlichkeit dagegen klatschte Beifall.

Drei Stadträte waren auf Ladung der Verteidigung vor Gericht zitiert worden und so gezwungen, Stellung zu beziehen: für den CDU-Stadtrat und Pfarrer Reutlinger waren bei seiner Aussage die Prügelorgien der Polizei, mit denen die Fahrpreiserhöhung im letzten Sommer durchgesetzt wurde, „viel zu milde und human", die Massenbewegung auf der Straße dagegen „blanker Terror". Die Frage der Verteidigung, woher das Defizit der HSB komme, wurde dagegen vom Gericht stets dann als unzulässig abgelehnt, wenn die Gefahr bestand, daß die Stadträte in ihren Antworten die Rolle der HSB als Instrument kapitalistischer Stadtplanung und Sanierung zu enthüllen drohten. Lediglich Stadtrat Gehring, CDU, ließ kurz heraus, „in den Parkhausbau und den Märchengarten floß viel Geld". Einen Sieg über die Bewegung gegen die Fahrpreiserhöhung konnte die Bourgeoisie nicht erringen, das schmerzt sie. „Es ist bedrückend, wenn Unruhe besteht in der Bevölkerung. Als Verantwortliche hat man es lieber, wenn die Maßnahmen akzeptiert werden", jammerte Stadträtin Walz (FDP). Kommenden Donnerstag wird der Prozeß weitergeführt mit der Vernehmung von Oberbürgermeister Zundel.

Montag Abend wurde vom Komitee „Weg mit den HSB-Prozessen" eine Veranstaltung durchgeführt. Die 250 Anwesenden verabschiedeten einstimmig eine Resolution mit der Forderung:
Sofortige Einstellung aller HSB-Prozesse!



Heidelberg, Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen 1975

Gegen die Ausplünderung durch Fahrpreiserhöhungen

Paderborn. Mit Ständen in der Stadt ist die Ortsgruppe des KBW gegen die geplanten Fahrpreiserhöhungen bei den Paderborner Verkehrsbetrieben Pesag aufgetreten. Ab ersten Juni sollen die Fahrpreise erneut um 7 % erhöht werden, nachdem zuletzt im August 1975 eine Erhöhung von 10 bis 15 % durchgesetzt worden war. Begründet werden die Erhöhungen immer wieder mit angeblichen Defiziten, obwohl allein die letzte Erhöhung eine Umsatzsteigerung von 11 % gebracht hat.

Universität Heidelberg

„Das ist jedem sein Vergnügen, sein Bier“

Was ein Ministerialbeamter zu den Prüfungsverschärfungen zu sagen hat

Wie bereits in Niedersachsen und Baden-Württemberg sollen jetzt auch an den Pädagogischen Hochschulen (PH) in Nordrhein-Westfalen die Prüfungsbedingungen verschärft werden.

In Köln, wo am 2.6. auf der Tagesordnung des Senats der PH Rheinland (mit den Abteilungen Köln, Bonn, Aachen, Neuß und Abteilung für Heilpädagogik Köln) die Verabschiedung neuer Prüfungsordnungen stand, sprachen sich auf einer Versammlung 1000 PH-Studenten gegen die neue Prüfungsordnung aus. 500 Studenten versammelten sich anschließend im Tagungsraum des Senats, der nicht öffentlich verhandeln wollte. Für die Senatoren war dies das Zeichen, den Sitzungssaal fluchtartig zu verlassen. Die Studenten beschlossen anschließend, die nächste Senatssitzung ebenso zu behandeln und vom 14. bis 16.6. Aktions- und Streiktage durchzuführen.

Was die neue Prüfungsordnung betrifft, so sieht sie unter anderem die Einführung einer Zwischenprüfung nach dem 3. Semester vor und die Einführung der Regelstudienzeit von 6 Semestern.

In Hannover führten rund 2000 niedersächsische PH-Studenten am 1.6. eine Demonstration und Kundgebung gegen die Verschärfung der Prüfungen und die politische Disziplinierung an den niedersächsischen PHs durch.

In Baden-Württemberg, wo nach einem Erlaß des Kultusministeriums die Einführung eines eigenen Prüfungssemesters geplant ist, hatte die Landesastenkonferenz der PH-Studenten den Kultusminister aufgefordert, diesen Erlaß bis Pfingsten zurückzuziehen. Bereits vor Pfingsten hatten sich in einer Urabstimmung an der PH Freiburg bei einer Wahlbeteiligung von 50 % über 90 % der Studenten für einen Streik vom 14. bis 19.6. ausgesprochen. An der PH Karlsruhe wurden in den Lehrveranstaltungen Fahrkarten für die GEW-Demonstration am 21.6. in Stuttgart verkauft. Eine Vollversammlung der PH Heidelberg beschloß am 15.6., am darauffolgenden Tag alle Lehrveranstaltungen zu boykottieren. Die Maßnahmen der PH-Studenten richten sich nicht nur gegen die Verschärfung der Prüfungsordnung, sondern auch gegen den Plan der Landesregierung, Lehrer als Teilzeitbeschäftigte einzustellen.

Um die Durchsetzung der Regelstudienzeit geht es u.a. auch bei der Einführung eines Prüfungssemesters in Baden-Württemberg. An dem folgenden Telefongespräch, das ein Student der PH Heidelberg mit einem Beamten namens Boog des Kultusministeriums in Stuttgart führte, wird deutlich, wie der bürgerliche Staatsapparat über das Zusammenwirken von Prüfungsordnungen und Ausbildungsförderung den Druck auf die Studenten und die Konkurrenz unter den Studenten verschärft.

Was dieses Telefongespräch betrifft, so wurde es auf einer Vollversammlung von 400 Heidelberger PH-Studenten vorgespielt. Im Anschluß an diese Vollversammlung entschlossen sich die Studenten, dem Kultusministerium ihre verabschiedete Resolution gegen den neuen Prüfungserlaß und das Ultimatum, den Erlaß bis Pfingsten zurückzuziehen, telefonisch durchzugeben. Wie sich bei dem Anruf prompt herausstellte, war das Kultusministerium mittlerweile über das Rektorat darüber informiert worden, daß das am Vormittag geführte Telefongespräch auf Tonband mitgeschnitten und in der Vollversammlung vorgespielt worden war.

H.: Ich habe Fragen zur Änderung der Prüfungsordnung an der PH. Es hängt ein Aushang da, daß im Wintersemester keine Prüfung mehr ist.
Boog: Da müssen Sie zum Prüfungsamt, dort, zur Außenstelle. Nicht irgendwelche Studenten hören, die da nicht Bescheid wissen. Sehen Sie, es ist so, es ist im Frühjahr (schon am Ende des Wintersemesters) keine Prüfung. Und zwar, weil ein Prüfungssemester eingeführt wird, ein sogenanntes Prüfungssemester. Es wird im Anschluß an das Semester die Prüfung gemacht.
H.: Soweit ist mir das schon klar. Nur, es sind doch viele Studenten da, die jetzt unbedingt im Wintersemester fertigmachen wollen.
Boog: Ja, das können Sie ja jetzt im Sommer.
H.: Ja, aber die im Wintersemester fertig machen wollen. Und die sind dann im nächsten Sommersemester vielleicht schon im achten Semester und kriegen dann kein BAFöG mehr.
Boog: Ja, sie kriegen ihr BAFöG fürs siebte Semester.
H.: Aber wenn man dann halt keine Prüfung im Wintersemester machen kann, sondern erst im Sommer, dann ist man schon im achten.
Boog: Man hat ja die Chance, bereits nach dem sechsten das zu machen. Die Regelstudienzeit beträgt sechs Semester.
H.: Ja, aber man konnte ja nicht wissen, daß die Prüfung im Winter nicht stattfindet.
Boog: Wir bemühen uns ja drum, daß das BAFöG bezahlt wird, und wir haben die besten Aussichten, daß das im siebten Semester bezahlt wird. Bis an die Prüfung heran.
H.: Aber im achten bekommt man kein Geld mehr.
Boog: Im achten nicht. Aber das braucht man ja dann auch nicht.
H.: Doch, wenn man da erst die Prüfung macht.
Boog: Sie müssen ja davon ausgehen, die Regelstudienzeit ist sechs Semester. Wenn dann ein siebtes Semester kommt, machen Sie da die Prüfung (also im Prüfungssemster), und dann wird das bis dahin bezahlt.
H.: Aber wenn ich jetzt im Wintersemester die Prüfung nicht machen kann, dann bin ich im Sommersemester ja im achten.
Boog: Aber da studieren Sie ja gar nicht mehr, da machen Sie ja die Prüfung.
H.: Aber da brauch ich auch Geld zum leben.
Boog: Und das dauert ja gar kein ganzes Semester.
H.: Aber immerhin drei Monate.
H.: Aber da brauch ich auch Geld zum leben.
Boog: Und das dauert ja gar kein ganzes Semester.
H.: Aber immerhin drei Monate.
(...)
H.: Für die Studenten wird es aber immer schwieriger, in sechs Semestern hinzukommen, und wenn man das nicht schafft, dann macht man im achten Semester Prüfung und wer BAFöG hat, der kriegt während der Prüfung dann nicht mehr Geld. Und wer kann dann noch die Prüfung wiederholen?
Boog: Kriegt er bis zum siebten Semester.
H.: Bisher schaffen's die meisten doch nur im siebten Semester, und da kommt dann jetzt anschließend das Prüfungssemester.
Boog: Aber das ist doch denen ihre Sache. Die Regelstudienzeit ist sechs Semester, und es gibt eine Unzahl von Leuten, die in sechs Semestern das schaffen.
H.: Ja, aber wenn man im siebten Semester fertig wird, kann man erst im achten die Prüfung machen. Und kriegt kein Geld mehr. Man müßte im achten Semester wenigstens Geld kriegen.
Boog: Das ist doch kein achtes Semester. Sondern im Anschluß an das Semester findet die Prüfung statt. Und das ist für Leute, die das im Anschluß an das sechste machen, bezahlt.
H.: Und wenn die zum Beispiel durchfallen?
Boog: Klar, das ist jedem sein Vergnügen, sein Bier.
H.: Die Frage ist nur, warum möchten Sie überhaupt das Prüfungssemester einführen?
Boog: Also ich bitte Sie. Das muß ich Ihnen also wirklich jetzt nicht hier vorführen, was dazu geführt hat. Denn da überlegen wir uns ja auch was. Und zwar seit Semestern wird mit den Hochschulen darüber verhandelt, fragen Sie bei Ihrer Hochschule nach. Ich kann das doch nicht jedem einzelnen erklären, alle fünf Minuten ruft einer an! (...)



Heidelberg, 15.6.: Streik der Medizinstudenten gegen die Einführung von Zulassungsbeschränkungen im Präparierkurs, welche vor allem die ersten beiden Semester treffen. Vorausgegangen war eine Streikurabstimmung.

FU-Präsident Kreibich

Jubelfeier für den US-Imperialismus

FU-Präsident Kreibich Jubelfeier für den US-Imperialismus

Vergangenen Freitag wollte der Präsident Kreibich eine Festveranstaltung anläßlich des 200. Jahrestages der Gründung der USA durchführen. Eine Jubelfeier für den US-Imperialisten hatte sich der Präsident Kreibich vorgestellt. Gegen diese Festveranstaltung hatte die Kommunistische Hochschulgruppe die Studenten zum Protest aufgerufen, und der Kampf gegen die Verbrechen des US-Imperialismus hat eine lange Tradition in der Westberliner Studentenschaft.

FU-Präsident Kreibich dagegen wollte es sich nicht nehmen lassen, seine Komplizenschaft mit dem US-Imperialismus feierlich zu begehen. Dazu brauchte er allerdings vier Mannschaftswagen Polizei, um die anwesenden Studenten, die erschienen waren, dieses Fest zu verhindern, aus dem Saal zu prügeln und um vier von ihnen verhaften zu lassen. Gleichzeitig hat dieser Sozialdemokrat ein Fest, das die Kommunistische Hochschulgruppe diesen Freitag auf dem Universitätsgelände zur Feier der Siege der Völker der Dritten Welt veranstaltet, verbieten lassen. Dieses Fest, dessen Erlös dem Kampf des Volkes von Zimbabwe gegen den Imperialismus gespendet werden soll, werden wir durchführen, auch gegen den Willen des Universitätspräsidenten. – (p., Westberlin)

Kiel/Gießen/Hannover. Die Forderungen, die die Medizinstudenten zum Praktischen Jahr erhoben haben, welches nach Willen der Bundesregierung die jetzige Medizinalassistentenzeit ablösen soll, nach einem Ausbildungs- und Tarifvertrag wird von der Schülervertretung der Krankenpflegeschule der Universitätsklinik Kiel, vom Vertrauensleutekörper der Kliniken und vom Bund Gewerkschaftlicher Ärzte in der ÖTV Kiel unterstützt. In einer Grußadresse der Medizinstudenten der Universität Gießen an den Gewerkschaftstag der ÖTV fordern diese gleichzeitig die ÖTV auf, sich für die Forderungen der Medizinstudenten zum Praktischen Jahr einzusetzen. Unterstützt werden diese Forderungen durch den Antrag 526 der Kreisdelegiertenkonferenz Bremen zum ÖTV Gewerkschaftstag. Demgegenüber hat der Hauptvorstand der ÖTV mit dem Antrag 524 zum Gewerkschaftstag, der die ständige Konferenz der Kultusminister auffordert, eine „bundeseinheitliche Ausbildungsordnung“ für das Praktische Jahr zu schaffen, diese Forderungen der Medizinstudenten nicht übernommen. In Niedersachsen hat die Landesregierung mittlerweile einen Mustervertrag für die Regelung des Praktischen Jahres vorgelegt, der weder der Forderung der Studenten nach einem Tarifvertrag, noch der Forderung nach einem Ausbildungsvertrag entspricht. Dieser Mustervertrag muß vom Tisch, ist die einhellige Meinung der Studenten an der Medizinischen Hochschule Hannover.

Baden-Württemberg. Gegen eine neue Studien- und Prüfungsordnung führen die Psychologiestudenten in verschiedenen Universitäten Baden-Württembergs vom 14.6. bis 16.6. einen Warnstreik durch. So in Freiburg und Tübingen.

Aachen. Seit Montag, dem 31.5., führen die Studenten des Psychologischen Instituts Aachen einen Streik durch, wodurch der gesamte Lehrbetrieb zum Erliegen kam. Der Streik richtet sich gegen eine neue Studienverschärfung: Die Einführung einer Klausur in der Übung Diagnostisches Praktikum als zusätzlichem Leistungsnachweis.

Westberlin. Vom 14.6. bis 16.6. führen die Studenten des Fachbereichs Landschaftsplaner an der Technischen Universität Westberlin einen Warnstreik gegen Stellen- und Mittelkürzungen durch.

Köln. Gegen eine neue Prüfungsordnung traten die Studenten der Sporthochschule Köln zu Beginn dieser Woche in einen unbefristeten Streik.

Freiburg. 83 % aller Studenten, die sich an einer Urabstimmung beteiligten (Wahlbeteiligung 35 %) sprachen sich vor Pfingsten an der Universität für die Durchführung eines Streiks in dieser Woche gegen die geplante Zwangssatzung des Rektors aus. Mit der Zwangssatzung sollen den Studenten wichtige demokratische Rechte wie das Recht auf Urabstimmungen und das uneingeschränkte politische Mandat ihrer Vertretungsorgane genommen werden. Der Streik begann Anfang dieser Woche.

Heidelberg. In der letzten Woche führten die Volkswirtschaftsstudenten einen zweitägigen Warnstreik gegen die vom Kultusministerium geplante Studienreform durch. Der Streik war landesweit von der Landesfachschaftskonferenz beschlossen worden. Im Verlaufe des Streiks wurde der Lehrbetrieb lahmgelegt und die Professoren ausgeschlossen, um zu verhindern, daß sie in den Hörsälen ihre Vorlesungen anbieten.

Rundreise der SASM

In Hamburg, Westberlin, Braunschweig, Hannover, Aachen, Köln, Bremen, Kiel und Osnabrück fanden bis jetzt Veranstaltungen mit der Delegation der SASM zur Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Azania statt. An den Veranstaltungen nahmen insgesamt 960 Menschen teil, 4255 Mark wurden gesammelt.

Öffentlich-rechtliche Ausplünderungsanstalten


Dortmund, 14.6.: Drei Mannschaftswagen Bereitschaftspolizei und eine Kradstaffel hatte der Leiter des staatlichen Studentenwerks der Universität, Klinkhammer, auffahren lassen, um das Verbot von Aushängen, Wandzeitungen, Büchertischen und Zeitungsverkauf in der neuen Mensa durchzusetzen. Es klappte nicht. 250 versammelte Studenten erteilten ihm eine Abfuhr und beschlossen einstimmig, daß in der Mensa auch weiterhin unzensiert Wandzeitungen aufgehängt und Büchertische gemacht werden. Ergebnislos und geschlagen mußte Klinkhammer das Feld samt Polizei räumen.

setzen. Es klappte nicht. 250 versammelte Studenten erteilten ihm eine Abfuhr und beschlossen einstimmig, daß in der Mensa auch weiterhin unzensiert Wandzeitungen aufgehängt und Büchertische gemacht werden. Ergebnislos und geschlagen mußte Klinkhammer das Feld samt Polizei räumen.

Über Beiträge zu den Studentenwerken, Erhöhung der Wohnheimmieten und Mensapreise hat der bürgerliche Staat im Verlauf des letzten halben Jahres vielfach die Ausplünderung der Studenten vorangetrieben. Mit dem Boykott der Zahlung von Studentenwerksgebühren, erhöhten Wohnheimmieten und Mensaboykotts haben in vielen Städten Tausende von Studenten den Kampf gegen diese staatliche Ausplünderung geführt. In diesen Auseinandersetzungen traten die Studenten vielfach mit der Forderung nach der Übergabe der Studentenwerke in die Hände der Studenten bei voller Finanzierung durch den Staat auf, während dieser alles daran setzte, die Studentenwerke als Anstalten des öffentlichen Rechts fest in seine Hand zu bekommen. Wie man dem folgenden Material entnehmen kann, hat dies unter anderem schlicht folgenden Grund: Über die Studentenwerke als staatlich verwaltete kann der Staat nicht nur die Kosten der Ausbildung auf die Studenten abwälzen, sondern gleich noch Gewinne aus ihnen ziehen.

Laut den geltenden Grundsätzen des Studentenwerkes Tübingen A.ö.R. müssen Mehrerträge einer Rücklage zugeführt werden, die „nur für Zwecke des Studentendorfes“ ausgegeben werden dürfen. Und Gewinne wurden mit dem Studentenwerk über das Studenten-Wohnheimdorf „Waldhäuser-Ost“ reichlich gemacht.

Die Aufwands- und Ertragsrechnung des Wohnheim dorfes, welche die Schwäbische Treuhand-Aktiengesellschaft für das Studentenwerk machte, sah für die Zeit vom 1. Januar bis zum 30. April folgendermaßen aus: An Einnahmen waren hereingekommen insgesamt 691975,59 DM, wovon der größte Teil, 531590,15 DM, aus Mieten der Studenten bestand.

An Ausgaben fielen aber nur 610270,98 DM an, worunter sich alleine 172298 DM Abschreibungen befinden. An Gewinn entstand so in diesem Zeitraum das Sümmchen von 81704,61 DM oder auf den Monat umgerechnet ein monatlicher Reibach von 20426,15 DM für das staatliche Studentenwerk. Dem Dorfrat der Studenten erschien dieser Sachverhalt schlicht als Mietraub und er richtete eine entsprechende Anfrage an das Studentenwerk.

Folgendes stand unter anderem in der Antwort, welche der Herr Kralewski, Geschäftsführer des Studentenwerks A.ö.R. dem Dorfrat daraufhin mitteilte: „...Sollte sich jedoch erweisen, daß ... die Miete zu Erträgen führt, die der Größenordnung der ersten 4 Monate des Jahres 1975 entsprechen, so wäre das Studentenwerk rechtlich verpflichtet, eine Mietsenkung vorzunehmen.“ (Brief vom 3.12.75)

Aber nichts dergleichen geschah. Als am 6. April 1976 schließlich eine weitere Teilabrechnung für das Jahr 1975, nämlich für die Zeit vom 1. Mai bis 30. Juni, eintraf, stellte sich vielmehr heraus, daß in dieser Zeit die Gewinne des staatlichen Studentenwerkes noch enorm gestiegen waren. Diesmal betrugen sie alleine für die zwei Monate des Abrechnungszeitraumes 71458,43 DM, also 35729,21 DM pro Monat. Das bedeutet, legt man diesen Gewinn auf die Miete der Studenten um, daß jeder Wohnheimbewohner in diesen zwei Monaten 30 DM zu viel bezahlt hat. Eine Endabrechnung für das Jahr 1975 liegt bis heute nicht vor. Man hat es hiermit dokumentarisch, daß die Studentenwerke A.ö.R. nichts sind als öffentlich-rechtliche Anstalten zur Ausplünderung der Studenten.

Die Bundesringtagung der Studierenden des Zweiten Bildungsweges beschloß, daß sich die Studierenden des Zweiten Bildungsweges unter eigenen Forderungen an der Demonstration der VDS am 22.6. beteiligen. Folgende Forderungen wurden aufgestellt: Beibehaltung des 0,5 Bonus! Gegen die Integration des Zweiten Bildungsweges in die Sekundarstufe 2! Gegen Normenbücher! Keine Änderung der Ausbildung ohne Zustimmung der Studierenden! Für kostendeckendes BAFöG, zur Zeit 600 Mark! Keine Darlehensregelung! Gegen Aufnahmetests zum Hochschulzugang! Rücknahme der Sparbeschlüsse im Bildungsbereich! Für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung! Weg mit den Berufsverboten! Für die Einstellung aller Lehrer! Gegen den Abbau des Zweiten Bildungsweges! Erst im zweiten Anlauf, nachdem auf der ersten Sitzung abgelehnt, gelang es den DKP-Vertretern auf einer zweiten Sitzung noch die Forderung, für paritätische Mitbestimmung, durchzusetzen.

Am Widerstand der Mannschaften gescheitert

Übung „Große Woge“ fiel ins Wasser

Hann. Münden. In der Zeit von Ende April bis Anfang Mai, also über den 1. Mai, wurde das 2. Pionierbataillon aus Hann. Münden auf eine Übung geschickt. Ein kluger Kopf der 2. Jägerdivision, der das Bataillon untersteht, hatte ausgetüftelt, daß das Bataillon nach einem Aufenthalt in Ingolstadt über jeden Fluß auf der Rückreise eine Brücke schlagen könne. Das Ganze sollte dann den Namen „Große Woge“ tragen.

Zunächst einmal bestand für die drei Wochen der Übung ein totales Ausgehverbot für sämtliche Mannschaften. Zivilkleidung durfte nicht mitgenommen werden. Dies galt natürlich für Offiziere und höhere Unteroffizierschargen nicht. In Ingolstadt angekommen, zeigte sich, daß diese Herren gleicher als andere waren und des öfteren einen „Zug durch die Gemeinde“ machten, wobei mehrfach einige von den Feldjägern zurückgebracht werden mußten. Aber sie wurden nicht in die miserablen, kalten Quartiere, wie sie den Mannschaften zugeteilt wurden, zurückgebracht, sondern in beheizte Zelte.

Weiterhin bestand Alkoholverbot unter den Mannschaften. Offiziere und Feldwebel schafften sich eine Kinderbadewanne an, zu dem Zweck, daß sie bis oben hin mit Bier gefüllt wurde, um von diesen verlumpten Subjekten auf diversen Feiern ausgesoffen zu werden. Die Römer machten diese Sauferei noch aus Bleibechern, dafür wurden sie auch mit der Zeit impotent. Viele Kameraden haben dieser feinen Gesellschaft ähnliches gewünscht. Am Vorabend des 1. Mai machten sich Offiziere und Feldwebel einen besonderen Spaß und wollten auf einer Pontonbrücke einen Maibaum errichten. Bei den Mannschaften stieß das auf Ablehnung und es widerte viele an, weil am 1. Mai, dem Kampftag der Arbeiterklasse, diese Hampelmänner, deren einzige Aufgabe die Unterdrückung ist, sich zu produzieren versuchten.

Auf der Rückfahrt, dem berüchtigten geplanten Höhepunkt der „Großen Woge“, war das Faß wirklich wogenweise am Überlaufen. Nachdem zunächst noch einmal das Brückenbauen einigermaßen geklappt hatte, begann eine immense Hetze, um die nächsten Brücken zu errichten. Der Herr Oberstleutnant Chefplaner hatte sich zuviel vorgenommen. Eines Abends sollte eine Fähre von der 3. Kompanie eingeholt werden. Die Mannschaften sollten sich bereit halten.

Die Leutnants waren allgemein schon ruhiger geworden, sie schienen ein Gefühl bekommen zu haben für den Haß, der ihnen jetzt entgegenschlug. Eine Gruppe der 3. Kompanie stand beisammen, erzählte sich was und wartete. Es war ziemlich kalt. Die Lastwagen mit den Parkas standen nur hundert Meter entfernt. Trotzdem wurde der Gruppe verboten, sie zu holen. Ein als Schleimer bekannter Unteroffizier kam vorbei und meinte: „Einigkeit macht warm.“ „Nee, stark“, kam eine Stimme aus der Gruppe und wurde ergänzt durch die Worte „Spitzel wollen wir hier nicht.“ Die Wut war groß.

In der 2. Kompanie weigerten sich auch die Mannschaften, eine Fähre einzuholen. Als der Befehl zum Einholen kam, rührte sich keiner. Ein Oberfeldwebel kam gerannt und redete was von Meuterei usw. Genau dazu waren in diesem Moment auch die Kameraden bereit. Sie beachteten die Befehle einfach nicht. Jeder! Erst ein Unteroffizier brachte mit viel Überredungskünsten die Kameraden dazu, die Fähre einzuholen. Die Übung ist mittlerweile vorbei, die Kameraden haben dazugelernt. Die Übung mußte abgebrochen werden, weil die Mannschaften nicht mehr den Zauber mitmachten. So wie in der 3. und 2. Kompanie hat es im ganzen Bataillon ausgesehen.

Die Übung „Große Woge“ war eine große Woge im Bewußtsein der Mannschaften, war die Erkenntnis, daß ohne sie kein Ponton schwimmt und die Militärmaschinerei nicht funktioniert. – (w., Demokratistisches Soldaten- und Reservistenkomitee Münden)



Ihren Zweck konnte die Generalität mit dem Manöver „Große Woge“ nicht erreichen. Die Mannschaften des Pionierbataillons 2 verweigerten den Einsatz bei dem Vorhaben, jeden Fluß auf dem Rückmarsch von Ingolstadt bis Hannoversch-Münden auf Pionierbrücken oder -fähren zu überwinden. Das Bild zeigt die Überquerung der Donau auf einer Pionierfähre im Manöver „Große Rochade“ im vergangenen Herbst.

Zentralisation und beschleunigter Ausbau des MAD

Zügellose Verfolgungstätigkeit des MAD

Die Maschen der Organisationen und Nachrichtendienste, derer sich die westdeutsche Monopolbourgeoisie bedient, um das Volk zu bespitzeln, um eine verdeckte und deshalb um so zügellosere Verfolgungs- und Unterdrückungstätigkeit zu entfalten, soll enger werden. Geplant ist, den MAD („Militärischer Abschirmdienst“), der diese Verfolgungstätigkeit hauptsächlich gegenüber den Soldaten ausführt, zu straffen, weiter zu zentralisieren und vor allem von der Bundeswehr unabhängig zu machen. Der MAD, der eingegliedert ist in die militärische Hierarchie, soll selbständig werden genauso wie der BND (Bundesnachrichtendienst) und der Verfassungsschutz.

Ausgebaut worden ist diese militäri-
Ausgebaut worden ist diese militäri-
sche Verfolgungsbehörde schon lange; das zeigen die Mittel, die vom Bundestag dafür im Bundeshaushalt eingesetzt wurden: In den zehn Jahren von 1959 bis 1969 verdoppelten sich die Ausgaben für den MAD das erste Mal: Die ausgegebene Summe stieg von 573 000 DM auf 1,031 Millionen. Das zweite Mal verdoppelten sich die Ausgaben für den MAD in den vier Jahren von 1969 bis 1973, als 1,988 Millionen ausgegeben wurden. Und für das Jahr 1975 wurden als Ausgaben für den MAD 2,45 Millionen DM beschlossen.

Ausbau und Zentralisation dieser Spitzel- und Unterdrückungsorganisation werden begründet mit der Zunahme an Breite und der revolutionären Richtung der politischen Bewegung unter den Mannschaften.

MAD im Einsatz gegen die Soldatenbewegung

Gegen diese Soldatenbewegung richten sich hauptsächlich die Einsätze der militärischen Spitzelorganisation. Beispiele gibt es dafür in Hülle und Fülle. Die KVZ berichtete am 13. Mai, wie in Oldenburg, einem der größten Standorte der Bundeswehr, zwei MAD-Spitzel zur Überwachung eines Soldaten angesetzt wurden. Sie sollten den Soldaten des Tatbestandes überführen, daß er innerhalb der Kaserne die „Oldenburger Militärzeitung“, die Zeitung des Oldenburger Soldaten- und Reservistenkomitees, verteilt habe und verteile.

Ein anderes Beispiel ist das Vorgehen der MAD-Agentenbei den Mannheimer Fernmeldern. Bei mehreren Soldaten der Ausbildungskompanie 971 führten vor einem Jahr die MAD-Spitzel eine Razzia durch. In der Durchsuchungsanordnung hieß es, es bestehe bei diesen Soldaten der Verdacht, „Angehörige der vom Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW) gesteuerten Antimilitaristischen Gruppe Mannheim (AGM) zu sein, und mit anderen Soldaten konspirativ als Zelle in der Bundeswehr zu arbeiten.“ (KVZ 23/75) Was hatten die Soldaten gemacht? Sie hatten sich das Recht genommen, am 1. Mai 1975 an der Kundgebung des DGB und der sich daran anschließenden Demonstration teilzunehmen. Dabei trugen sie Uniform und Transparente mit ihren Forderungen sowie solche, auf denen sie ihre Solidarität mit den Kämpfen der Arbeiterklasse ausdrückten.

Die Soldaten führen den Kampf gegen ihre vollkommen rechtlose Lage in der Bundeswehr. Sie fordern demokratische Rechte wie das Recht auf freie gewerkschaftliche und politische Betätigung in der Bundeswehr oder das Recht, sich zusammenschließen und versammeln zu können. Die Bourgeoisie kann den Soldaten all diese Rechte nicht geben, sie muß die Soldaten rechtlos halten, weil anders es nicht geht, daß Soldaten aus dem Volk, Arbeiter, eingesetzt werden können für die Interessen der Bourgeoisie und gegen die Interessen des Volkes, also gegen die eigenen Interessen. Der Kampf der Soldatenbewegung um Rechte ist also für die Bourgeoisie Zersetzung ihrer Armee.
rer Armee.

Tatsächlich zersetzt der Kampf der Soldaten um demokratische Rechte den bürgerlichen Militärapparat, der der Kern des bürgerlichen Staatsapparates ist, mit dem die Bourgeoisie ihre Herrschaft über das eigene Volk ausübt, die Ausbeutungsverhältnisse und ihre imperialistische Ausdehnung sichert.

Für die Arbeiterklasse und die Volksmassen hat der Kampf der Soldatenbewegung deshalb eine revolutionäre Richtung. Deshalb unterstützen sie auch den Kampf der Soldaten für ihre Rechte, wie zahlreiche Resolutionen von u.a. gewerkschaftlichen Gremien zeigen, die sich gegen die Bestrafung von Soldaten wenden, die an Mai-Demonstrationen, Aktionen gegen den § 218 u.a. teilgenommen haben.

Die „Vorbeugungsstrategie“ des MAD

Um die Armee gegen solche Zersetzung zu schützen, um die Rechtlosigkeit der Soldaten sicherzustellen, hat die Bourgeoisie die Soldatengesetze und die Disziplinarordnung geschaffen und die „Innere Führung“, deren Knüppel der MAD ist. So ist sein Etat im Bundeshaushalt ausgewiesen unter „Innere Führung“. Das „Weißbuch 1975/76 zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Entwicklung der Bundeswehr“ verschweigt die Tätigkeit des MAD vollständig. Unter Punkt 263 heißt es lediglich: „Die Grundsätze der Inneren Führung bestimmen die innere Ordnung der Bundeswehr. Sie sind Normen und Verhaltensregeln für Vorgesetzte und Untergebene. Sie sichern einerseits die Einsatzbereitschaft der Streitkräfte, andererseits die Rechte der Soldaten.

Die Innere Führung regelt Konflikte und gleicht Spannungen aus, die sich aus der Einschränkung von Grundrechten und den unerläßlichen Besonderheiten des Wehrdienstes ergeben.“

Die Hamburger Zeitung „Die Zeit“ berichtete im April, der MAD verfüge über eine Kartei mit Daten über 3,6 Millionen Personen. Das ist ungefähr die Zahl aller bisher für den Wehrdienst erfaßten Personen. Neben dieser politischen Bespitzelung, die also vom MAD seit eh und je ausgeübt wird, haben die derzeit 2000 Hauptamtlichen Spitzel und Agenten dieser Organisation in den letzten 20 Jahren nach Angaben der Hamburger Zeitung rund 14000 Einsätze gehabt, wovon ein Drittel begründet gewesen sein soll. 900 Personen seien angeklagt und 100 schließlich verurteilt worden. Wie die Zeitung weiter zu berichten weiß, ließ „eine Spezialabteilung sechs linke, konspirativ arbeitende Zellen auffliegen“. Diese vom MAD vermeldeten Erfolge sind großartig! Man bedenke: Zwei Drittel der 14000 Einsätze waren unbegründet! Das heißt: Gegen 9- bis zu 10000 Personen ist der MAD vorgegangen, auf bloßen Verdacht hin. Bei den 14000 Einsätzen sind dann 900 Personen ermittelt worden für eine Bestrafung! Bei 800 dieser Personen stellte sich dann die Haltlosigkeit der ganzen Verdächtigungen heraus! Sie mußten offenbar freigesprochen werden.
den.

Wird weiter die Tatsache berücksichtigt, daß alle Männer im wehrpflichtigen Alter politisch überprüft und die Ergebnisse dieser Überprüfungen gespeichert sind in den Karteien des MAD, dann sieht man sofort, daß diese Organisation tatsächlich eine äußerst zügellose Verfolgungs- und Unterdrückungstätigkeit entwickelt hat. „Vorbeugungsstrategie“ nennt die Hamburger Zeitung diese zügellose Verfolgungstätigkeit, die „durchschlagende Erfolge“ zeitige. „Nicht ein einziges Versagen hat man dem MAD anlasten können“, lobt „Die Zeit“.

Ausdehnung der Tätigkeit auf den „zivilen Sektor“

Die Forderung nach weiterem Ausbau, weiterer Zentralisierung des MAD und nach Unabhängigkeit von der Bundeswehr unterstützt die Zeitung. Sie begründet das mit den „Unterwanderungsversuchen linker Zellen“, weshalb man den militärischen Bereich, für den der MAD eigentlich vorgesehen sei, nicht mehr so recht von dem zivilen trennen könne. Mit der Lösung aus der militärischen Hierarchie ist also eine Ausweitung der Verfolgungstätigkeit bezweckt. Das ist der Kern all dieser Rufe nach Verbesserung des MAD. Wie das zitierte Oldenburger Beispiel zeigt, arbeitet der MAD seit jeher außerhalb der Kasernen, denn der Soldat wurde auch während seiner dienstfreien Zeit bewacht. Das Mannheimer Beispiel zeigt dasselbe: Einer der an der Razzia beteiligten MAD-Agenten erklärte, man habe die Antimilitaristische Gruppe Mannheim seit Monaten beobachtet und überwacht, observieren nennen das die Spitzel. Die Verfolgungs- und Unterdrückungstätigkeit dieser militärischen Organisation bezieht sich schon immer auf die gesamte Gesellschaft, nur während das bisher ziemlich lautlos und verdeckt erfolgen konnte, wird das seit geraumer Zeit immer häufiger entdeckt und verbreitet Unruhe. Besonders steigert es die Empörung der Soldaten, die sich keineswegs einschüchtern lassen durch die MAD-Agenten, sondern den Kampf aufgenommen haben gegen Bespitzelung und Überwachung.

Die Soldaten stehen in ihrem Kampf nicht allein. Sie haben die Solidarität der Arbeiterklasse und der Volksmassen, das beunruhigt die Bourgeoisie und ihre Generale. (g.)

25 Jahre Bundesgrenzschutz

Söldner „auf Lebenszeit“

„Wer heute die frischen jungen Grenzjäger auf unseren Flughäfen oder an unseren Grenzen Dienst tun sieht, der kann sich nur empören über das Zerrbild des Bundesgrenzschutzes, wie es gelegentlich in voreingenommenen Presseberichten, auch kürzlich wieder, entworfen worden ist.“ Das erklärte Polizeiminister Maihofer in seiner Rede beim Festakt aus Anlaß des 25-jährigen Bestehens des Bundesgrenzschutzes am 18. Mai 1976 in Bonn-Bad Godesberg. Vier Tage zuvor hatte der Bundesrat das „Gesetz über die Personalstruktur des Bundesgrenzschutzes“ verabschiedet. Dieses Gesetz markiert den Abschluß der Umwandlung des Bundesgrenzschutzes (BGS) in eine Polizeitruppe in der Verfügungsgewalt der Bundesregierung für den Einsatz im Inneren.

Inhalt des Personalstrukturgesetzes ist die Streichung des „einfachen Dienstes“ im Bundesgrenzschutz und die Angleichung der Laufbahnen des „Polizeivollzugsdienstes im Bundesgrenzschutz“ an die des „Polizeivollzugsdienstes der Länder“. Das bedeutet, daß damit das „Lebenszeitprinzip“ im Bundesgrenzschutz eingeführt ist und Wehrpflichtige zum Beispiel nicht mehr zum BGS eingezogen werden können. Maihofer hofft „auf eine noch höhere Anziehungskraft für qualifizierte Bewerber“. Der BGS stehe schon heute besser da, als je zuvor in seiner 25-jährigen Geschichte, rühmte der Minister. „Er hat mit über 21000 Mann nicht nur die größte Stärke, sondern er wird schon im Herbst dieses Jahres, nachdem die Dienstanfänger des vergangenen Jahres ihre Grundausbildung abgeschlossen haben werden, den besten Ausbildungsstand erreicht haben.“ Ausgebildet werden die BGS-Polizisten vor allem für den Einsatz im Inneren. Der Einsatz des BGS im Inneren durch die Bundesregierung ist geregelt durch die Notstandsgesetzgebung von 1968 sowie das Bundesgrenzschutzgesetz vom 18. Mai 1972, in dem diese Aufgaben besonders festgelegt worden sind. Insbesondere kann danach der BGS zur Unterstützung der Polizeien der Länder herangezogen werden. Im Jahre 1975 „waren täglich über 1000 Polizeivollzugsbeamte im BGS zur Unterstützung der Polizeien der Länder eingesetzt“, heißt es im „BGS-Tätigkeitsbericht 1975“.

In einer gesonderten Mitteilung über die Verabschiedung des Personalstrukturgesetzes stellt die Regierung fest: „Trotz der finanziellen Verbesserungen wird das Gesetz auf längere Sicht zu einer Kosteneinsparung führen. Mit dem Verzicht auf zeitlich begrenzte Dienstverhältnisse werden nämlich die verhältnismäßig hohen Kosten für Berufsförderungsmaßnahmen (Ausbildung für andere Berufe) und finanzielle Übergangshilfen künftig entfallen.“ Das versteht sich: Ein Söldner muß schießen können und treffen. Ansonsten muß er Instrument sein, willenlos, rechtlos, jederzeit zu Diensten für die Interessen der Bourgeoisie. Eine Tätigkeit, die ihn nützlich macht für das Volk, darf er nicht erlernen, weil das seine jederzeitige Einsatzbereitschaft gegen das Volk gefährden würde.

6 DM zahlen oder 6 kg Gepäck schleppen

Oldenburg. Unsere Kompanie mußte vor kurzem vier Stunden Nachtausbildung nachholen. Alsdann wurde befohlen, daß wir während der Nachtausbildung die Wahl hätten zwischen einem Leistungsmarsch mit 6 kg Gepäck über 20 Kilometer oder demselben Marsch ohne Gepäck, wofür dann jedoch 6 DM zu zahlen wären. Der Marsch wurde dann im Rahmen des Ellwanger-Marsches durchgeführt und die 6 DM waren bestimmt für das Soldatenhilfswerk.

Hieran läßt sich erkennen: Die Bundeswehr weiß sehr genau, daß ihre Soldaten nicht freiwillig spenden, denn ihr geringer Wehrsold zwingt sie dazu, mit jeder Mark zu rechnen. Mit erpresserischen Mitteln versucht die Kompanieführung daher, den Kameraden den letzten Groschen aus der Tasche zu holen. Obwohl wir nicht den geringen Wehrsold festsetzen, sondern darüber empört sind, sollen wir auch noch für die Notfälle, die aus dem geringen Wehrsold entstehen, spenden. Es ist daher berechtigt, wenn die Soldaten sich weigern, mit ihrem Wehrsold fehlende Ausgaben des Staates für die Wehrdienstleistenden auszubügeln.

aus: Oldenburger Militärzeitung

Auszug aus dem Artikel: „Die Wirtschaft der Volksrepublik Albanien widersteht erfolgreich der imperialistisch-revisionistischen Blockade“ (Albanien heute 2/76)

Albanien: „Die sozialistische Landwirtschaft entwickelt sich rasch“

Die Volksrepublik Albanien ist eines der wenigen Länder der Welt ohne Steuern und Gebühren, wo alle Dörfer elektrifiziert sind, die Vollbeschäftigung gesichert ist und die Preise stabil sind. Kaum ein anderes Land hat, trotz der schweren Wirtschaftskrise der kapitalistisch-revisionistischen Welt, eine so stabile Wirtschaft.

Im Bereich der industriellen Entwicklung verfolgte die Partei der Arbeit Albaniens die Politik, die sozialistische Industrialisierung des Landes in raschem Tempo fortzusetzen. Daß eine korrekte Politik zur raschen industriellen Entwicklung befolgt und der Produktion von Produktionsmitteln Vorrang eingeräumt wurde, vor allem den Schlüsselsparten, wie der Grundstoffindustrie, Energieerzeugung, Metallverarbeitung, Chemie usw., daß alle inneren Ressourcen eingesetzt wurden, hatte eine starke, konstante und rasche industrielle Entwicklung zur Folge und machte die Industrie zum führenden Zweig unserer sozialistischen Wirtschaft. (Zusammengefaßt drückt sich dies darin aus, daß das Volumen der industriellen Gesamtproduktion Albaniens heute gegenüber 1960 auf das 3,7fache angewachsen ist, mit einer jährlichen Zuwachsrate von 9,8 Prozent.) Infolge der stürmischen industriellen Entwicklung kommt die Industrie heute für 45 Prozent des im Lande erzeugten Nationaleinkommens auf.

(...)

Nach 1960 versuchten die modernen Revisionisten mit allen Mitteln, die industrielle Entwicklung Albaniens zu hemmen. Sie wollten damit seine wirtschaftliche Unabhängigkeit schwächen und die konsequente Anwendung des Prinzips, sich auf die eigenen Kräfte zu stützen, ganz unmöglich machen. Ohne die rasche Entwicklung der Industrie wäre es selbstverständlich unmöglich gewesen, die wirtschaftliche Unabhängigkeit zu gewährleisten.

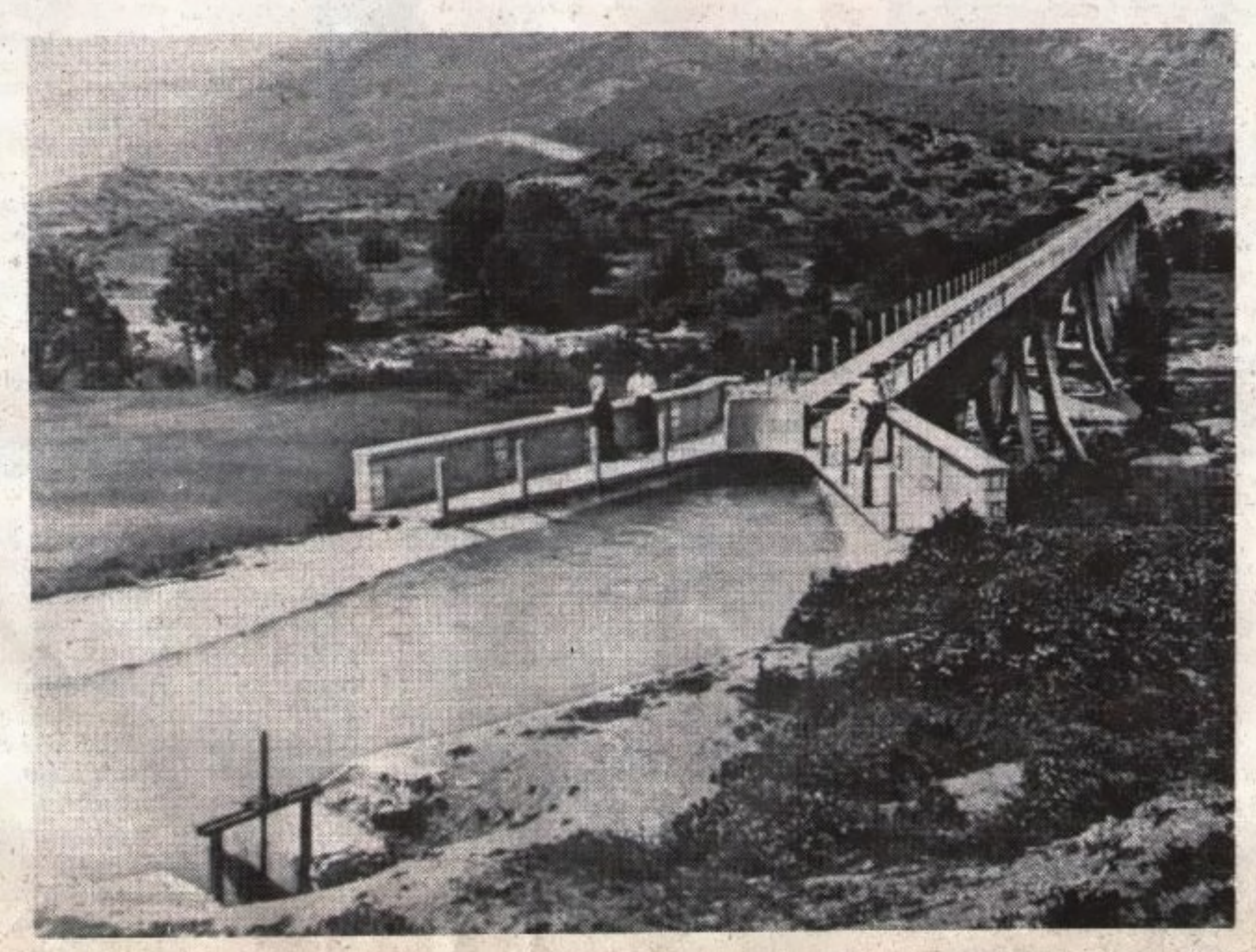
Aber trotz der Bemühungen der Revisionisten und der inneren Feinde, die stürmische Entwicklung der Industrie nach 1960 aufzuhalten, erntete die albanische Industrie in dieser Zeitspanne ihre größten Erfolge. So war das Produktionsvolumen 1974 gegenüber 1960 auf das 3,71fache angewachsen, mit einer jährlichen Zuwachsrate von 9,8 Prozent.

(...)

Eine weitere Richtung, wo sich deutlich die Anwendung des Prinzips, sich auf die eigenen Kräfte zu stützen, zeigt, ist die allgemeine Richtlinie, auch bei der Entwicklung der Landwirtschaft rasch voranzuschreiten. Genosse Enver Hoxha hat betont, daß die albanische Wirtschaft,

schaft rasch voranzuschreiten. Genosse Enver
Hoxha hat betont, daß die albanische Wirtschaft,

um stark zu sein, auf zwei Beinen gehen muß, einer entwickelten Industrie und einer fortgeschrittenen Landwirtschaft. Das sind die beiden Zweige, die das selbständige Potential der Wirtschaft steigern, die ökonomische und politische Unabhängigkeit des Landes festigen und seine Verteidigungskraft erhöhen. Wenn aber die Industrie gesondert von der Landwirtschaft entwickelt wird, dann wird die Wirtschaft bestimmt auf Schwierigkeiten stoßen, einen einseitigen Charakter erhalten, bei den landwirtschaftlichen Erzeugnissen und den damit verbundenen Produkten, die die Bevölkerung so notwendig braucht, vom Ausland abhängig sein und von der Konjunktur des ausländischen Marktes beeinflußt werden. Darauf ist die korrekte Politik zurückzuführen, die die Partei der Arbeit Albaniens verfolgt, um eine harmonische Entwicklung von Industrie und Landwirtschaft zu gewährleisten.



Auf dem Gebiet der künstlichen Bewässerung ist Albanien führend in der Welt. Fast zwei Drittel der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche werden bewässert.

Dank dieser Politik entwickelt sich unsere sozialistische Landwirtschaft nach wie vor rasch, wird immer mehr intensiviert, deckt heute immer besser den Bedarf der Industrie an Rohstoffen und der Bevölkerung an pflanzlichen und tierischen Erzeugnissen und steigert ständig den Export. Klarer Ausdruck davon, daß das Prinzip, sich auf die eigenen Kräfte zu stützen, befolgt wurde, ist auch der Vorrang, der im Rahmen der landwirtschaftlichen Kulturen nach wie vor der Produktion von Brotgetreide eingeräumt wird, um den Brotbedarf im Lande zu decken. Das wird als eine Frage von großer Bedeutung betrachtet, um die wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit des Landes zu festigen.

Die Partei der Arbeit Albaniens verfolgte konsequent die Linie der Intensivierung der Landwirtschaft, ohne den extensiven Weg zu vernach-lässigen. Sie traf Maßnahmen, um ihre Versor-

lässigen. Sie traf Maßnahmen, um ihre Versor-

gung mit technischen Geräten und Anlagen und ihre Chemisierung zu steigern, und machte die Landwirtschaft zur Sache des ganzen Volkes. Sie hat dabei fortwährend die werktätigen Massen mobilisiert, um alle Ressourcen zu nutzen, mit denen die landwirtschaftliche Produktion gesteigert werden kann. Durch diese Maßnahmen ist das Volumen der landwirtschaftlichen Produktion von 1960 bis 1974 auf das 2,2fache angestiegen, mit einer jährlichen Zuwachsrate von 5,3 Prozent. Einen solchen Erfolg kann kaum ein anderes Land aufweisen. Als Beweis dafür seien nach Angaben der internationalen Statistiken die Indexe der Zunahme des landwirtschaftlichen Produktionsvolumens und die entsprechenden jährlichen Zuwachsraten für die Zeitspanne 1965–1973 miteinander verglichen. (Die Daten wurden nach dem „Statistical Yearbook“, 1974, United Nations, S. 23–24 berechnet.)

Gebiete der Welt	1973 gegenüber 1965 in Prozent	
	Index	jährl. Zuwachsrate
Albanien	151	5,3
kapitalistische Industrieländer	117,3	2
Westeuropa	119,4	2,2
revisionistische Länder	140	4,3

Diese Daten zeigen deutlich, daß die jährliche Zuwachsrate der landwirtschaftlichen Produktion in den Jahren 1965–1973 in Albanien um 165 Prozent höher als in den kapitalistischen Industrieländern, 23 Prozent höher als in den revi-sionistischen Ländern war usw. Das ist die an-

sionistischen Ländern war usw. Das ist die an-

schaulichste Darstellung der großartigen Erfolge, die in der Landwirtschaft dank der korrekten Politik der Partei der Arbeit Albaniens erzielt wurden, dank der konsequenten Anwendung des Prinzips, sich auf die eigenen Kräfte zu stützen, und dank des allseitigen selbstlosen Einsatzes der Genossenschaftsbauern.

Die Maßnahmen der Partei und der Regierung der Volksrepublik Albanien bestehen in folgendem: Erstens, die motorisierte Zugkraft der Landwirtschaft wurde gesteigert. Im Jahr 1974 war die motorisierte Zugkraft der Landwirtschaft, auf 15-PS-Traktoren umgerechnet, um 3,37 mal größer als 1960. Während die technische Ausrüstung der Landwirtschaft verbessert wurde, wurde aber keinen Augenblick die lebendige Zugkraft, besonders die Zucht von Zugochsen vernachlässigt, weil diese für die Landwirtschaftliche Genossenschaften sehr wichtig sind.

Zweitens, wurde die weitere Chemisierung der Landwirtschaft verwirklicht. Die stürmische Entwicklung der chemischen Industrie ermöglichte, daß 1974 die Verwendung von Kunstdüngemitteln auf das 8fache von 1960 gestiegen war.

Drittens war durch die Steigerung der Bewässerungskapazität der Landwirtschaft 1974 eine 2,37 mal so große Fläche wie 1960 mit Bewässerungsanlagen versehen. Das ist für die Bedingungen Albaniens sehr wichtig, wo im Sommer die Niederschlagsmenge sehr gering ist.

Viertens wurde die Organisation der landwirtschaftlichen Produktion verbessert und wurden die fortgeschrittene Erfahrung und die wissenschaftlichen Methoden in jeder Landwirtschaftlichen Genossenschaft verbreitet.

All diese Maßnahmen, verbunden mit der selbstlosen Arbeit der werktätigen Massen unter der Führung der Partei der Arbeit, zeitigten ihre Ergebnisse und wirkten sich in der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, vor allem der Erträge der landwirtschaftlichen Kulturen aus. Der Hektarertrag von Weizen wuchs 1974 im Vergleich zu 1960 auf das 2,93fache an, von Mais auf das 2,7fache usw.

Die konsequente Anwendung des großen revolutionären Prinzips, sich auf die eigenen Kräfte zu stützen, führte nicht nur zu ausgezeichneten Ergebnissen in der Industrie und Landwirtschaft, sondern in allen anderen Wirtschaftssparten. Das ist an der proportionalen Entwicklung der gesamten Wirtschaft, besonders am hohen Entwicklungstempo der Bautätigkeit zu sehen. Die Baubetriebe Albaniens sind jetzt imstande, den Bau von Riesenwerken in Angriff zu nehmen, wie das Hüttenkombinat in Elbasan und das Wasserkraftwerk von Fierza. Das ist auch an der starken Entwicklung des Verkehrswesens, der Kommunalwirtschaft, des Handels, des Bildungswesens und des Gesundheitswesens zu sehen.

Diese stürmische Entwicklung drückt sich schließlich in der fortwährenden Hebung des Wohlstandes der werktätigen Massen aus. In den kapitalistischen und revisionistischen Ländern ist es für die werktätigen Massen täglich schwerer, sich das Notwendigste zum Leben zu beschaffen. In unserem Land wächst jedoch der Wohlstand der werktätigen Massen ununterbrochen. Der Konsumtionsfonds pro Kopf der Bevölkerung war 1974 gegenüber 1960 auf das Doppelte angewachsen, also mehr als die Bevölkerung zugenommen hat. Unser Land ist eines der wenigen Länder der Welt ohne Steuern und Gebühren, wo alle Dörfer elektrifiziert sind, die Vollbeschäftigung gesichert und die Preise stabil sind. Man kann kaum ein anderes Land auf der Welt finden,

gung gesichert und die Preise stabil sind. Man
kann kaum ein anderes Land auf der Welt finden,

wo die Verkaufspreise trotz der schweren Krise, die die kapitalistisch-revisionistische Welt heimgesucht hat, so stabil sind wie in Albanien. Das ist ein Beweis der Überlegenheit des sozialistischen Systems und der korrekten Politik der Partei der Arbeit Albaniens, die das Prinzip, sich auf die eigenen Kräfte zu stützen, konsequent anwendet.

Gerade deshalb hat Genosse Enver Hoxha gesagt: „Die historische Erfahrung im allgemeinen und die Realität unseres Landes im besonderen, die gegenwärtigen Erfolge, die das sozialistische Albanien erzielt hat, bestätigen erneut die Richtigkeit des großen marxistisch-leninistischen Prinzips, daß der innere Faktor in der Revolution und beim Aufbau des Sozialismus entscheidend ist und daß sich das Volk bei seinem ganzen Tun stets auf die eigenen Kräfte stützen muß.“ (E. Hoxha, Berichte und Reden, 1969–1970, S. 213–214) – (Aus: Albanien heute 2/1976)

Stellungnahme der Einheitspartei Islands/Marxisten-Leninisten

„Die isländische Regierung macht einen Kuhhandel mit den Imperialisten“

Im folgenden veröffentlichen wir Auszüge aus zwei Stellungnahmen der Kommunistischen Einheitspartei Islands/Marxisten-Leninisten (EIK/ML) zum Fischereiabkommen zwischen Island und Großbritannien.

„Die Kommunistische Einheitspartei Islands/Marxisten-Leninisten (EIK/ML) verurteilt scharf das Abkommen zwischen der isländischen Regierung und den britischen Imperialisten, britische Trawler weiterhin innerhalb der isländischen 200-Meilen-Zone fischen zu lassen.

Die isländische Arbeiterklasse und das arbeitende Volk haben folgenden klaren Standpunkt:

– Das isländische Volk verteidigt das Recht seines Landes auf die Nutzung seiner eigenen Naturreichtümer.

– Das isländische Volk fordert den Schutz seiner Fischbestände und kämpft gegen die Raubfischerei fremder Imperialisten und einheimischer Monopole und Kapitalisten.

– Das isländische Volk fordert, daß kein Fischereiabkommen mit ausländischen Staaten innerhalb der Fischereigrenze geschlossen wird. Es verlangt die volle Kontrolle über die 200-Meilen-Zone.

Die Politik der isländischen Regierung und der Monopole gegenüber den britischen Imperialisten ist eng verbunden mit der Profitjagd der schnell expandierenden isländischen Kapitalisten. Die Regierung will die Ratifizierung des Artikels 6 im EWG-Abkommen von 1974 über den Handel zwischen der EWG und Island. Dieser Artikel beinhaltet eine „Verbesserung“ der Zollbestimmungen zwischen den betroffenen Ländern (Export/Import), und er soll, wie es heißt, erst ratifiziert werden, wenn ein „annehmbares Abkommen zwischen der BRD, Großbritannien und Island“ getroffen worden ist.

Auf diese Weise ist die Regierung bereit, einen großen Teil der Fischvorkommen in isländischen Gewässern zu verkaufen, um den Fischereimonopolen auf Island ein paar Vorteile zu sichern.

Gleichzeitig ist die Bourgeoisie und die Regierung erschreckt von dem wachsenden, militanten Kampfwillen des isländischen Volkes. Die Regierung ist erschreckt von der wachsenden Opposition gegen den NATO-Block und die amerikanische Militärbasis auf Island. Der Konflikt zwischen Island und Großbritannien hat entlarvt, daß weder die NATO noch der Stützpunkt der USA der isländischen Arbeiterklasse und dem Volk nützen, sondern daß sie nichts anderes sind als eine Speerspitze des USA-Imperialismus und eine Leibwache für die isländische Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse und das Volk.

Der Streit auf der Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen hat die sich verstärkende Konkurrenz zwischen den beiden Supermächten USA und Sowjetunion zutage gefördert, die die Völker der Welt mit ihren Kriegsvorbereitungen bedrohen. Die Supermächte sind gegen unseren Kampf, weil sie selbst Interesse an der Herrschaft über die Meere und an der Ausbeutung der Rohstoffe haben. Der Kampf um die isländische Fischereigrenze ist deshalb ein Kampf gegen die isländische Bourgeoisie, gegen den britischen Imperialismus und gegen die beiden Supermächte.

Unsere Forderungen heißen:

Kein Abkommen mit Großbritannien und der EWG! Alle britischen Schiffe raus aus der isländischen Fischereizone! Island raus aus der NATO – weg mit dem Stützpunkt der USA! Solidarität im Kampf gegen die Supermächte und gegen jede Form des Imperialismus!“ (Nach: Klassekampen, 9. Juni)

Der Generalsekretär der EIK/ML Ari T. Gudmundsson stellt in einem Interview u.a. fest:

„Das Abkommen ist eine Kapitulation vor und ein Kuhhandel mit dem Imperialismus von seiten der isländischen Regierung. Die Stimmung hier auf Island ist völlig klar, wie sie es schon lange gewesen ist: **Kein** Abkommen mit imperialistischen Ländern über die Ausbeutung unserer knappen Ressourcen. Der Fisch innerhalb der 200-Meilen-Zone gehört **uns**. Es gilt jetzt eine schlagkräftige Volksfront gegen den weiteren Raubbau und die Kapitulationspolitik der rechtsgerichteten Regierung aufzubauen. Die Stimmung im Volk ist militant, und der Kampf wird weitergehen.

Die isländische Regierung ist lange hart bedrängt worden von den Interessen der Monopole auf Island und dem Imperialismus auf der einen Seite und dem Kampf des Volkes gegen die britische Raubfischerei und dem wachsenden Widerstand des Volkes gegen die NATO auf der anderen Seite. Nun versucht die Regierung den Kampf dadurch zu beenden, daß sie sich mit dem raubgierigen Imperialismus der britischen Trawler-Besitzer und der Labour-Regierung versöhnt. Die Abmachungen sind zwar besser als die Zustände vorher, als die britischen Trawler unter dem Schutz von Kriegsschiffen ihre Raubfischerei betreiben konnten, aber ein Kniefall sind sie dennoch.

Der Kuhhandel mit dem Imperialismus, den die Regierung betreibt, wird den Kampfwillen der Fischer und Arbeiter Islands nicht schwächen. Wir müssen diesem Kampf so schnell wie möglich eine organisierte Form geben. Die Anfänge dazu sind bereits gemacht.“ (Nach: Klassekampen, 1. Juni)

Schweden: Die Arbeiter verteidigen das Streikrecht

In Schweden ist ein von der Regierung eingebrachtes Gesetz verabschiedet worden, das angeblich die Rechte der Gewerkschaften erweitert, in Wirklichkeit aber ein scharfer Angriff auf das Streikrecht ist. Er erleichtert die Entlassung von Streikführern, verbietet Solidaritätsaktionen anderer Betriebe, von Gewerkschaftsgremien usw., droht die Erhöhung von Bußgeldern an und erweitert das Recht der Kapitalisten auf Aussperrung. Die Arbeiter und Angestellten sehr vieler Betriebe haben mit einem wahren Proteststurm auf das neue Gesetz reagiert. Die Erbitterung war besonders groß deshalb, weil das Volk dieses Gesetz seiner sogenannten Arbeiterregierung unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Palme verdankt. – (Nach Berichten in schwedischen Zeitungen)

Volksbefreiungskrieg in Zimbabwe

Die Schläge des bewaffneten Kampfes zeigen Wirkung

Für den 23. oder 24. Juni ist ein Treffen zwischen dem Außenminister des US-Imperialismus und dem Regierungschef des südafrikanischen Rassistenregimes Vorster angesetzt. Das Treffen wird von der Bundesregierung organisiert und sollte in Hamburg stattfinden. Inzwischen soll es wieder verlegt werden. Wahrscheinlich wird es irgendo unter strenger Geheimhaltung durchgeführt.

„Autonomie“ unter Oberherrschaft der Rassisten und des Imperialismus

Gegenstand der Verhandlungen ist ein Plan Kissingers, Zimbabwe, das derzeit noch unter der Herrschaft des rhodesischen Siedlerregimes steht, weiterhin für die imperialistische Ausplünderung zu sichern. Zu diesem Zweck sieht der Plan vor, dem Volk von Zimbabwe, das vollständig rechtlos von den 278000 weißen Siedlern gehalten wird, eine Art „Autonomie“ zu geben. Diese Autonomie soll aber nicht die Herrschaft der Mehrheit sein in Zimbabwe, die von dem Volk gefordert wird und sich ausdrückt in der Forderung nach „Mehrheitsregierung jetzt“. Diese Autonomie soll bedeuten, daß neben dem Siedlerregime die schwarze Bevölkerung eine „eigene“ Verwaltung erhält, die aber unter der Kontrolle und der Oberherrschaft des Siedlerregimes bleibt. Weiter sieht dieser Plan auch Mittel vor, die zum Einsatz kommen sollen, wenn diese „Lösung“ scheitert: Dieser Zustand Zimbabwes, die Oberherrschaft des rhodesischen Siedlerregimes über die sich „selbstverwaltenden“ sechs Millionen Afrikaner, soll garantiert werden vom US-Imperialismus und dem südafrikanischen Rassistenregime. Das bedeutet, daß beide sich die jederzeitige Intervention in Zimbabwe sichern wollen. So etwa kann man die Absichten aus den verschiedenen Zeitungen erschließen. An der Tatsache, daß dieser Plan unter der Schirmherrschaft des westdeutschen Imperialismus ausgeheckt werden soll, sieht man gleich die interessierten Dritten: Der westdeutsche Imperialismus ist direkt im südlichen Afrika an der Konterrevolution beteiligt. Das beweist die Tatsache, daß in Hamburg, arrangiert von der Bundesregierung, die Beratungen über den Kissinger-Plan durchgeführt werden.

Warum die Imperialisten zu einer „Lösung“ in Zimbabwe kommen wollen, enthüllte ein Artikel in der westdeutschen Kapitalistenzeitung „Blick durch die Wirtschaft“. Dort war am 10. Juni zu lesen: „Rhodesische Wirtschaft unter Terroristendruck. Schwierigkeiten mit dem Abtransport von Exportgütern. Die Investitionsbereitschaft ist dahin. Der größte Teil der waffenfähigen weißen Arbeitnehmer ist zum Kriegseinsatz eingezogen worden. Die Regierung hat Pensionäre, besonders aber die Ehefrauen aufgefordert, die Position der Reservisten am Arbeitsplatz einzunehmen. Rhodesiens Wirtschaft steht im Zeichen des ‚totalen Kriegseinsatzes‘.“

Das rhodesische Siedlerregime steht mit dem Rücken an der Wand. Es hat jetzt mit seiner Luftwaffe das Grenzgebiet der Volksrepublik Mozambique bombardiert. Gegen das Volk von Zimbabwe hat es einen Vernichtungskrieg begonnen. So soll auch der Kissinger-Plan durchgesetzt werden, der jetzt in Hamburg beraten wird.

Der Befreiungskampf: Die Transportwege sind unsicher

Was sich ereignet hat und täglich ereignet, beschreibt die englische Zeitung „The Guardian“ am 3. Juni: „In den vier Monaten, seitdem die Nationalisten die letzte Stufe ihrer Offensive in Rhodesien eingeleitet haben, hat sich der Krieg mit großer Heftigkeit entwickelt.“ Zuerst haben die Zimbabwe-Befreiungskämpfer alles daran gesetzt, die Transport- und Verbindungswege in Zimbabwe und die Eisenbahnlinien nach Südafrika zu zerstören, berichtet die Zeitung. Dabei sind die beiden Eisenbahnlinien nach Südafrika insgesamt viermal gesprengt worden. Außerdem wurde die Armee des Siedlerregimes gezwungen, das „Konvoi-System“ einzuführen. Das bedeutet, daß auf Straßen innerhalb Zimbabwes alle Transporte mit Militärbegleitung vorgenommen werden müssen. Niemand kann sich ohne Militär mehr auf den Straßen Zimbabwes bewegen. Das bereits zeigt den großen Fortschritt, den der Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe gegen die weiße Siedlerherrschaft genommen hat. Die englische Zeitung erklärt: Dieses Konvoi-System erfordert zur Sicherung der Transporte und der Straßen eine große Zahl von Männern, die der Wirtschaft entzogen werden. Außerdem hat die Unsicherheit auf den Straßen dazu geführt, daß heute keine Touristen mehr nach Zimbabwe kommen, was, so das englische Blatt, weitere Einbußen für die Wirtschaft mit sich bringt.

Die Plantagen und Pflanzungen werden angegriffen

Aber weiter! Nachdem dieser Erfolg erreicht worden ist, sind die Befreiungskämpfer dazu übergegangen, die großen Pflanzungen der Siedler anzugreifen. Schwerpunkt der Operationen gegen die Plantagen der weißen Rassisten ist das östliche Hochland, eine überaus fruchtbare Region, wo die Weißen auf dem den Schwarzen geraubten Land riesige Obst- und Teeplantagen angelegt haben und Pflanzungen einer besonderen tropischen Holzart unterhalten, die sie teuer auf den europäischen Märkten verkaufen. Ein zweites Zentrum der Operationen gegen die weißen Grundbesitzer ist der Südwesten, wo es ausgedehnte Zukkerplantagen und Getreidefelder gibt, die sich fast vollständig in südafrikanischem Besitz befinden. Die englische Zeitung schriebt, daß jede wirtschaftliche Tätigkeit besonders auf den drei größten Teeplantagen eingestellt werden mußte. Es sei den Befreiungskämpfern gelungen, die „Plantagen von den Arbeitskräften zu trennen“. Die Arbeitskräfte, das sind Afrikaner, die von den Rassisten gezwungen werden, auf ihren Gütern zu arbeiten. Wegen der großen Unsicherheit der Zufahrtswege weigern sich die schwarzen Plantagenarbeiter, ihre Dörfer zu verlassen und auf die Plantagen zu gehen.

Wie die Zeitung weiter berichtet, hat die schwarze Bevölkerung im Südwesten, im Zucker- und Weizenanbaugebiet, sich den Befreiungskämpfern angeschlossen oder unterstützt ihre Aktionen. Berichtet werden Angriffe der schwarzen Bevölkerung, die in Reservaten – das sind mit Stacheldraht umschlossene Dörfer – zu leben gezwungen ist und diese nur für den Einsatz auf den Feldern verlassen darf, auf Pumpstationen und Bewässerungsmaschinen der Plantagen und der Weizenfelder. Ein Elektrizitätswerk wurde in dieser Gegend zerstört.

Aus ganz Zimbabwe werden schließlich Angriffe auf Lebensmittellager, die im Besitz der weißen Rassisten sind, berichtet. Diese Angriffe werden von Befreiungskämpfern durchgeführt zusammen mit der schwarzen Bevölkerung, die in der Gegend dieser Lager lebt. Ziel solcher Angriffe sind die Gutshäuser, die von den Rassisten zu Festungen ausgebaut worden sind, sowie die Polizeistationen der Rassisten. Waffenlager der Armee der Rassisten werden ausgekundschaftet und immer häufiger erfolgreich zerstört.

Der Kampf gegen die Siedlerarmee verstärkt sich

Alle diese Angriffe und Aktionen, die im ganzen Land durchgeführt werden und die zeigen, daß die Befreiungskämpfer dabei die Unterstützung des Volkes von Zimbabwe haben, werden zusammengefaßt in Angriffen auf die Armee der Rassisten. Diese Armee ist überhaupt nicht mehr in der Lage, das Land noch zu kontrollieren und die „Sicherheit“ zu gewährleisten, schreibt die englische Zeitung. Wie sicher sich die Befreiungskämpfer im Land bewegen können und über welch großes Vertrauen sie beim Volk von Zimbabwe verfügen, zeigt ein Angriff auf einen schwer bewaffneten Militärtransport keine drei Meilen entfernt von einem Hubschrauberstützpunkt der Siedlerarmee. Der Transport war auf dem Weg von Fort Victoria zur südafrikanischen Grenze. Der Transport wurde zerstört, keiner der Befreiungskämpfer wurde dabei getötet. Dabei ist das Kräfteverhältnis zwischen der Befreiungsarmee und der Siedlerarmee 1 zu 50. Etwa 1000 Befreiungskämpfer sollen in Zimbabwe operierén, während die Siedlerarmee 58000 Mann stark ist. Die Siedlerarmee ist zudem mit den besten Waffen ausgerüstet und verfügt über die vollständige Kontrolle des Luftraums mit ihrer Luftwaffe und ihren rund 40 Hubschraubern, die von südafrikanischen Piloten geflogen werden.

Aber die Waffen entscheiden nicht in diesem Kampf. Entscheidend ist, wessen Sache gerecht ist. Die weißen Rassisten kämpfen für eine ungerechte Sache. Deshalb ist ihre Moral schlecht. Das zeigt folgendes Ereignis, das in der englischen Zeitung berichtet wird: In der letzten Maiwoche haben die Kämpfer der Nationalen Befreiungsarmee von Zimbabwe Regierungstruppen inmitten eines Reservates für die schwarze Bevölkerung angegriffen. Der Ort des Geschehens lag nur 35 Meilen von der Hauptstadt Salisbury entfernt. Als diese Meldung in Salisbury verbreitet wurde, ergriff die Rassisten eine solche Furcht, daß sie jeden Augenblick mit dem Einmarsch der Befreiungskämpfer in Salisbury rechneten! Unter der weißen Bevölkerung steigerte sich die Panik, die Weißen hätten kein Vertrauen mehr in ihre Armee, stellt die Zeitung fest.

Was die „Erfolgsmeldungen“ des Siedlerregimes bedeuten

Warum das Vertrauen der weißen Siedler in ihre Militärmacht abnimmt, zeigt folgender Vorfall: Der Dorfälteste des Dorfes Chironga in einem Reservat in der Nähe von Chiredzi hatte mit den Befreiungskämpfern offen zusammengearbeitet. Im März und auch noch Anfang April. Mitte April schien sich das zu ändern. Als drei Befreiungskämpfer eines Tages in das Dorf kamen, wurden sie von ihm zum „Biertrinken“ mit den anderen Männern des Dorfes eingeladen. Er holte jedoch die Polizeieinsatztruppe des Siedlerregimes aus dem Verwaltungszentrum Chiredzi. Ein Hubschrauber und ein Militärfahrzeug griffen die Feier auf dem Dorfplatz an mit Maschinengewehren und Mörsern. 12 Afrikaner wurden getötet und 14 verletzt.

Die Befreiungskämpfer, die eine militärische Ausbildung hatten, blieben unverletzt. Als der Dorfälteste sah, was er angerichtet hatte, beging er Selbstmord. Das Siedlerregime hat daraufhin ein Kommunique verbreitet, in dem es hieß, der Dorfälteste habe sich getötet nach Kontakt mit „Terroristen“, von denen 12 durch die rhodesische Armee getötet worden seien.

Nun kann man sich vorstellen, was die Zahlen bedeuten, die durch die bürgerliche Presse gehen, und was von den „Erfolgen“ der Siedlertruppen zu halten ist. Es sind „Erfolgsmeldungen“ des Siedlerregimes im Morden der zivilen Bevölkerung. Diese Meldungen zeigen den Vernichtunskrieg, den das Siedlerregime gegen das Volk von Zimbabwe führt. Das Siedlerregime hofft, mit diesem Vernichtungskrieg eine erneute Spaltung der Befreiungsbewegungen des Volkes von Zimbabwe herbeizuführen.

Verstärkung der Unterstützung des Befreiungskampfes ist notwendig!

Diese Hoffnungen aber sind auf Sand gebaut; nur der Haß des Volkes von Zimbabwe auf die weiße Siedlerherrschaft wird dadurch weiter gesteigert. Aus dem Haß aber entwickelt sich die Entschlossenheit zum Kampf. Das Volk von Zimbabwe entwickelt immer fester seine Einheit im Kampf gegen das Siedlerregime. Dabei wird es entschieden unterstützt durch die Völker Afrikas. Das Befreiungskomitee der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) hat auf seiner letzten Zusammenkunft Anfang Juni in Daressalam eine Resolution zur Unterstützung des Befreiungskampfes in Zimbabwe beschlossen. Darin drückt es seine „Befriedigung“ aus über den Fortschritt des Befreiungskampfes. Es grüßt die „kämpfenden Kader für ihre zahlreichen heldenhaften Siege gegen das faschistische Minderheitenregime von Ian Smith“.

Der Afrikanische Nationalrat (ANC), die Dachorganisation der Befreiungsbewegungen des Volkes von Zimbabwe, wird aufgefordert, alle seine Streitigkeiten zu vergessen, um zur Befreiung Zimbabwes beizutragen. Die Führung des ANC wird aufgefordert, sich „jeder Maßnahme zu enthalten, die den bewaffneten Kampf in Zimbabwe und die Einheit der kämpfenden Kader unterminiert“. Alle Mitgliedsländer der OAU und befreundete Länder werden aufgefordert, ihre Hilfe für den Befreiungskampf in Zimbabwe zu verstärken. Das Befreiungskomitee der OAU bietet seine Hilfe an für die Weiterleitung der Unterstützung an die Nationale Befreiungsarmee von Zimbabwe. Das Komitee erklärt seine „vollständige und bedingungslose Unterstützung“ für den Befreiungskampf. Von den Ländern, die sich in „vorderster Linie“ befinden – Botswana, Sambia, Mozambique und Tanzania – fordert es, die Anstrengungen zu verstärken und auf die Einheit hinzuwirken. (El Moudjahid, 6./7. Juni)

Gerade der Versuch des US-Imperialismus zusammen mit dem südafrikanischen Vorster-Regime und mit Unterstützung des westdeutschen Imperialismus, eine „Lösung“ für Zimbabwe herbeizuführen, die die weiße Rassistenherrschaft über das Volk von Zimbabwe verewigen soll, die dem US-Imperialismus die Eingriffsrechte für seine Truppen bringt, die überhaupt das Verbleiben der Imperialisten im südlichen Afrika sichern soll, erfordert die verstärkte Unterstützung des bewaffneten Volksbefreiungskrieges der Zimbabwaner. Die Imperialisten führen den Kampf um Zimbabwe als Kampf um die Beherrschung des südlichen Afrikas, um von dort aus stets erneut den ganzen Kontinent zu bedrohen. Das Volk von Zimbabwe steht an entscheidender Stelle im Kampf für die Befreiung des afrikanischen Kontinents und leistet einen großen Beitrag zur Befreiung der Welt von Imperialismus und Hegemonismus.

Der KBW ist mit Vertretern der Afrikanischen Nationalunion von Zimbabwe (ZANU) übereingekommen, eine Sammlung für vier Lastkraftwagen durchzuführen. Für die weitere Verstärkung des Kampfes benötigen die Befreiungskämpfer dringend Transportmittel. Es gilt, diese Transportmittel schnell bereitzustellen und die Sammlung mit aller Kraft anzugehen. – (g.j.)



Befreiungskämpfer des Volks von Zimbabwe werden für den Einsatz in der Nationalen Befreiungsarmee ausgebildet.

4 Lastwagen für den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe



ZANU-Spendenkonto: Volksbank Mannheim 1068326

Westsahara: „Die Invasionstruppen lernen die Bitterkeit der Niederlage kennen“

In der vergangenen Woche hat die F.POLISARIO zweimal die Kasernen der mauretanischen Armee in der mauretanischen Hauptstadt Nouakschott mit Artillerie angegriffen. Der Angriff auf die Kasernen in der mauretanischen Hauptstadt ist Teil der Generaloffensive, die die Befreiungsstreitkräfte der F.POLISARIO am 20. Mai, dem Jahrestag des Beginns des bewaffneten Kampfes, eingeleitet haben. Der Angriff auf die mauretanische Hauptstadt steht in einer bereits langen Reihe von Operationen, die die Befreiungskämpfer der F.POLISARIO tief im marokkanischen und mauretanischen Gebiet durchgeführt haben und weiter durchführen. Mauretanische und marokkanische Städte, in denen die Besatzer der Westsahara Truppen konzentriert halten für den Einsatz gegen das saharauische Volk, sind bereits mehrfach erfolgreich angegriffen worden. In einem Militärkommunique stellt die F.POLISASRIO fest, die marokkanisch-mauretanischen Invasionstruppen seien nicht mehr in der Lage, trotz der gewaltigen Mittel, über die sie verfügen, den Angriffen der Befreiungskämpfer wirksam zu begegnen. Der Berichterstatter der algerischen Zeitung El Moudjahid kommentiert aus den befreiten Gebieten: „Jene, die meinten, leicht über ein Volk und sein Land verfügen zu können, lernen nun die Bitterkeit der Niederlage kennen.“ (nach El Moudjahid, 6.–9.6.76)

Meldung

Hamburg. Auf einer Veranstaltung des KBW wurden für die Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe 1500,- DM gesammelt.

Gießen. Die Solidaritätsbewegung mit dem kämpfenden Volk von Zimbabwe voranzubringen und einen Teil dazu beizutragen, daß das gesteckte Ziel, vier Lastwagen der ZANU zur Verfügung zu stellen, erreicht werden kann, wurde das Sommerfest des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaft der Gießener Universität genutzt. Die Zelle der Kommunistischen Studentenorganisation hatte einen großen Topf Zwiebelsuppe hergestellt und verkaufte ihn tassenweise zu einem Solidaritätspreis. Auf diese Weise sind 48,00 DM zusammengekommen. – (ns)

PLO – Führerin des palästinensischen Volkes

Donnerstag, den 10. Juni, hat der UNO-Sicherheitsrat den „Bericht des UNO-Ausschusses zur Durchsetzung der Rechte der Palästinenser" behandelt. Gegen den Widerstand des Vertreters des USA-Imperialismus wurde erneut die PLO, die Palästinensische Befreiungsorganisation, wie ein reguläres Mitgliedsland zur Sitzung hinzugezogen, die PLO somit wie eine Regierung behandelt. Dies zeigt die Stärke des Volksbefreiungskrieges und die weltweite Unterstützung der PLO.

Mittwoch, den 9. Juni, wurde auf der Konferenz des Rats der Arabischen Liga in Kairo ein 7-Punkte-Abkommen erzielt, das einen Waffenstillstand im Libanon sowie den „Schutz der palästinensischen Revolution gegen alle Gefahren" (Le Monde, 10.6.) vorsieht. Damit sollte dem zerstörerischen Krieg der einmarschierten syrischen Truppen gegen das palästinensische Volk und die PLO ein Ende bereitet werden.

Diese beiden Ereignisse zeigen den Fortschritt und Erfolg des palästinensischen Volkes gegen den zionistischen Staat und den Imperialismus ebenso wie dessen beständige Bedrohung und Gefährdung.

Diese komplizierte Lage kommt dadurch zustande, daß ein Teil des palästinensischen Volkes durch den Eroberungskrieg des zionistischen Aggressors 1948 aus seinem Heimatland vertrieben wurde und seither in verschiedenen arabischen Staaten in Flüchtlingslagern leben muß. Ein Großteil des palästinensischen Volkes mußte gezwungenermaßen in Jordanien (Transjordanien 1000000, Westbanks 750000) oder im Libanon (400000) leben und von dort aus den Kampf gegen Israel führen.

Es muß seinen Befreiungskampf unter der Bedingung führen, daß der zionistische Besatzerstaat durch den Imperialismus, vor allem die beiden Supermächte, geschützt, gestützt und verteidigt wird. Diese kämpfen um die Vorherrschaft über die arabische Nation, deren Bestandteil das ägyptische, syrische, jordanische, palästinensische Volk und die anderen Völker sind. Gegenwärtig haben jedoch die arabischen Völker keine einheitliche revolutionäre Führung durch die Arbeiterklasse, sondern in den verschiedenen arabischen Staaten herrschen bürgerlich-nationalistische Regimes wie in Ägypten und Syrien oder noch Feudalregimes wie in Saudi-Arabien und Jordanien. Dem Imperialismus gegenüber nehmen diese aufgrund ihres Klassencharakters eine schwankende Haltung ein. Untereinander stehen sie in Konkurrenz, denn die Stärkung ihrer wirtschaftlichen Kraft betreiben sie durch die Übervorteilung und Beherrschung anderer arabischer Staaten. Zur Führung der gesamten Nation sind sie unfähig, weil sie sich diese nur durch Unterwerfung der anderen arabischen Völker unter ihr Kommando vorstellen können. Nur durch den Kampf des palästinensischen Volkes und die Solidarität aller arabischen Völker wurden sie gezwungen, dessen Recht auf nationale Selbstbestimmung anzuerkennen, genau so wie sie nur durch die Fortsetzung dieses Kampfes gezwungen werden, keinen Kompromiß mit Israel auf Kosten des palästinensischen Volkes einzugehen.



Kämpfer der PLO haben einen syrischen Panzer im Libanon abgeschossen.

Im Gegenteil, immer wieder haben sie versucht, diesen Befreiungskampf zu unterdrücken und blutig zu zerschlagen. Für den Imperialismus schafft diese Lage alle Bedingungen, um die Widersprüche zur Spaltung auszunutzen, Israel Vorteile zu verschaffen und seine eigenen imperialistischen Interessen zu verfolgen. Ist so die Geschichte des Befreiungskampfes des palästinensischen Volkes voller Windungen und Wendungen, so zeigt sie zugleich, wie gut es verstanden hat, sich einheitlich und politisch selbständig in der PLO zu organisieren, seine ganze Kraft auf die Vernichtung des zionistischen Feidnes zu konzentrieren und gleichzeitig die Solidarität der anderen arabischen Völker zu gewinnen.

Der palästinensische Widerstand wird geboren

1956 entreißt die ägyptische Regierung den Imperialisten den Suezkanal und unterstellt ihn der ägyptischen Souveränität. Im Auftrag der Imperialisten entfesselt Israel sofort einen neuen Aggressionskrieg und besetzt den Gaza-Streifen über mehrere Monate hinweg. In diesem Kampf entsteht die Al-Fatah, die erste palästinensische Befreiungsorganisation: „Nach seiner Vertreibung wurde das palästinensische Volk in ‚Ghettos' isoliert und auf das schärfste diskriminiert, um es zu zwingen, seinen revolutionären Geist aufzugeben. Noch 17 Jahre nach dem arabisch-israelischen Krieg 1948 nahm sich jeder das Recht, im Namen des palästinensischen Volkes zu sprechen, ausgenommen das palästinensische Volk selbst, dem nicht erlaubt wurde, sein eigenes Problem in die Hand zu nehmen und das von der Welt als eine Herde miserabler Flüchtlinge, die in langen Reihen die Gunst der Wohlfahrtsorganisationen der UNO anbettelten, angesehen wurde. Angesichts dieser dekadenten Lage, die das palästinensische Volk ertragen mußte, umherirrend in der Wüste politischer Demagogie und gefesselt hinter den Mauern der Verschwörungen, war es unausbleiblich, daß aus den Tiefen dieses Volkes eine Avantgarde hervorwuchs, die die Idee der Geburt einer palästinensischen Existenz durch die Revolution propagierte." (Politisches Kommuniqué der Al-Fatah zum vierten Jahrestag der Revolution)

Ermutigt wurde das palästinensische Volk durch den Befreiungskrieg des algerischen Volkes unter der Führung der FNL gegen den französischen Kolonialismus. Dieser Krieg bewies, daß das Volk im Vertrauen auf die eigene Kraft, zusammengeschlossen in einer einheitlichen Frontorganisation, im langandauernden Volkskrieg den Sieg erringen kann. Der Kern von Al-Fatah, Harakat al Tahrir Al Falastin (Befreiungsbewegung für Palästina) schuf den Kern einer militärischen Organisation, die Al Assifa (Der Sturm).

Der israelische Aggressor setzt seine Expansion fort: Ab 1960 begann er, das Wasser des Jordanflusses umzuleiten, um seine Kolonisierung palästinensischen Bodens durchzusetzen und die arabischen Länder zu schädigen. Ende 1963 annektierte Israel die entmilitarisierte Zone zwischen sich und Syrien.

Gegen die israelische Expansion schlossen sich die arabischen Staaten trotz der Widersprüche untereinander zusammen und beschlossen auf der arabischen Gipfelkonferenz im Januar 1964 die Gründung der PLO. König Hassan von Marokko erklärte: „Ich bin glücklich, die fünfte Gipfelkonferenz der arabischen Könige und Präsidenten eröffnen zu dürfen. Diese unsere Gipfelkonferenz wird in die Geschichte der arabischen Brüderlichkeit eingehen als ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Befreiung des verlorenenen Landes unserer Brüder." War die Gründung der PLO Ausdruck des erwachenden palästinensischen Nationalbewußtseins, der Entstehung verschiedener Widerstandsorganisationen, so war die Gründung durch die Gipfelkonferenz zugleich für die bürgerlichen und feudalen Regimes dieser Länder ein Mittel, das palästinensische Volk zu einem Anhängsel und Instrument ihrer Politik zu machen. Um die Kontrolle zu garantieren, wurde die PLO von den arabischen Regierungen finanziert und ein ihnen genehmer Präsident, Schukeiri, eingesetzt. Al Fatah und die anderen neu entstandenen Organisationen boten dennoch „ihre Hilfe an, um den Rat in eine echte revolutionäre Macht umzuwandeln" („Was ist die PLO?") und die Einheit des palästinensischen Volkes voranzubringen. Vor allem begannen sie den bewaffneten Kampf gegen Israel: Am 1. Januar 1965 sprengte ein Kommando auf dem Boden des besetzten Palästina eine Pipeline, mit der Israel das Jordanwasser ableitete. Diese Aktion war der Beginn des bewaffneten Befreiungskampfes, der palästinensischen Revolution.

21. März 1968: Die Schlacht von Karame

1967 eroberte Israel im „Blitzkrieg" die Sinai-Halbinsel, den Gaza-Streifen und Westjordanien. Diese Niederlage verbreitete unter den arabischen Völkern große Niedergeschlagenheit. Israel und die Imperialisten verbreiteten den Mythos von der Unbesiegbarkeit der zionistischen Armee. Demgegenüber beschloß am 30. Juni 1967 eine Konferenz der Al Fatah, den bewaffneten Kampf fortzusetzen und zu verstärken. Zahlreiche Freiwillige meldeten sich, bildeten sich zu Kämpfern aus, ab September 1967 wurden die bewaffneten Aktionen in Nablus, Ramallah und Jerusalem wieder aufgenommen. Der Kampf um die Einheit des palästinensischen Volkes und seine Selbständigkeit wird verstärkt: Schukeiri wird zum Rücktritt gezwungen, die Widerstandsorganisationen bilden ein Koordinationsbüro.

Am 21. März 1968 überqueren israelische Truppen mit Panzern unter dem Schutz von Flugzeugen den Jordanfluß. Die Besatzer sind übermütig. Die jordanische Armee stellt sich ihnen nicht entgegen. Aber die palästinensischen Kämpfer. 12 Stunden dauerte diese Schlacht. Einer der Fedayin berichtet: „Ich nahm an dem Kampf bei Karame teil. Die israelische Luftwaffe hat die ganze Stadt bombardiert und dann sind ihre Soldaten mit Tanks und Artillerie gekommen: Sie überquerten den Fluß und waren sehr viele, aber wir konnten 12 Stunden lang Widerstand leisten; wir gaben keinen Boden preis und die Israelis ließen ihre Tanks stehen und wir konnten die NATO-Waffen erbeuten. Ich habe mir ein Herstal genommen, das ist ein gutes belgisches Gewehr." Kurz nach der Niederlage der arabischen Staaten gegen den zionistischen Aggressor hat so das palästinensische Volk bewiesen, daß der Mythos der Unbesiegbarkeit eben bloß ein Mythos ist, daß nicht die besseren Waffen das Entscheidende sind, sondern ein Volk, das die Waffen in der eigenen Hand für seine gerechten Ziele einsetzt.

Für die Errichtung eines demokratischen Palästina

Die Klärung der Ziele des Kampfes wurde vorangetrieben. Parolen wie die Schukeiris: „Die Juden ins Meer jagen" verfälschten den Charakter des nationalen Befreiungskampfes in einer reaktionären rassistischen Weise und lieferten den Imperialisten Material zur Spaltung der Völker. 1968 erklärte Yassir Arafat, Vorsitzender der Al Fatah: „Moslems und Christen leben Seite an Seite in den arabischen Ländern. Ich glaube, daß die Juden dieselbe Wahl haben. In der Vergangenheit lebten sie friedlich im arabischen Palästina, ohne Gegenstand irgendeiner rassistischen oder religiösen Diskriminierung zu sein. Diese Situation blieb erhalten, bis der Zionismus auftrat. Wir beabsichtigen, unser Land aufzubauen ohne jede rassistische oder religiöse Diskriminierung." Ein PLO-Sprecher erklärte 1969 als Ziel des Befreiungskampfes „die Errichtung Palästinas als eines Staates, in dem die palästinensischen Araber und Juden, die bleiben wollen, zusammenleben können als Bürger ohne Beachtung der Religion, Hautfarbe oder Rasse".

Die kämpfende palästinensische nationale Befreiungsbewegung erstarkt

1969 wurde für Januar die fünfte Nationalversammlung in Kairo einberufen, an der erstmals die meisten Widerstandsorganisationen tielnahmen und die Führung übernahmen. Beschlossen wurde, daß ab diesem Zeitpunkt die PLO als Frontorganisation des palästinensischen Widerstands arbeitet. Yassir Arafat wurde zum Präsidenten gewählt. Im bewaffneten Kampf für seine gerechten Ziele schloß sich das palästinensische Volk zusammen, wurde die PLO zu der Frontorganisation, in der alle nationalen Klassen und Schichten vereinigt wurden:

„Durch die bewaffnete Revolution unseres Volkes kristallisierte sich seine politische Führung und festigten sich seine nationalen Institutionen, und die nationale Befreiungsbewegung, die all seine Gruppierungen, Organisationen und Fähigkeiten umschließt, die von der PLO verkörpert wird, wurde aufgebaut.

Durch die kämpfende palästinensische nationale Befreiungsfront reifte der Kampf unseres Volkes und vervielfältigte seine Mittel, so daß sich dem bewaffneten Kampf der politische und soziale Kampf hinzugesellte." (aus der UNO-Rede Yassir Arafats)

Der schwarze September 1970

Das Erstarken des Volksbefreungskrieges erschütterte den Zionistenstaat und beunruhigte die Imperialisten. Aus einem „Flüchtlingsproblem" war ein Problem für ihre Herrschaft geworden. Außerdem hatte sich für sie die Situation verändert, da ihnen in Gestalt der sozialimperialistisch gewordenen Sowjetunion ein weiterer gefährlicher Konkurrent auf den Plan getreten war, der sich im Nahen Osten festsetzen wollte. Das reaktionäre Hussein-Regime fürchtete das Beispiel des palästinensischen Befreiungskampfes für das jordanische Volk, zumal er sich selber über den Plan eines „Vereinigten Arabischen Königsreichs" ganz Palästina unterwerfen wollte. Um sich voll auf den Kampf gegen den zionistischen Besatzerstaat und die Befreiung des Heimatlandes konzentrieren zu können, die Widersprüche zu den arabischen Staaten zugunsten der arabischen Einheit zu lösen und so die Einmischungs- und Spaltungsmöglichkeiten der Imperialisten gering zu halten, vertrat auf der arabischen Gipfelkonferenz die Führung der PLO 1969 einen klaren Standpunkt: „1. Die ehrlichen Bestrebungen zur Bildung einer arabischen Einheitsfront zu unterstützen; 2. sich nicht in die inneren Streitigkeiten und Angelegenheiten der arabischen Staaten einzumischen und 3. die Intervention der arabischen Staaten in die Angelegenheiten der palästinensischen Revolution abzulehnen und diese Staaten zur Unterstützung der palästinensischen Revolution aufzufordern." Diesen revolutionären Standpunkt mußte die PLO immer wieder in schweren Kämpfen duchsetzen. 1969 stiftete der USA-Imperialismus die libanesische Kompradorenbourgeoisie an, ihre Armee gegen die Flüchtlingslager einzusetzen. Der Angriff wurde zurückgeschlagen und das Kairoer Abkommen vom September 1969 erkämpft: „– das Recht der Lager auf Selbstbestimmung und Autonomie; libanesische Sicherheitskräfte haben nur noch mit Erlaubnis der Palästinenser Zutritt zu den Lagern; das Recht, sich frei zu organisieren und politisch zu betätigen, sich zu bewaffnen und militärisch auszubilden; Bewegungsfreiheit in einer bestimmten Zone im Süden des Libanon entlang der israelischen Grenze und das Recht, in dieser Zone Widerstandsbasen zu errichten".



Die USA ließen nicht locker. Sie rüsteten das reaktionäre Hussein-Regime auf, das im September 1970 ein Blutbad anrichtete. Tagelang wurde in den Wohnvierteln in Amman auf alles geschossen, die Flüchtlingslager mit Artillerie, Phosphorbomben und Napalm bombardiert. Diese Angriffe kosteten Tausenden von Palästinensern das Leben. Das Hussein-Regime wurde ständig vom US-Imperialismus genährt und mit Waffen versorgt, von der sozialimperialistischen Supermacht unter dem Mantel der Neutralität gedeckt. Die Niederlage im September 1970 hat dem palästinensischen Volk schwere Opfer abverlangt. Die Freude der Imperialisten währte jedoch nicht lange Zeit. Spätestens durch den Oktoberkrieg 1973 bekamen sie und der Zionistenstaat die Macht der arabischen Völker zu spüren. In den besetzten Gebieten wird die PNF, die Palästinensische Nationale Front, aufgebaut. Immer wieder wird in den letzten Jahren die Besatzermacht durch Streiks, Demonstrationen, Rebellion erschüttert.

Die Kräfteverhältnisse im Nahen Ostern verändern sich zugunsten der Sache der arabischen Völker. 1974 erkennt die arabische Gipfelkonferenz von Rabat die PLO als einzig legitime Vertretung der Palästinenser an, im selben Jahr spricht der Vorsitzende der PLO, Yassir Arafat, vor der UNO. Mit Hilfe der Phalangisten im Libanon will der US-Imperialismus 1975 erneut die palästinensische Revolution zerschlagen. Der Sozialimperialismus will dem palästinensischen Volk die Teilstaatslösung aufzwingen. Die PLO lehnt jede Teilstaatslösung entschieden ab. Im Libanon wird der reaktionäre Angriff sowohl durch die PLO wie durch die libanesischen Massen vereitelt. Die PLO hat den Kampf zur Verteidigung der Flüchtlingslager organisiert und das Kairoer Abkommen von 1969 verteidigt, um den Kampf gegen den Zionistenstaat fortzusetzen. „Wir haben immer erklärt, daß wir nicht freiwillig im Libanon sind, nicht bleiben möchten, nicht an einem Machtkampf im Libanon teilnehmen wollen. Aber ebenso klar sagen wir, daß wir es niemandem erlauben werden, den palästinensischen Widerstand anzutasten ... Wir sind nicht gerne im Libanon und nicht freiwillig. Wir wollen in unsere Heimat zurück." (Khaled al Fahoum, Präsident des palästinensischen Nationalrates, AIB 4/76).

Der Kampf der syrischen Truppen gegen das palästinensische Volk ist gegen die fortgeschrittenste Befreiungsbewegung der arabischen Völker gerichtet und nützt so nur dem zionistischen Staat und dem Imperialismus. Er verbessert die Einmischungsmöglichkeiten der beiden Supermächte und der anderen Imperialisten, denen jede Spaltung der arabischen Nation recht ist, um die eigene Position zu stärken und wirtschaftliche, politische und militärische Abhängigkeiten zu schaffen. In der Verteidigung seines Rechts, vom Libanon aus den Kampf gegen Israel zu führen, im Kampf um die Einheit der arabischen Völker gegen Imperialismus und Zionismus verdient das palästinensische Volk und die PLO uneingeschränkte Solidarität. – (hjh)

Besuch in Pekinger Fabriken: Die Arbeiter sind die Herren

Das Ziel ist der Kommunismus, darum muß die Revolution weitergeführt werden

Peking. In der gegenwärtigen Phase der Kulturrevolution vollziehen sich in der chinesischen Industrie große politische Veränderungen. In verschiedenen Fabriken hatte ich die Möglichkeit, hierüber mehr zu erfahren.

„Wir sind die Herren der Fabriken!"

Bei einem kürzlichen Besuch in der Pekinger Baumwolltextil-Fabrik Nr. 2 fragte ich Genossin Schen Fang, eine Mitarbeiterin des Revolutionskomitees der Fabrik, nach den entscheidenden politischen Unterschieden vor der Kulturrevolution und heute.

Die revisionistische Führung vor der Kulturrevolution – führte sie aus – wollte verhindern, daß sich das Bewußtsein der Arbeiter über die Notwendigkeit der Weiterführung der Revolution entwickelte. In der Kulturrevolution wurden andere Verhältnisse geschaffen: „Jetzt sind die Gedanken der Arbeiter ständig damit beschäftigt, wie sie als Herren der Fabrik zu wirken haben. Vor der Kulturrevolution taten die Arbeiter, was die Leiter sagten. Nun ist ihnen klar, daß es nicht genügt, nur mit dem schlichten Gefühl des Proletariats zu arbeiten. Sie setzen sich auseinander mit den Fragen der politischen Linie, kümmern sich um die Angelegenheiten des Staates und befassen sich mit der Leitung der Fabrik. Sie sagen, wir sind die Herren der Fabrik! Was das bedeutet, war ihnen vor der Kulturrevolution nicht klar. Sie dachten, ob der Staat reich wird, das hängt hauptsächlich von den Händen des Proletariats ab. Nach der Befreiung des Landes hatten sich die Lebensbedingungen der Arbeiter zwar schrittweise verbessert, aber das genügt nicht. Das Ziel ist der Kommunismus, und deshalb muß die Revolution weitergeführt werden. Würde man das nicht vor Augen haben, sagen die Arbeiter, wäre das Verrat an der Revolution."

Industriebetriebe sind in China nicht nur Produktionseinheiten, sondern – ebenso wie Volkskommunen auf dem Land, Staatsorgane und Schulen – vor allem Grundeinheiten der Diktatur des Proletariats – „Zellen der Gesellschaft", wie ein Genosse einer Werkzeugmaschinenfabrik in Peking sie nannte. Jede dieser Grundeinheiten muß sich bemühen, allseitig die Diktatur über die Bourgeoisie auszuüben. Denn nur so kann eine Wiederherstellung der alten Ordnung und erneute Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse verhindert werden. Nur so auch können letztlich Bedingungen geschaffen werden, unter denen die Bourgeoisie weder existieren noch von neuem entstehen kann.

Auf dieser Erkenntnis fußen die organisatorischen Einrichtungen der Betriebe, die ich besichtigt habe. Das leitende Organ der Betriebsverwaltung ist das Revolutionskomitee, das von den Werksangehörigen gewählt wird und unter der Führung des Parteikomitees arbeitet. Die Mitglieder des Revolutionskomitees setzen sich prinzipiell aus Älteren, Mittelalten und Jüngeren, der sogenannten Dreierverbindung, zusammen. Das Betriebsrevolutionskomitee besteht aus verschiedenen Arbeitsbüros, wie solche für Propaganda, Organisation, Produktion, Finanzen, Arbeit, Technik, Sicherheit, Lebensunterhalt und Wohlfahrt. Dem Revolutionskomitee unterstehen die verschiedenen Werkhallen, Abteilungen bis zu den Arbeitsgruppen.



Die Arbeiter treiben die Revolution voran. Sie setzen sich mit den Fragen der politischen Linie auseinander und kümmern sich um die Angelegenheiten des Staates.

Haben Vorschriften keinen Klassencharakter?

Revolutionskomitee, Gewerkschaft, Kommunistischer Jugendverband und sämtliche Arbeit im Betrieb wird vom Parteikomitee angeleitet. Dadurch soll die Einheitlichkeit des Vorgehens aller Organisationen auf der revolutionären Linie der Partei bezüglich der Politik, des Plans und aller Arbeit gesichert werden.

Das Parteikomitee hat die Aufgabe, den demokratischen Zentralismus und eine kollektive Führung zu praktizieren. Dabei „brauchen die Massen nur Entscheidungen anzunehmen, die vom gesamten Komitee getroffen worden sind und nicht von Einzelpersonen", sagte ein Leiter der Pekinger Lederfabrik bezüglich Partei- und Revolutionskomitee.

Regelmäßig hält der Ständige Ausschuß des Parteikomitees seine Sitzungen ab. Die Arbeiter sind als Mitglieder im Partei- und Revolutionskomitee vertreten, aber trotzdem sind bei den Plenarsitzungen und wichtigen Entscheidungen immer Arbeiter verschiedener Abteilungen zugegen.

„Beispielsweise kommen die Arbeiter, wenn über die Festlegung neuer Vorschriften debattiert wird. Daher werden nach der Verabschiedung die Vorschriften bewußt durchgeführt, da es die Vorschriften der Arbeiter sind, die sie sich selbst gegeben haben." Wie sehr steht diese Erklärung einer Arbeiterin im Gegensatz zu den Reden des gestürzten revisionistischen Parteimachthabers Deng Hsiao-ping, der durch die Einführung strengerer Anordnungen und Verordnungen von oben die Arbeiter unterdrücken wollte!

In Dengs Programm heißt es, daß ‚da Produktion und Technologie sich entwickeln, „die Anordnungen und Regeln systematischer und exakter werden und mehr und mehr eine strengere Einhaltung und Anwendung verlangen". Weiter: „Dies ist so in der kapitalistischen Gesellschaft und wird sogar in einer zukünftigen kommunistischen Gesellschaft so bleiben."

Die Revisionisten meinen also, Regeln und Anordnungen im Betrieb haben keinen Klassencharakter! Selbstverständlich spürt aber im Kapitalismus täglich jeder Arbeiter am eigenen Leib, daß die von den Kapitalisten ausgedachten Vorschriften zur Unterdrückung und Ausbeutung der arbeitenden Massen dienen. Im Sozialismus jedoch geben sich die Arbeiter selber ihre demokratische Ordnung, und die hat in der Tat ein anderes Gesicht als im Kapitalismus.

Junge und Alte in der Leitung

Die heute übliche Betriebsleitung unterscheidet sich grundsätzlich von dem revisionistischen System des Ein-Mann-Direktoriums, das vor der Kulturrevolution herrschte. Allein entscheidungsberechtigt über Verwaltung und Produktion war der Direktor, der, fern von den Arbeitern, sich bestenfalls mit Ingenieuren und Technikern, sogenannten Spezialisten, beriet. Die Parteiorganisation hatte dabei in der Betriebsleitung keine Stellung.

Ich fragte in der Textilfabrik, warum in chinesischen Fabriken für alle Leitungsorgane so sehr die Notwendigkeit der Dreierverbindung von Älteren, Mittelalten und Jüngeren betont wird. Eine Arbeiterin antwortete: „Die jungen Leute bringen viel Frisches und Neues in die Leitung. Wenn die Älteren mit ihnen zusammenarbeiten, kann die Leitung ihre Kraft wirklich entfalten. Mit ‚Frisches' meine ich, daß die Jungen zu denken und zu handeln wagen, während die Älteren über mehr Erfahrung verfügen. Sie ergänzen sich. Körperlich und geistig sind die Jüngeren oft stärker. Das ist übrigens auch eine Form zur Ausbildung von Fortsetzern der Revolution, die Jungen gewinnen so Erfahrung. Der Vorsitzende Mao sagt, daß sich die Jungen in Sturm und Wogen stählen sollen. Wir verstehen darunter, daß sie sich im Klassenkampf entwickeln müssen. Menschen werden alt und auch die Revolution muß ihre Fortsetzer haben. Darum hebt der Vorsitzende Mao die Dreierverbindung hervor, und wir finden das sehr richtig."

Deng Hsiao-ping war gegen die Dreierverbindung. Von ihm ist bekannt, daß er beispielsweise gesagt hat: „Wenn die jungen Leute gute Setzlinge sind, müssen sie in die Fabriken und aufs Land gehen, für einige Jahre. Dann sollen sie stufenweise aufsteigen. Wie ein Hubschrauber aufsteigen, das geht nicht. Kader, die wie Raketen aufsteigen, das geht nicht."



Die Schärmaschinenabteilung der Pekinger Textilfabrik Nr. 2. Nach Eröffnung der Kritik an der rechten Linie wurde die Produktionsmenge um 6 Prozent gesteigert.

„Deng bekämpfte die neuen Erscheinungen und wir mögen sie. Das ist der Gegensatz"

„Warum bekämpfte Deng so sehr die Dreierverbindung?", fragte ich und die Genossin sagte: „Wir denken, daß die Weisung des Vorsitzenden Mao über die revolutionären Fortsetzer zum Kommunismus führt. Die Klassenfeinde finden das nicht gut. Deng war gegen all die neuen Erscheinungen der Kulturrevolution, daß Arbeiter massenhaft die Hochschulen besuchen, er war gegen die Barfußärzte auf dem Land usw. Wir kennen alle seine Aussprüche; obwohl er nicht lange an der Macht war, bekämpfte er gierig und bösartig die neuen Kader. Er wußte, daß die jungen Revolutionäre gefährlich für ihn waren. Nach seiner Logik sollten nur Menschen mit langer Laufbahn Leiter werden. Es war ihm unverständlich, daß einfache Arbeiter auf einmal Leiter werden konnten, wie z.B. Genossin Wu Guihsiän, die Textilarbeiterin und stellvertretende Ministerpräsidentin Chinas ist. Er wollte zurück zur Zeit vor der Kulturrevolution; würde man ihm folgen, würde der Kapitalismus wiederhergestellt werden. Wir Arbeiter finden den gegenwärtigen Kampf sehr wichtig und studieren deshalb viel, um gegen Dengs Linie gewappnet zu sein. Deng bekämpfte die neuen Erscheinungen und wir mögen sie. Das ist der Gegensatz. Wir Arbeiter müssen die Rolle der Vorhut und der Hauptkraft in dieser Bewegung spielen und sowohl die Revolution als auch die Produktion fördern." Das Prinzip der Dreierverbindung ist im Statut der KPCh und in der Verfassung der Volksrepublik China verankert.

Arbeiterselbstverwaltung

In der Textilfabrik sind von einer Belegschaft von 6400 Werktätigen nur 300 Kader, d.h. Techniker, Verwaltungsangestellte, Leiter, also etwa fünf Prozent. In anderen Fabriken ist das Verhältnis ähnlich. Das Verwaltungspersonal ist zahlenmäßig sehr gering, weil die Arbeiter an der Verwaltung teilnehmen. In der Pekinger Lederfabrik hieß es, daß 74 Prozent der Gesamtbelegschaft unmittelbar an der Leitung des Betriebs beteiligt sind.

Bei diesen Fragen zeigt sich ganz konkret, daß China ein Staat der Diktatur des Proletariats ist, der von der Arbeiterklasse geführt wird. Die Formen der Teilnahme der Arbeiter an der Verwaltung der Betriebe sind mannigfaltig und entwickeln sich noch.

Unter der Führung des Parteikomitees gibt es jeweils auf den Ebenen der Arbeitsgruppen, der Werkhallen, Abteilungen eine Reihe von Massenverwaltungsgruppen, die beispielsweise sich befassen mit Politik und Propaganda, Produktionsplänen, Sicherheitsanlagen, Produktionsqualität, Rechnungsführung, technischer Zusammenarbeit, Wohlfahrt der Werktätigen usw.

Die Mitglieder dieser Gruppen werden von den Arbeitern gewählt und leisten weiterhin Produktionsarbeit. So sind in der Lederfabrik je Arbeitsgruppe sechs Arbeiter gleichzeitig als Verwalter tätig, in der Textilfabrik je zehn. Regelmäßig alle paar Tage berichten sie ihren Genossen über ihre Arbeit, kritisieren bestimmte Punkte und machen Verbesserungsvorschläge.

Durch die Tätigkeit dieser Gruppen werden gleichzeitig die Beschlüsse des Revolutionskomitees überprüft. Neben den Arbeiterverwaltungsgruppen gibt es besondere Verwaltungsbüros und entsprechendes Berufspersonal, das durch die Gruppen gut mit den Massen verbunden ist.

Beispielsweise die Qualitätskontrolle. Sie wird am ehesten gewährleistet durch die gemeinsamen Bemühungen des entsprechenden Berufspersonals und der Massen. Die Arbeiter wissen um die Qualität der Produkte am besten Bescheid, und da sie persönlich an der Qualitätskontrolle teilnehmen, wächst ihr Verantwortungsgefühl, die Qualität ist gesichert, und den Berufskontrolleuren bleiben nur noch besondere Arbeiten. Selbstkontrolle, gegenseitige Kontrolle innerhalb der Produktionsgruppe und die Kontrolle durch die Arbeiterverwaltungsgruppen fördern ständig die Verbesserung der Produktionsqualität.

Beispielsweise die Buchhaltung. In vielen Fabriken wurde von den Arbeitern ein Buchhaltungssystem eingeführt, bei dem es Arbeiterbuchhalter bis hinab in jede Produktionsgruppe gibt. Jede Gruppe hat die Aufgabe, die erhaltenen Rohstoffe zu kalkulieren, die Produkte, Arbeitsstunden und Selbstkosten zu berechnen und die Qualität zu überprüfen. So führen die Arbeiter die Buchhaltung selbständig durch, und die Berufsbuchhalter müssen nur die Angaben der Massen zusammenfassen und auf der höheren Betriebsebene die wirtschaftliche Rechnungsführung leisten.

Aus der Fabrik in die Hochschule und zurück in die Fabrik

In den chinesischen Fabriken werden oft Sitzungen über die Tätigkeit des Betriebs abgehalten, auf denen die Arbeiter z.B. Verschwendung kritisieren. Sie sind die Herren der Fabriken, ihre Verantwortung ist groß, und das erste, was viele von ihnen tun, wenn sie morgens in den Betrieb kommen, ist, auf den Tafeln in ihrer Werkhalle die Meldungen über Produktionsmenge, Rohstoffverbrauch usw. des Vortages zu lesen.

Ein weiteres großartiges Ergebnis der Kulturrevolution ist, daß Arbeiter von den Fabriken für den Hochschulbesuch ausgewählt werden. Die Arbeiter selber treffen die Auswahl und die Leitung bestätigt die Kandidaten. Es gibt zwei Formen: Erstens, sie werden auf Universitäten geschickt oder zweitens, sie studieren an Technischen Hochschulen, die in vielen Fabriken eingerichtet sind.

Die Kühlschrankfabrik Peking hat im letzten Jahr fünf Arbeiter für zwei bis drei Jahre Studium auf die berühmte Tjinghua-Universität geschickt. Von der Textilfabrik gingen im vergangenen Jahr acht Arbeiter auf Hochschulen, um Maschinenbau, Volkswirtschaft oder Medizin zu studieren. Das Medizinstudium zu dem Zweck, um als Arzt in der Fabrik zu arbeiten. Nach dem Studium kehren die Arbeiter wieder zurück in ihre Betriebe und sind weiter in der Produktion tätig, aber mit nützlicher und umfassender Ausbildung. In der technischen Hochschule der Textilfabrik studieren derzeit 47 Arbeiter; in der Lederfabrik befinden sich in drei Klassen insgesamt 50 Arbeiterstunden.

Und dann streckte er die Faust vor ...

In der Textilfabrik sagte man mir: „Fast 70 Prozent der Leiter unserer Fabrik sind Arbeiter, aber wenn sie längere Zeit in der Leitung tätig sind, kann es passieren, daß sie ideologisch sich nicht weiter entwickeln. Daher müssen sie öfter in der Produktion arbeiten." Gewöhnlich arbeiten Kader pro Jahr 100 Tage mit den Arbeitern in der Produktion, jede Woche einen Tag und etwa zwei Monate zusammenhängend. Selbstverständlich werden sie für alle drei Schichten eingeteilt. In Stahlwerken ist es oft so, daß Kader be-

Fortsetzung S. 16

Besuch in Pekinger Fabriken: Die Arbeiter sind die Herren

Das Ziel ist der Kommunismus, darum muß die Revolution weitergeführt werden

Fortsetzung

sonders im Sommer, wenn es heiß ist, ihre Produktionstätigkeit aufnehmen und in der Gießerei am Ofen arbeiten wollen.

Es ist sehr gefährlich, wenn Kader in ihrem revolutionären Drang innehalten, denn dann ändern sie leicht ihre Rolle und werden zu Unterdrückern der Arbeiter und unterscheiden sich nicht wesentlich von den Kapitalisten. Deshalb passen die Arbeiter sehr auf, kritisieren Kader, die Fehler machen und helfen ihnen, diese zu berichtigen. Die Kader müssen die bewußtesten und kämpferischsten Arbeiter sein, und ihre Beziehungen zu den Massen müssen die von Genossen sein.

Wenn die Kader gute Führer der Massen sind, können ungeheure Leistungen vollbracht werden. Niemals werde ich jenen etwa 40jährigen leitenden Genossen im Bergwerk Mentougou vergessen, den ich im Stollen 600 Meter unter der Erde kennenlernte. Er sagte, daß in einigen Tagen der chinesische Nationalfeiertag sein würde, und sie bis dahin zur Unterstützung des sozialistischen Aufbaus noch 3000 t Kohle fördern wollten, um in der Periode insgesamt 20000 t gefördert zu haben. Und dann streckte er die Faust vor und sagte mit von Kohle verschmiertem Gesicht und kämpferischer Stimme: „Wir werden es schaffen, und bevor wir nicht die 20000 t gefördert haben, werden wir unseren Platz nicht verlassen!" Alle Kumpel um ihn herum klatschten. Ich klatschte mit und man sah ihnen an, daß sie es schaffen würden.

„Man braucht noch Geld, aber wir brauchen keine Prämien"

Vor der Kulturrevolution waren in der chinesischen Industrie das von den Revisionisten propagierte System materieller Anreize und Prämien weit verbreitet. Dies führte zu Uneinigkeiten unter den Arbeitern, denn durch die Prämienverteilung gerieten sie in Konkurrenz zueinander. Viele nahmen keine Rücksicht, wenn sie krank wurden, nur um Geld und Prämien zu bekommen. In der Kulturrevolution schafften die Industriearbeiter die materiellen Anreize ab, denn, wie mir ein Arbeitergenosse sagte: „Wir arbeiten nicht für das Geld. Die Erfahrung hat gezeigt, daß man mit Prämien die Arbeiter nicht zur Produktion anstacheln konnte. Wir sind die Herren, warum also will die Leitung uns mit Prämien antreiben?! Jetzt steigern wir die Produktion hauptsächlich durch die Erhöhung des Bewußtseins." Weiter sagte er: „Das Leben der Arbeiter in China ist gesichert. Es gibt noch Geldzirkulation, man braucht noch Geld, aber wir brauchen keine Prämien. Wenn jemand persönliche finanzielle Schwierigkeiten hat, unterstützt ihn der Staat. Wir dürfen nicht nur an Arbeit und Geld denken, sondern müssen über die Richtigkeit der politischen Linie wachen und dürfen uns nicht von Klassenfeinden wie Lin Biao und Deng Hsiaoping irreführen lassen, die uns den Klassenkampf vergessen machen wollen."

Was die Revisionisten mit Prämien bezwecken, ist klar: Züchtung und Bestechung einer kleinen privilegierten Schicht im Proletariat, die das Proletariat verrät und die Wiederherstellung des Kapitalismus fördert. Wie es in der Sowjetunion geschehen ist.

„Wir", meinte ein Kollege in der Lederfabrik, „produzieren für die Bedürfnisse des Volkes und nicht für den Profit." Durch die gegenwärtige revolutionäre Bewegung wurde bereits bedeutend die Industrieproduktion erhöht, denn die Arbeiter strengen sich noch mehr an, da sie die Produktion als revolutionäre Aufgabe erkennen. In der Textilfabrik lag die Produktionsmenge im ersten Vierteljahr 1976 um sechs Prozent höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Dies, obwohl die Arbeit in diesem Jahr schwerer war, da besonders Hochqualitätsprodukte angefordert worden waren.

Anders als im Kapitalismus, wo der Kapitalist in den Fabriken nur insoweit an den Arbeitern interessiert ist, als er sie ausbeuten kann, und die Arbeiter ansonsten sehen müssen, wie sie selbst mit ihren persönlichen und familiären Problemen klarkommen, kümmert sich in China die Arbeitsstelle um die Nöte einzelner und hilft ihnen. Wenn ein Arbeiter vielleicht aufgrund der Krankheit eines Familienmitglieds sich in finanziellen Schwierigkeiten befindet, wird seine Arbeitsgruppe eine Sitzung einberufen und dann bei der Leitung dafür eintreten, daß ihm geholfen wird. Auch habe ich ein Beispiel gehört, daß ein junger Arbeiter von seiner Fabrik mehrere tausend Yuan (chinesische Währung) erhielt, damit seine Eltern, die auf dem Land lebten, und deren Haus bei einer Unwetterkatastrophe zerstört worden war, sich ein neues Haus bauen konnten.



Arbeiterinnen einer Textilfabrik in Wuhsi (China) beraten auftauchende Fragen mit der Textilarbeiterin Pu Fu-di, dem Gewerkschaftssekretär (zweite von links), gleichzeitig Mitglied des Parteikomitees und Delegierte zum IV. Nationalen Volkskongreß.

Es handelt sich bei derartiger Unterstützung, die sehr häufig und nicht außergewöhnlich ist, nicht etwa um Kredite; das Geld wird nicht zurückverlangt.

Dies zeigt, wie sicher im Sozialismus die Existenz der Arbeiter ist. Selbstbewußt können sie sich ganz auf ihre Aufgaben konzentrieren und werden nicht gehemmt durch die im Kapitalismus üblichen Lebenssorgen.

Noch eine begeisternde neue Erscheinung ist zu erwähnen, von der man in den Fabriken erfährt. Massenhaft haben die chinesischen Arbeiter begonnen, in ihrer Freizeit Philosophie, politische Ökonomie und Geschichtswissenschaft zu studieren, sich künstlerisch und schriftstellerisch zu betätigen usw. Arbeiter halten Vorträge, leiten Diskussionen, organisieren kulturelle Bühnenveranstaltungen. Es gibt Arbeiter, die wissenschaftliche Bücher verfassen. Viele malen oder dichten, und ihre Werke werden in den Fabrikhallen aufgehängt und sind auf Ausstellungen zu sehen. Andere schreiben Romane, arbeiten nebenberuflich für ein wissenschaftliches Forschungsinstitut oder als Zeitungsberichterstatter.

Die Arbeiter halten sich an das Wort des Genossen Mao Tsetung: „Wir sind imstande, das zu lernen, was wir vorerst noch nicht wissen. Wir verstehen es nicht nur, die alte Welt zu zerstören, sondern wir werden es auch verstehen, eine neue aufzubauen."

Der gegenwärtige Aufschwung der Großen Proletarischen Kulturrevolution dient dazu, die obengenannten revolutionären Errungenschaften zu schützen und auszubauen, die revisionistische Linie Deng Hsiao-pings zu bekämpfen, der diese und andere Ergebnisse der Kulturrevolution beseitigen wollte. Ist es nicht klar, daß eine politische Linie, die alle diese Ergebnisse verneint, auf die Wiederherstellung des Kapitalismus zielt und sich gegen die Arbeiterdiktatur richtet? Selbstverständlich ist das klar.

„Wir kritisieren das reaktionäre Programm Deng Hsiao-pings", führte eine verantwortliche Genossin in der Textilfabrik aus. „Schrittweise wird die Bewegung vom Zentralkomitee der Partei weitergeführt. Jeder muß sich in diese Bewegung stürzen, täglich und stündlich müssen wir an den Klassenkampf denken, um die proletarische Diktatur zu festigen. Die Praxis in der Fabrik bestätigt, daß der Mensch der wichtigste Faktor ist und seine Kraft unbegrenzt ist, wie der Vorsitzende Mao sagt." – (Uwe Kräuter, Peking)

Bericht westdeutscher Montagearbeiter aus der Sowjetunion

Kulturleben in der UdSSR

Die Sowjetunion war der erste Arbeiter- und Bauernstaat der Welt. Das sowjetische Volk hat eine ruhmreiche Geschichte. In langen und erbitterten Schlachten zerschlug es den Zarismus und begann unter Führung der Arbeiterklasse 1917 den Sozialismus aufzubauen. Im Großen Vaterländischen Krieg verstand es die Kommunistische Partei mit Stalin an der Spitze hervorragend, die Arbeiter- und Volksmassen zu mobilisieren und den Hitlerfaschismus zu zerschlagen.

In diesen beiden weltgeschichtlichen Ereignissen ist die sowjetische Arbeiterklasse, ist das sowjetische Volk zu einem leuchtenden Beispiel für die Völker der Welt im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung, gegen Imperialismus und Reaktion herangewachsen.

Diese politischen Ereignisse verbanden sich auch auf dem Gebiet der Kultur mit großen Leistungen. Zum Beispiel sind proletarische Lieder, die man heute in aller Welt kennt, zu dieser Zeit in der Sowjetunion entstanden. Diese proletarische Kultur ist entstanden als Teil des Klassenkampfes, als Teil des Kampfes gegen eine bürgerliche Kultur, die weltfremd und verlogen ist. Die entstandene proletarische Kultur war ehrlich, ging von der Realität, vor allem der Realität des Klassenkampfes aus.

31 Jahre sind vergangen seit dem Sieg des sowjetischen Volkes über den Hitlerfaschismus.

20 Jahre sind vergangen seit dem 20. Parteitag der KPdSU, jenem Parteitag, wo parteifeindliche Elemente wie Chruschtschow unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Personenkult den Marxismus-Leninismus in den Schmutz traten und die KPdSU auf den revisionistischen Kurs festlegten. Seitdem macht die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion stete Fortschritte. Heute ist die Sowjetunion eine sozialimperialistische Supermacht, die mit der Supermacht USA um die Welthegemonie ringt. Im Kreml haben sich neue Zaren eingerichtet.

Eine proletarische Kultur kann in der heutigen Sowjetunion nicht mehr gedeihen. Soweit Ansätze dafür vorhanden, werden sie unterdrückt, und die neuen Kreml-Zaren sorgen für eine Ausbreitung bürgerlicher Kultur (was sich nicht nur an den kulturellen Erzeugnissen im Bereich Theater, Musik usw. ablesen läßt).

Hier in Naberenjnye Celny, einer noch sehr jungen Stadt an der Kama, wo das größte LKW-Werk der Welt entstehen soll, wo jetzt 230 000 Menschen leben, ist das kulturelle Leben äußerst dürftig.

Der erste Eindruck, den man von der Stadt und ihrer Kultur bekommt, wenn man durch die Straßen geht, ist merkwürdig: Auf fast allen Fensterbänken sind Radios, Tonbandgeräte, Plattenspieler in Betrieb, deren Lautsprecher auf die Straße gerichtet sind. Aus den Lautsprechern ertönt unterschiedliche Musik, je nachdem, russische Schlagermusik oder westliche Popmusik. Man ist also von einem ohrenbetäubenden Lärm umgeben, die Lautsprecher scheinen bis zum Anschlag aufgedreht.

Als Beobachter wundert man sich über ein derartig merkwürdiges Verhalten. Der Grund ist folgender: Verdeckt durch den Lärm suchen die Sowjetbürger nach Möglichkeiten der Kommunikation ohne direkte Kontrolle der Miliz. Gesellschaftliche Zusammenkünfte können eigentlich nur stattfinden unter Kontrolle der im russischen Volk verhaßten Miliz, die in ihrer Kontrollfunktion gegenüber der russischen Arbeiterklasse und dem Volk nur verglichen werden kann mit den Blockleitern im Hitlerfaschismus. Gesellschaftliche Zusammenkünfte sind nicht erwünscht. In dieser in den letzten zehn Jahren erbauten Stadt wurde ein Gebäude für öffentliche große Veranstaltungen nicht eingeplant. Und die ständige Bespitzelung und Kontrolle der Miliz verhindert auch schon das Entstehen kleinerer Diskussionsgruppen.

An öffentlichen Plätzen existieren für diese 230 000 Menschen drei Lokale. Zwei davon von minderer Qualität; hier spielt eine Musikgruppe sowjetische Schlager und westliche Popmusik. Das dritte Lokal ist der neuen Bourgeoisie in der Sowjetunion vorbehalten. Es verkehren hier sowjetische Offiziere, hohe Parteifunktionäre, auch die ausländischen Spezialisten, die aufgrund der Montage des LKW-Werkes hier sind. Sowjetischen Arbeitern ist der Zutritt in dieses mit Polstersesseln und feinen Teppichen ausgestattete Lokal verboten. Mit einer Ausnahme: sowjetische Frauen dürfen sich in Begleitung ausländischer sogenannter Spezialisten hier aufhalten.

Den sowjetischen Arbeitern wird die Pflege und Entwicklung der proletarischen Kultur nicht erlaubt. Das sieht man gut an den öffentlichen Veranstaltungen, die stattfinden.

Vor 2 Wochen z.B. wurde in großem Stil ein Konzert angeboten: eine polnische Beat-Gruppe, die sich verzweifelt Mühe gab, westliche Popmusik nachzuäffen. Ein grauenhafter Anblick – und es war das große gesellschaftliche Ereignis der letzten zwei Monate. Bei der Verbreitung bürgerlicher Kultur kennt die neue Bourgeoisie in der UdSSR keine Skrupel: Selbst am 1. Mai wurde in den Lokalen Schlagermusik gespielt. Ist die Verbreitung bürgerlicher Kultur die eine, so die Unterdrückung der proletarischen Kultur die andere Seite. Proletarische Kultur ist in der Sowjetunion nicht tot. Man findet sie z.B. in den Volkstanz- und Gesangsgruppen. Kürzlich gastierte in Naberenjnye Celny die Volksgesanggruppe aus Alma Ata, Hauptstadt der Republik Kasachstan. Die Gruppe spielte u.a. Lieder aus der Revolution 1917 in hervorragender Weise. Jedoch war der Theatersaal, in dem sie auftraten, nicht einmal zur Hälfte voll, da das Ereignis weder groß angekündigt worden war und auch Karten im offenen Verkauf nicht zu bekommen waren. Nur ausgewählte Personen bekamen Karten und ich hatte während der Veranstaltung den Eindruck, die Leute, die da waren, waren nicht gekommen, um sich proletarische Musik anzuhören, sondern sie wollten ‚sehen und vor allem gesehen werden'. Dazu hatten sie sich fein herausgeputzt und es herrschte ganz dieselbe Atmosphäre, wie man sie aus Westdeutschlands bürgerlichen Theatern kennt.

> Um zu beweisen, daß dieser Artikel die Tatsachen widerspiegelt und nicht „maoistische Hetze" ist, wie die Revisionisten aus der DKP/SEW sagen werden, hier ein Kommentar eines westdeutschen Kollegen, der kein Kommunist ist, jedoch die angeführten Fakten bestätigen kann:
>
> „Aus meiner eigenen Erfahrung nach einem zweimaligen achtwöchigen Aufenthalt hier in Naberenjnye Celny bin ich auch zu der Überzeugung gelangt, daß mein Kollege in seinem Artikel sich voll und ganz an die Tatsachen gehalten hat. In manchen Sachen ist es sogar noch schlimmer. Z.B. ist es mir widerfahren, daß eine sowjetische Frau in einem Lokal ohne zu zögern sich meiner Zigaretten bediente und gleich beim ersten Tanz fragte, ob ich mit ihr schlafen wollte. Ich bin sicher, sie tat es nicht, weil ich ihr so gut gefiel, sondern lediglich aus dem Interesse an westliche Kosmetik, Kaugummi, Zigaretten und vor allem an Strumpfhosen heranzukommen."

Doch die neue sowjetische Bourgeoisie ist nicht stehengeblieben bei der Unterdrückung der proletarischen Kultur, bei der Schaffung von bürgerlichen Theatern.

Wird die bürgerliche Linie konsequent verfolgt, so entwickeln sich gesetzmäßig Scheußlichkeiten, die der Kapitalismus in der ganzen Welt hervorgebracht hat. Z.B. die Prostitution. Sie existiert in der Sowjetunion und nicht zu wenig. Die offene Prostitution ist dabei noch relativ selten. In Abständen von 3 bis 4 Wochen stehen vor den Hotels der ausländischen Spezialisten 10 bis 15 Frauen, die sich anbieten. Gezahlt wird mit westlichen Zigaretten, Champagner oder auch in Rubel. Man spricht hier davon, daß der Preis nicht mehr als einige Schachteln Zigaretten oder eine Flasche Champagner beträgt. Viel häufiger jedoch existiert die nichtoffene Prostitution. So stehen vor den Lokalen sowjetische Frauen, die darauf warten, von ausländischen Spezialisten eingeladen zu werden. Kollegen aus Westdeutschland, die schon länger hier sind, haben den Spruch geprägt: Die ganze Stadt Naberenjnye Celny ist im Grunde nichts anderes als ein einziges großes Bordell. Recht haben diese Kollegen und sie werden dadurch bestätigt, daß Geschlechtskrankheiten hier häufiger vorkommen als Schnupfen. Es ist hier eine Spezialklinik gebaut worden, wo Geschlechtskranke in Massenabfertigung behandelt werden. Es sind dies traurige Zustände, und diese Stadt ist keine Ausnahme. Erfahrene Arbeiter aus Westdeutschland, die schon auf mehreren Großbaustellen in der gesamten Sowjetunion tätig waren, erzählten mir, daß sie einige der Frauen schon in anderen Montagestädten gesehen haben. Die Prostituierten fliegen also von einer Großbaustelle zur anderen.

Die sowjetische neue Bourgeoisie schafft Bedingungen, die sowjetische Frauen zwingen, sich wie eine Ware zu verkaufen. Das sind die Tatsachen aus der heutigen Sowjetunion.

Ich habe diesen Artikel nicht nur geschrieben, um über ein anderes Land zu berichten. Ich meine, daß die Arbeiterklasse und das Volk in Westdeutschland und Westberlin daraus lernen können. Sie können erkennen, welche Zustände die DKP/SEW-Führung sich erträumt, wenn sie die heutige Sowjetunion als Sozialismus anpreisen. Wenn ich doch gewiß bin, daß sich innerhalb der DKP/SEW eine Menge ehrlicher Revolutionäre befinden, so bin ich ebenso sicher, daß die Führungsspitzen dieser Organisationen, insbesondere die, die dieses Land schon einmal besucht haben, mit kalter Berechnung handeln. Diese Herren wollen im Grunde nichts anderes als Zustände wie in dieser Stadt in der Sowjetunion. Sie wollen nur ihre eigene Herrschaft errichten. Alle Revolutionäre tun gut daran, sich von diesen Führern zu lösen. Die Arbeiterklasse und das Volk Westdeutschlands und Westberlins tun gut daran, nein, sie müssen sich von dieser bürgerlichen Führung über die Arbeiterbewegung lösen und sie bekämpfen. – (w. und b., Naberenjnye Celny, UdSSR, Mai 1976)

In der KVZ Nr. 22 ist auf Seite 16 ein schwerer Umbruchfehler. Im Interview mit dem Genossen Fanekiso von der SASM gehören die 23 letzten Zeilen der 2. Spalte (beginnend mit „Muß also jemand ...") eingefügt nach der drittletzten Zeile der 1. Spalte (endend mit „ ... Man"). Wir bitten für den Fehler um Entschuldigung. – Red.